

# Stadt Freiburg im Breisgau

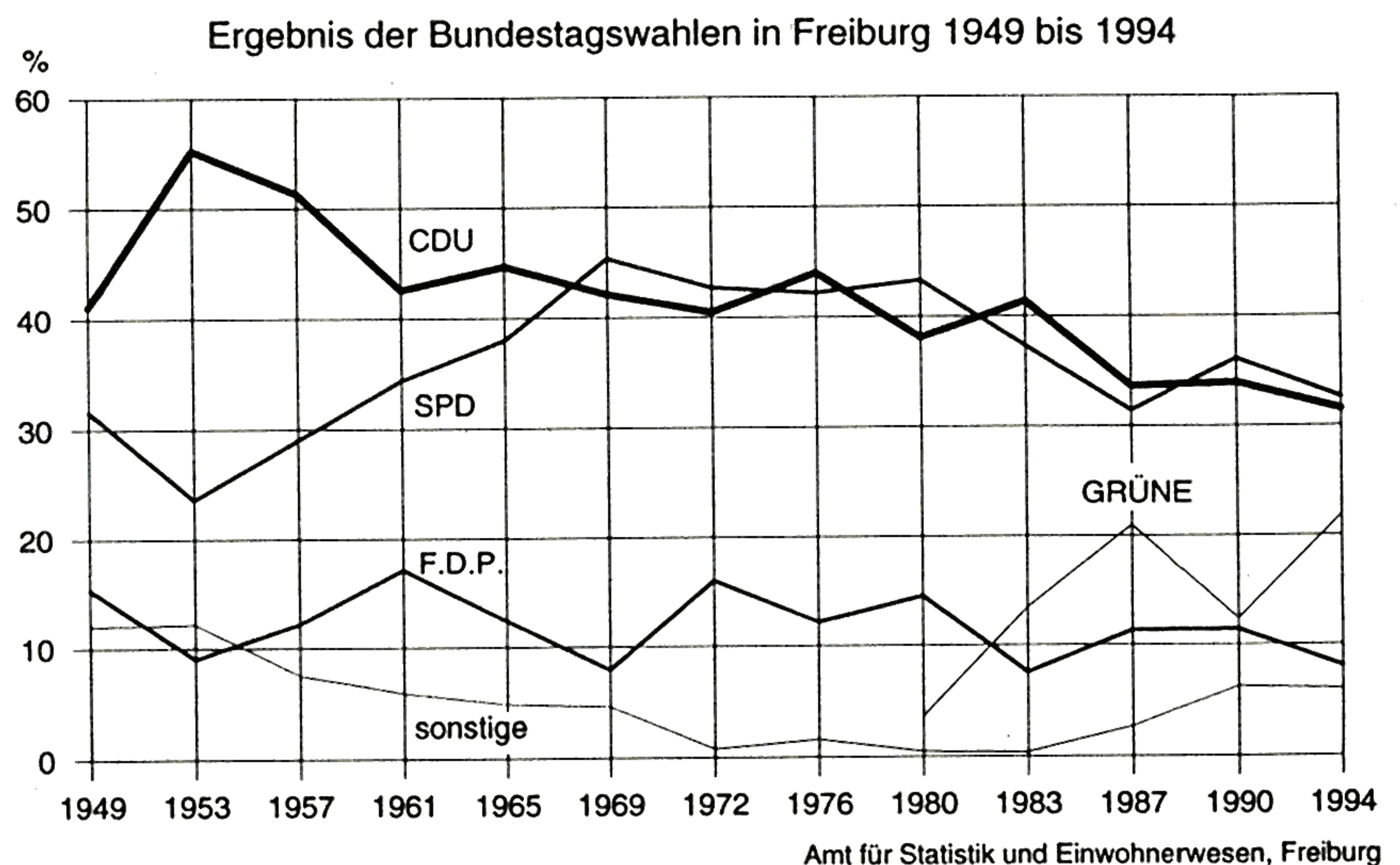
Amt für Statistik und Einwohnerwesen

## Vor den Wahlen 1998

### - Berichte und Analysen -

- Wahlen -

- Politische Reviere und politische Generationen
- Der Freiburger Parteienwettbewerb in den 90ern
- Kommunales Wahlverhalten in Freiburg
- Wähler und Nichtwähler
- Rechtsextremismus in Freiburg und in der "Regio"
- Politische Partizipation von Frauen
- Parteien und ihre Mitglieder
- Chronik der Oberbürgermeisterwahlen in Freiburg



August  
1998

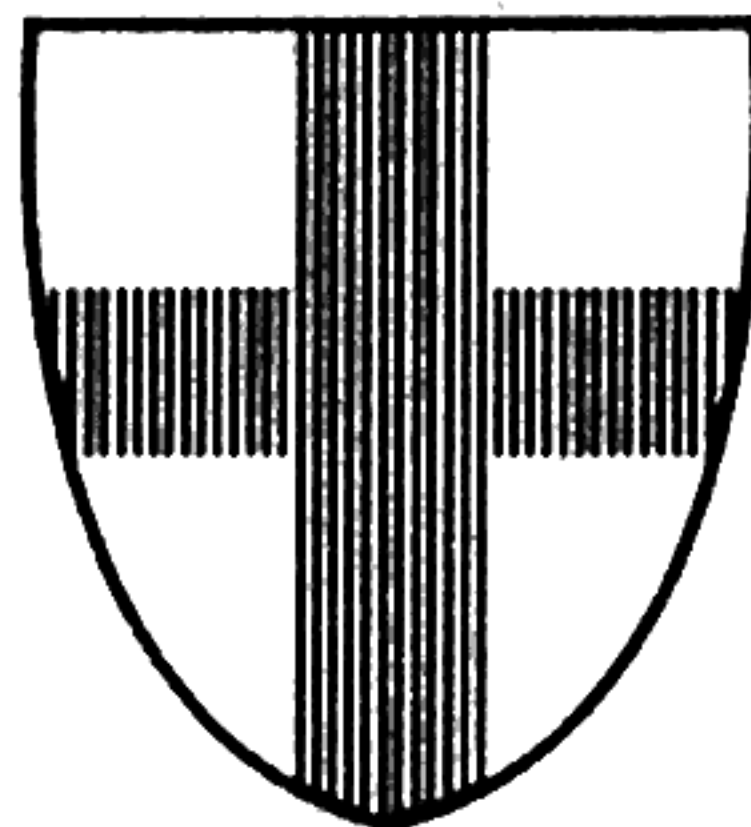
Herausgegeben von:

Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg im Breisgau

- Wahlen -

**Vor den Wahlen 1998**

- Berichte und Analysen -



# INHALT

	Seite
Vorwort	5
Politische Reviere und politische Generationen – Der Wandel der Wählerlandschaft in Freiburg 1979 – 1998 von Gerd Mielke	7
Der Freiburger Parteienwettbewerb in den 90ern vor dem Hintergrund bundesweiter Konfliktlinien von Ulrich Eith	23
Kommunales Wahlverhalten in Freiburg: Die Gemeinderatswahl 1994 und die Oberbürgermeisterwahl 1990 im Vergleich mit den Bundestags- und Landtagswahlen 1990 – 1996 von Axel Glemser	35
Wähler und Nichtwähler – Anmerkungen zur Wahlbeteiligung in Freiburg von Stefan Merz	46
Rechtsextremismus in Freiburg und der "Regio" von Uwe Berndt	53
Erfolgsaussichten eher grau als blau? Zur politischen Partizipation von Frauen von Beate Rosenzweig	60
Parteien und ihre Mitglieder: das Ende einer Beziehung? Parteipolitische Partizipation am Beispiel Freiburg von Martin Sterr	68
Unauffällig und unbeachtet: Aussiedler bleiben im politischen System der Bundesrepublik außen vor von Friedhelm Kunschner	77
Chronik der Oberbürgermeisterwahlen in Freiburg	84
Autorenverzeichnis	85
Anhang: Veröffentlichungen des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen seit 1978	

## Vorwort

Der Vorwahlbericht unmittelbar vor einer Bundestagswahl, der stets in Kooperation mit Wissenschaftlern der Universität entsteht, hat in Freiburg Tradition.

Die Berichte dieses Heftes beschränken sich nicht auf die zusammenfassende Darstellung der Wahlergebnisse der Vergangenheit, sondern sie versuchen, von verschiedenen Standpunkten aus, das politische Verhalten der Freiburger Bürgerinnen und Bürger, ihr Wahlverhalten, ihr Engagement in den Parteien sowie Veränderungen in der Parteienlandschaft zu beschreiben und zu erklären. Dadurch sollen freiburgspezifische, aber auch allgemeine Zusammenhänge und Entwicklungen erkennbar werden. Dieser Vorwahlbericht besticht durch das breite Spektrum der Themen, die wissenschaftliche Art der Analyse und die Bedeutung der Aussagen, die über den örtlichen Rahmen hinausweisen.

Die Beiträge stammen allesamt von Wissenschaftlern des Seminars für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg (Lehrstuhl Prof. Dr. Oberndörfer). Ohne deren Fachwissen und Engagement wäre ein solches Heft nicht machbar.

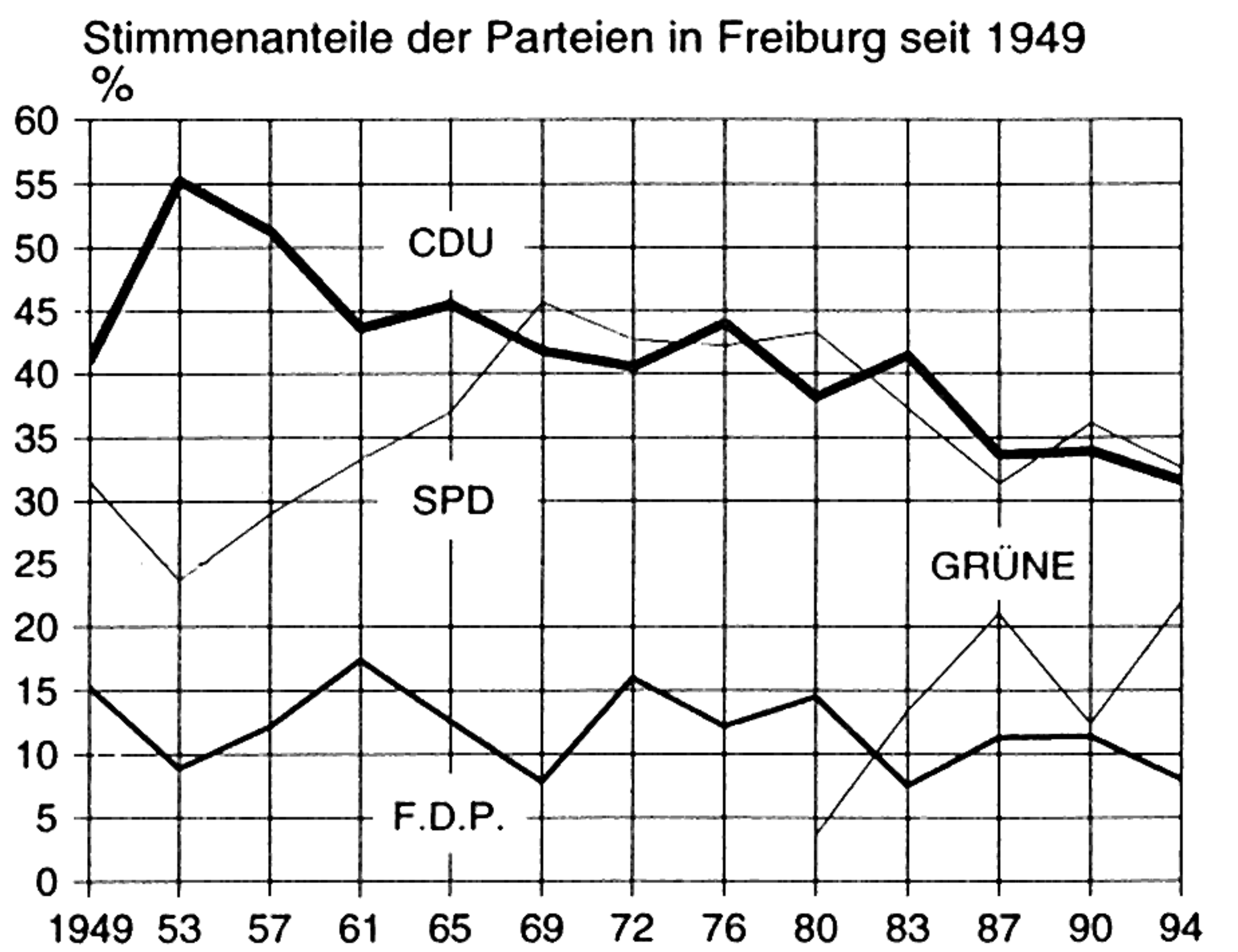
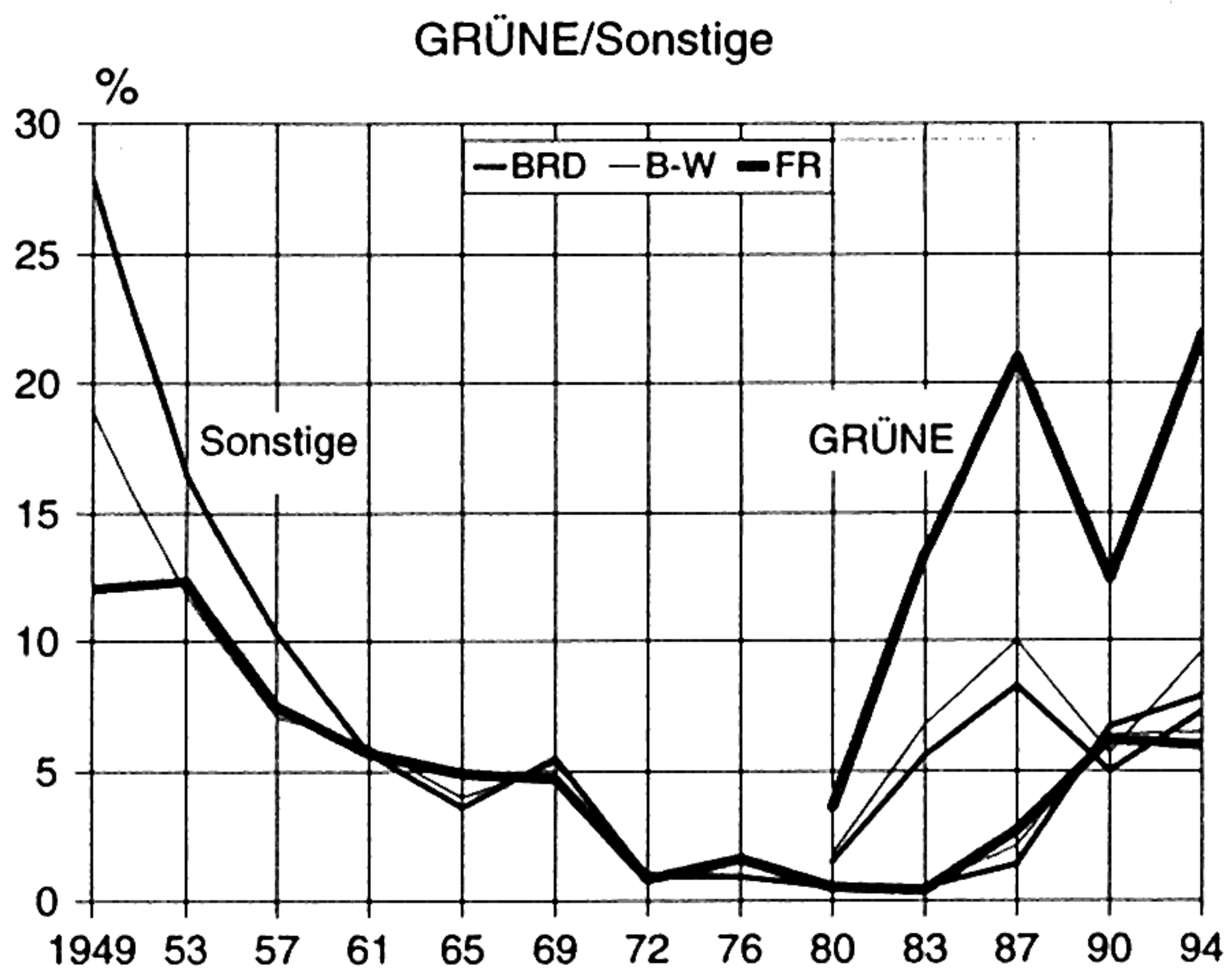
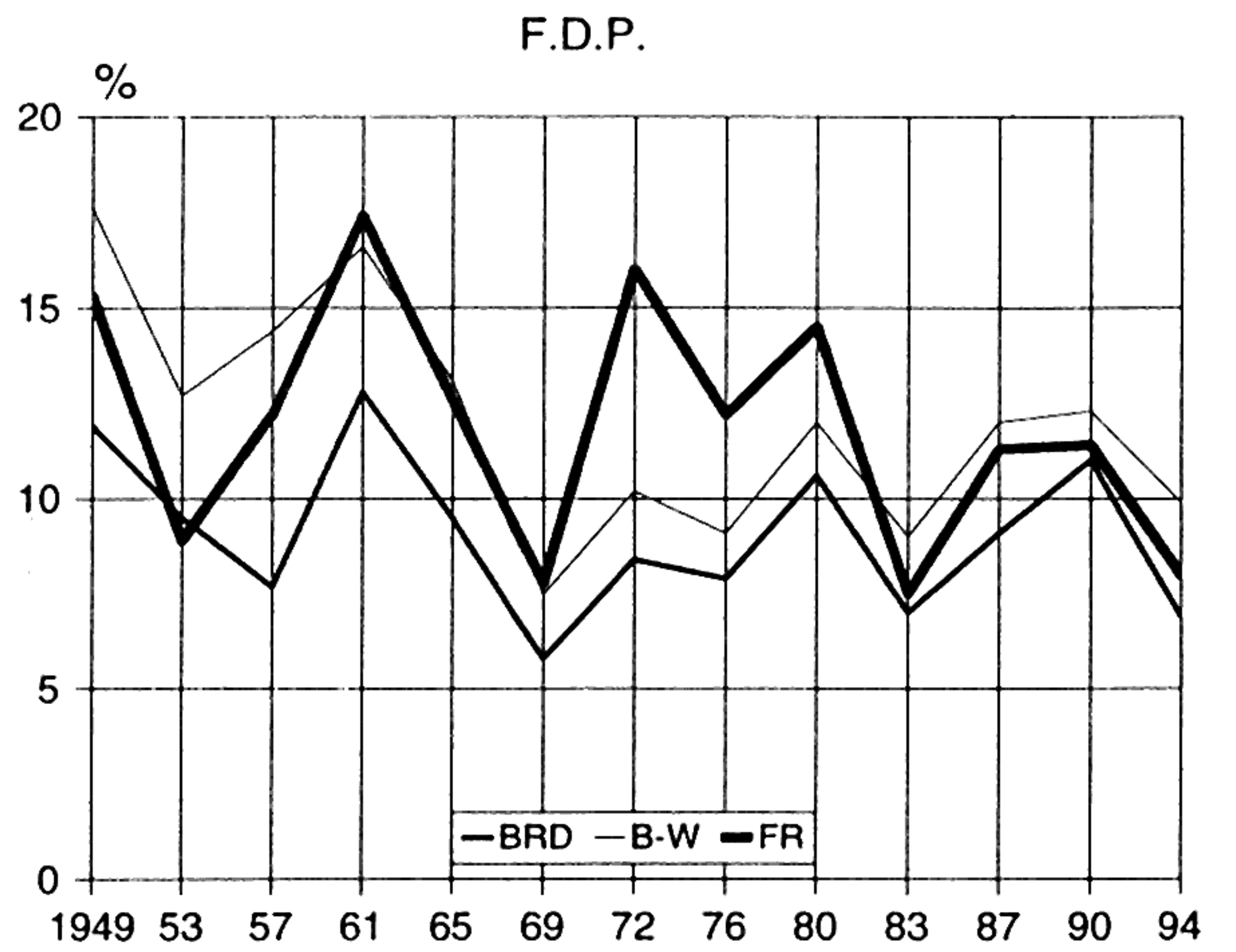
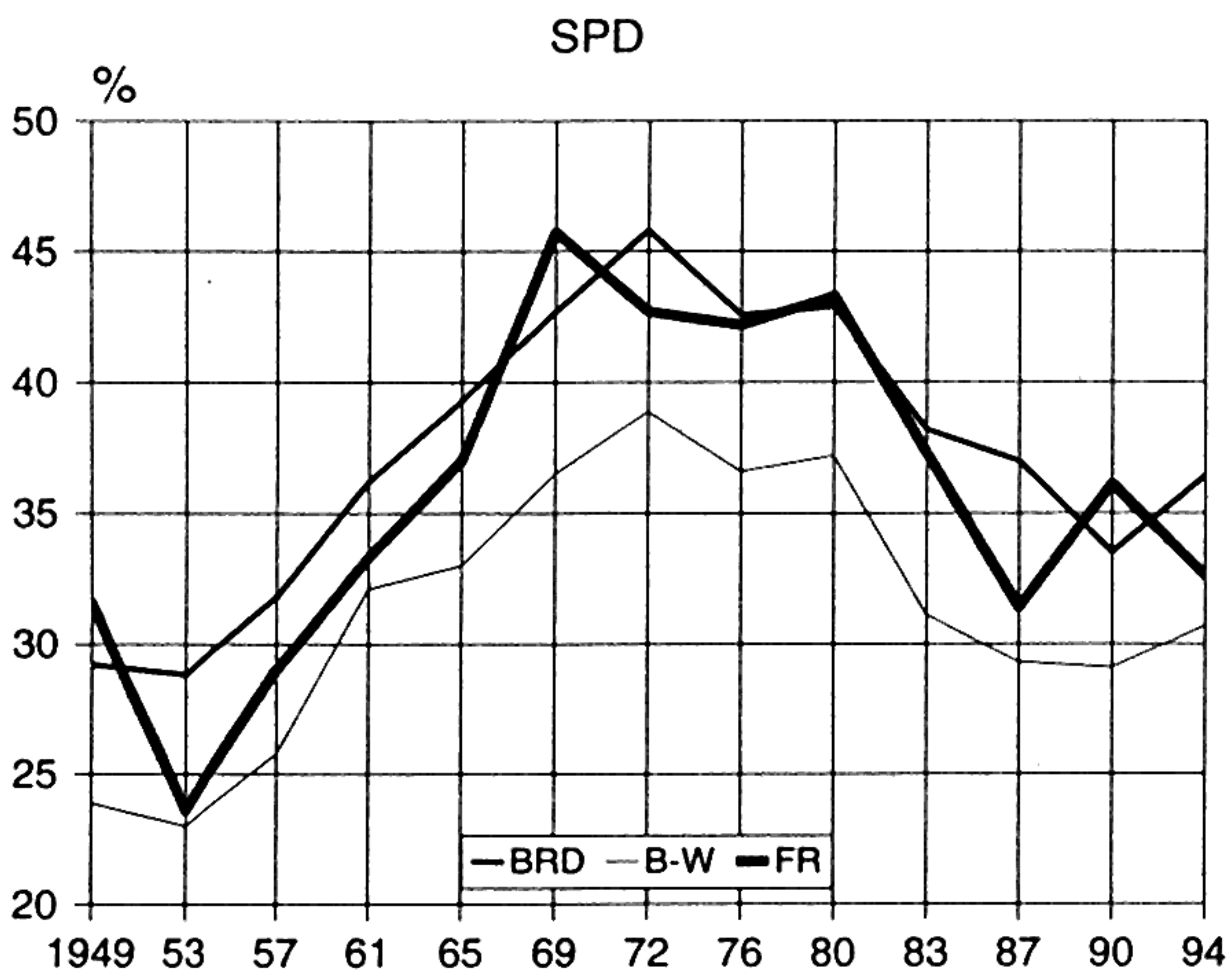
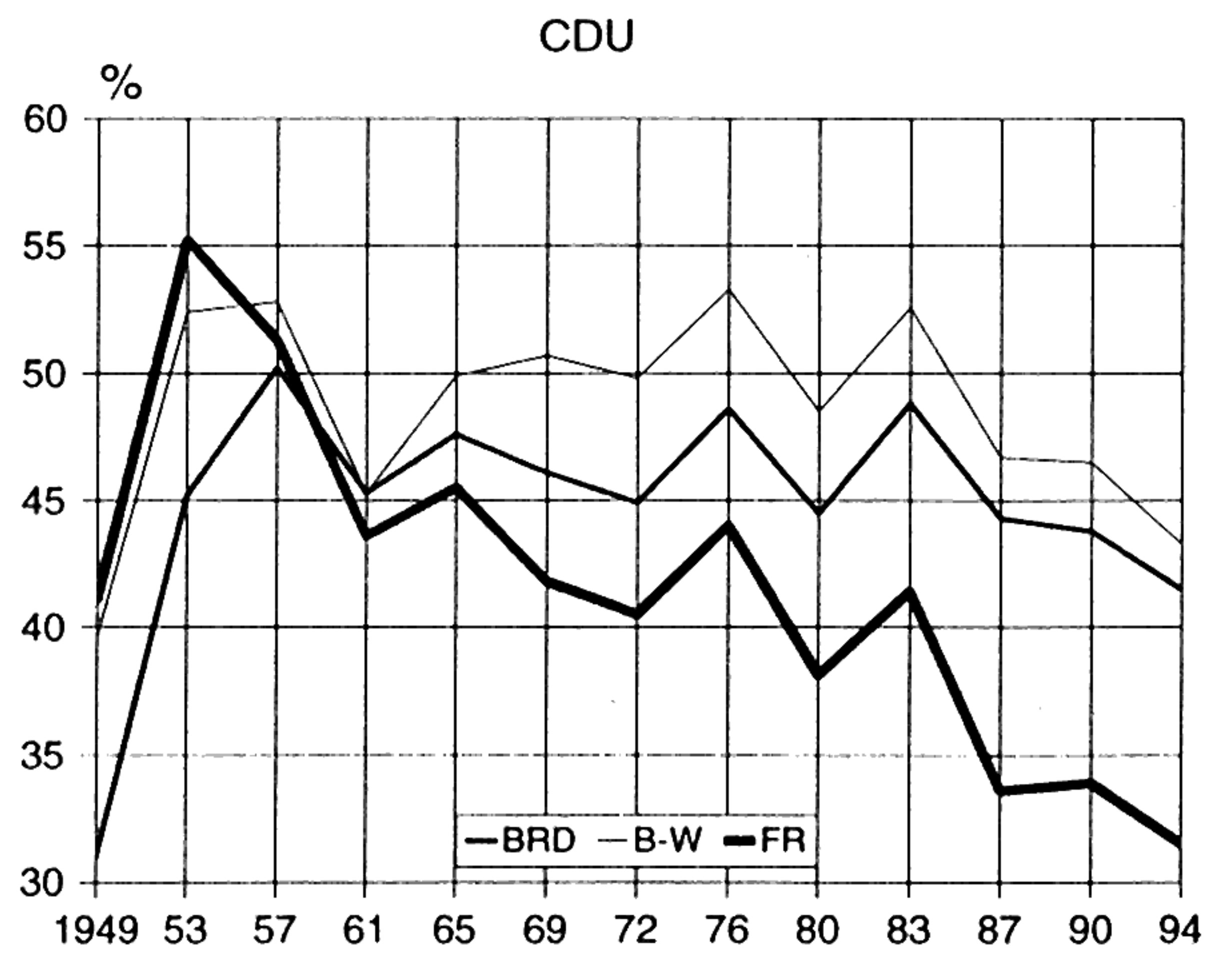
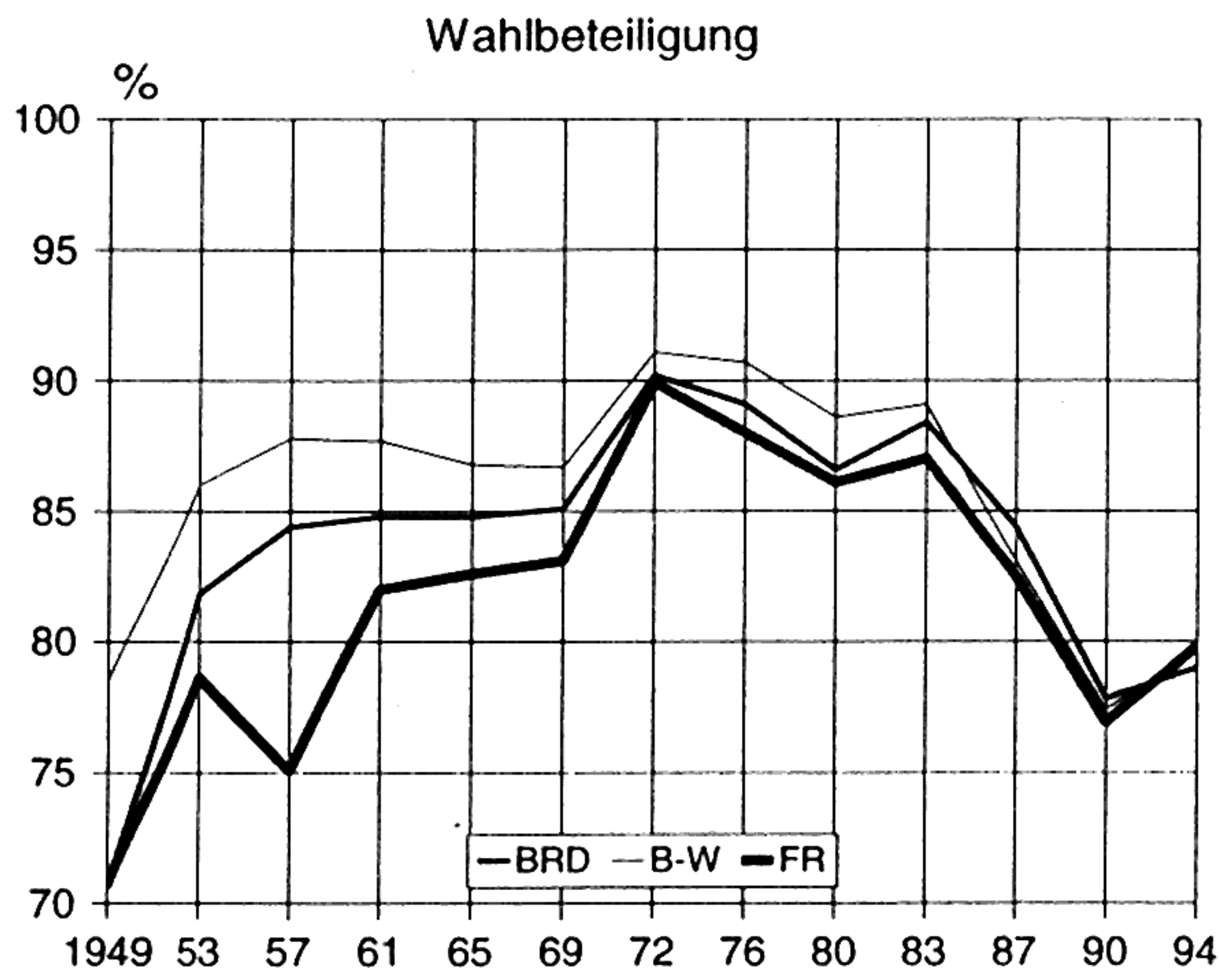
Mein Dank gilt allen Beteiligten, insbesondere Herrn Dr. Ulrich Eith, der als Koordinator und Ideengeber zum Gelingen des Projekts wesentlich beigetragen hat.

Mit dieser Arbeit wird die langjährige Tradition erfolgreicher gemeinsamer Arbeit von Universität und Kommunalstatistik in Freiburg zum gemeinsamen Nutzen fortgesetzt.



Hansjörg Seeh  
Bürgermeister

# Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien (Zweitstimmen) bei den Bundestagswahlen in Freiburg, Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949



# Politische Reviere und politische Generationen

## Der Wandel der Wählerlandschaft in Freiburg 1976 – 1998

von Gerd Mielke

### I.

Auch in diesem Jahr prägen Wahlkampfhektik und Medienrummel die Schlußphase des Bundestagswahlkampfes. Die Wahl am 27. September als Inszenierung eines Persönlichkeitsduells zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und seinem sozialdemokratischen Herausforderer, dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, verspricht einen neuen Höhepunkt der "Amerikanisierung" von deutschen Wahlkämpfen, eine Tendenz, die seit den sechziger Jahren unaufhaltsam auf dem Vormarsch scheint. Die Freiburger Wählerinnen und Wähler werden sich davon selbst ein Bild machen können; beide Spitzenkandidaten und ihre Wahlkampfkarawanen werden der Stadt einen Besuch abstatten.

Die folgende Analyse des Wahlgeschehens in Freiburg wird sich freilich nicht mit der Betrachtung der aktuellen Wahlkampfaktivitäten, mit den umstrittenen Themen oder dem vorwiegenden über die nationalen Medien agierenden politischen Personal befassen.<sup>1)</sup> Vielmehr wird sie versuchen aufzuzeigen, auf welcher Grundlage aus Wählerstrukturen und innerstädtischen Kräfteverhältnissen diese aktuelle Auseinandersetzung zwischen Kohl und Schröder, zwischen der Bundesregierung und der Opposition und den sie jeweils tragenden Parteien hier in Freiburg ihre Wirkung entfalten wird. Dahinter steht die modellhafte Annahme, daß die bundesweiten, durch die Medien in die Breite getragenen Wahlkampfkampagnen durch die jeweiligen lokalen oder regionalen Kontexte gefiltert werden und je spezifische Resonanz bei den Wählern erzeugen.

Mit dieser Frage nach den Eigentümlichkeiten der Freiburger Wähler- und Parteienlandschaft im Vergleich zu der Entwicklung in der Bundesrepublik insgesamt soll eine zweite Frage verbunden werden, nämlich die Frage nach der Herausbildung einer spezifischen Freiburger Wähler- und Parteienlandschaft während des letzten Vierteljahrhunderts. Auch diese Frage wird von einer modellhaften Annahme getragen, die sich aus den Befunden vieler, vor allem in der Langzeitperspektive analysierender Wahlstudien herleitet. Danach ist es nicht nur interessant und analytisch bedeutsam, eine einzelne Wahlentscheidung auf ihre Bestimmungsfaktoren und Ursachen zurückzuverfolgen, sondern es geht auch zugleich darum, die einzelne Wahlentscheidung in einen fortlaufenden Prozeß individueller und kollektiver Wahlerfahrungen einzuordnen. Der legendäre Bundestrainer Sepp Herberger hat diese über

---

<sup>1)</sup> Zur Struktur der politischen Konflikte in der gegenwärtigen Bundestagswahl siehe den Beitrag von Ulrich Eith in diesem Heft.

den Einzelfall hinausweisende Perspektive einmal in einer seiner lakonischen Weisheiten formuliert: "Nach dem Spiel ist vor dem Spiel."

In dieser Sicht erscheinen die einzelnen Wahlen als jeweils Zwischenschritte bei der Herausbildung sowohl einzelner Wählerbiographien als auch der politischen Einstellung ganzer Wählergruppen und der darauf ausgerichteten Parteienstrukturen. Siege und Niederlagen, Aufstieg und Fall bei Wahlen signalisieren die Durchsetzungschancen politischer und gesellschaftlicher Interessen. Sie zeigen an, wer sich und seine Anliegen erfolgreich in der Öffentlichkeit vertritt, aber auch, wessen Stern im Sinken begriffen ist. Entsprechend üben die Wahlen einen erheblichen Einfluß auf politische Zuversicht und politischen Kampfeswillen, jedoch auch auf das Ausmaß an öffentlich spürbarer Skepsis und Verzagtheit in der Anhängerschaft der Parteien aus.

Der folgende Beitrag versucht also, für Freiburg aufzuzeigen, in welchem politischen Kontext die diesjährige Bundestagswahl stattfindet und wie sich dieser Kontext im Lauf der letzten Jahrzehnte herausgebildet und entwickelt hat. Dabei soll in einem ersten Schritt vor dem Hintergrund der Freiburger Wahlgeschichte die Verschiebung der innerstädtischen Kräfteverhältnisse auf der Basis der Stadtbezirke dargestellt werden. Ein zweiter Abschnitt untersucht den Wandel in der Wählerschaft auf der Grundlage der Daten aus der repräsentativen Wahlstatistik, indem die Entwicklung verschiedener politischer Generationen in der Freiburger Wählerschaft im letzten Vierteljahrhundert verfolgt werden soll.

## II.

Die Bundestagswahlergebnisse in Freiburg spiegeln die Entwicklung der Parteien auf Bundesebene wider (siehe Tabelle 1). Vor allem zeichnen sich auch die drei großen Etappen in der Geschichte des bundesrepublikanischen Parteiensystems ab. Von 1949 bis zum Jahr 1961 kann man von einer Phase wachsender Konzentration sprechen, in der eine anfangs noch sehr stark an das zersplitterte Weimarer Parteiensystem erinnernde Parteienlandschaft auf ein Parteiensystem aus CDU/CSU, SPD und FDP reduziert wurde. Dieser Konzentrationsphase folgt dann zwischen 1965 und 1976 das klassische Jahrzehnt des "Zweieinhalb-Parteiensystems", in dem sich bei einer durchweg hohen Wahlbeteiligung mit über 90 Prozent die Wähler auf die drei Bonner "Altparteien" festlegten. Seit 1980 datiert nun die dritte Phase des deutschen Nachkriegs-Parteiensystems, die durch die deutsche Vereinigung des Jahres 1990 eine wesentliche zusätzliche Komponente erhielt. Diese dritte Phase, von der nicht ausgemacht ist, wie lange sie anhalten wird, ist gekennzeichnet sowohl durch einen spürbaren Rückgang der Wahlbeteiligung als auch eine deutliche Fragmentierung der Parteienlandschaft. Der Aufstieg der GRÜNEN in den achtziger Jahren und der Einzug der PDS in den gesamtdeutschen Bundestag seit 1990 symbolisieren diese dritte Etappe.

Tab. 1 Das Ergebnis der Bundestagswahlen im Bundesgebiet seit 1949<sup>1)</sup>

Parteien im Bundesgebiet	Zweitstimmen (in %)												
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994
CDU/CSU	31,0	45,2	50,2	45,3	47,6	46,1	44,9	48,6	44,5	48,8	44,3	43,8	41,5
SPD	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8	42,6	42,9	38,2	37,0	33,5	36,4
FDP	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4	7,9	10,6	7,0	9,1	11,0	6,9
GRÜNE <sup>2)</sup>									1,5	5,6	8,3	5,1	7,3
PDS												2,4	4,4
Wahlbeteiligung	78,5	86,0	87,8	87,7	86,8	86,7	91,1	90,7	88,6	89,1	84,3	77,8	79,1

<sup>1)</sup> Ab 1990 Ergebnis einschließlich Ostdeutschland. <sup>2)</sup> 1994 traten BÜNDNIS 90 und DIE GRÜNEN erstmals als eine Partei auf.

Die Wahlentwicklung in Freiburg verläuft bis 1976 weitgehend parallel zur Entwicklung auf Bundesebene. Signifikante Abweichungen stellen allenfalls der schnelle Aufstieg der CDU zur beherrschenden Kraft der fünfziger und sechziger Jahre bereits 1953 sowie der ebenfalls frühere Kulminationspunkt des SPD-Aufstiegs 1969 dar. Im Bund erreichten die beiden rivalisierenden Volksparteien ihre bis heute unerreichten Höchstwerte jeweils erst eine Legislaturperiode später, also 1957 und 1972.

Ein gravierender Unterschied zur Entwicklung auf Bundesebene ergibt sich für Freiburg erst in der dritten, von uns näher zu untersuchenden Etappe ab 1976/1980. Hier ist es vor allem der kometenhafte Aufstieg der GRÜNEN, der zu einer völligen Neuformierung der städtischen Parteienlandschaft führt, ein Aufstieg, der sich im übrigen nicht nur bei den Bundestagswahlen abzeichnet, sondern sich auch auf der Ebene der Landtags- und Kommunalwahlen vollzieht und Freiburg bundesweit in die vorderste Reihe der grünen Hochburgen befördert. Diese Sonderstellung Freiburgs wird bei einem Vergleich zweier gängiger Indikatoren zur Darstellung der Struktur des Parteiensystems mit den entsprechenden Werten auf Bundesebene sichtbar.

Dies ist zum einen der kumulierte Stimmenanteil der beiden großen Volksparteien CDU und SPD und zum anderen der sogenannte Fraktionalisierungsindex, mit dem die Wahlforschung die Aufsplitterung bzw. die Konzentrationsbewegungen in einem Parteiensystem messen und darstellen kann.<sup>2)</sup>

<sup>2)</sup> Der Fraktionalisierungsindex wird eingeführt bei: D.W. Rae: "A Note on the Fractionalization of some European Party Systems"; in: Comparative Political Studies, I, 1968, S. 413-418.



Tab. 2 Gemeinsamer Stimmenanteil von CDU/CSU und SPD im Bundesgebiet und Freiburg bei den Bundestagswahlen 1976 – 1994

	1976	1980	1983	1987	1990	1994
Bundesgebiet	91,2	87,4	87,0	81,3	77,3	77,9
Freiburg	86,2	81,4	78,7	65,0	70,0	64,1
Differenz	- 5,0	- 6,0	- 8,3	- 16,3	- 7,3	- 13,8

Betrachten wir zunächst die Entwicklung des kumulierten Stimmenanteils der beiden großen Parteien (siehe Tabelle 2); er zeigt uns, welchen Anteil der Wähler die beiden zentralen Säulen des Parteiensystems an sich binden können. Zunächst einmal fällt auf, daß in Freiburg die beiden großen Parteien nie die Bindungskraft in der Wählerschaft entfalten konnten wie auf Bundesebene. Während im Bund auf dem Höhepunkt der Konzentrationsphase im Jahr 1976 91,2 % der Stimmen allein auf die beiden großen Parteien entfielen, lag der kumulierte Zweitstimmenanteil in Freiburg mit 86,2 % deutlich darunter. Dieser Unterschied hat sich in den Wahlen seither deutlich vergrößert. Im Bund sinkt der kumulierte Stimmenanteil seit 1980 kontinuierlich ab, bis er sich in den Wahlen der 90er Jahre auf etwa 77 % einpendelt, also rund 14 Prozentpunkte unter dem Höchstwert von 1976 liegt. In Freiburg ist demgegenüber der Schwund weitaus dramatischer. Hier geht der kumulierte Stimmenanteil von CDU und SPD von dem Höchstwert 86,2 % bis auf 64,1 % im Jahre 1994 zurück; wir verzeichnen also einen Rückgang von 22,1 Prozentpunkten. Der Positionsverlust der beiden großen Parteien beschleunigt sich vor allem zwischen 1980 und 1987, als den GRÜNEN in Freiburg der Durchbruch zur "alternativen Sammelpartei" gelingt. Zwar ergibt sich bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 eine leichte Gegenbewegung zu den beiden großen Parteien, aber nur um sich 1994 sogleich wieder zu verflüchtigen. Der Verlust der politischen Hegemonie auf seiten der traditionellen Bonner Volksparteien führt zu einer stark fragmentierten städtischen Parteienlandschaft in Freiburg. Auch im Bund können wir die Zunahme der Fragmentierung beobachten, jedoch verläuft sie bei weitem nicht so ausgeprägt wie in Freiburg. Diese Verschiebungen in politischen Kräfteverhältnissen spiegeln sich in der Entwicklung des Fraktionalisierungsindex wider. Mit Hilfe dieses Index läßt sich die innere Struktur des Parteienwettbewerbs abbilden. Berechnet wird dieser Index nach der Formel

$$\text{Fraktionalisierung (F)} = 1 - \left( \frac{T_1^2 + T_2^2 + \dots + T_i^2}{10\,000} \right)$$

wobei T der Stimmenanteil der 1., 2. oder i. Partei ist. Der Index umschließt den Wertebereich zwischen 0 und 1. Bei dem Wert 0 finden wir ein Einparteiensystem mit keiner Fraktionalisierung; bei 1 herrschte die unrealistische Situation einer völligen Fraktionalisierung; jeder Wähler würde seine eigene Partei mit nur einer, seiner, Stimme

wählen. Dazwischen liegt ein breites Spektrum möglicher Grade der Aufsplitterung der Wählerlandschaft; Tabelle 3 zeigt einige Illustrationen zur Entwicklung der Indexwerte in Abhängigkeit von Anzahl und Stimmenanteilen der Parteien in einem Parteiensystem.

Tab. 3 Illustrationen zur Entwicklung des Fraktionalisierungsindex (F) in Abhängigkeit von Anzahl und Stimmenanteilen der Parteien in einem Parteiensystem

Anzahl der Parteien	F	Stimmenanteile der Parteien $P_1 - P_i$ in %				
		$P_1$	$P_2$	$P_3$	$P_4$	$P_5 \dots P_i$
1	0	100				
2	0.18	90	10			
2	0.48	60	40			
2	0.50	50	50			
3	0.58	50	40	10		
3	0.62	50	30	20		
3	0.67	33	33	33		
4	0.70	40	30	20	10	
4	0.75	25	25	25	25	
5	0.80	20	20	20	20	20

Auch im Hinblick auf den Fraktionalisierungsindex können wir zwischen der Bundesrepublik als Ganzem und Freiburg einen deutlichen Niveauunterschied erkennen. Freiburg ist von ausgewogenen politischen Kräfteverhältnissen geprägt; die Hegemonie einzelner Parteien oder eines Zweierblocks aus CDU und SPD weicht mit den achtziger Jahren einer Parteienkonkurrenz zwischen drei starken Kräften. Während sich im Bund der Index ab 1987 bei ca. 65 einpendelt, liegt er in Freiburg schon in den späten siebziger Jahren auf diesem Niveau, um dann ab 1987 auf ca. 75 anzuwachsen. Während die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl auf Bundesebene zu einer stärkeren Fraktionalisierung führt, ist in Freiburg durch den bei dieser Wahl zu beobachtenden Rückschlag für die GRÜNEN zugleich auch ein Rückgang der Fraktionalisierung zu verzeichnen (siehe Tabelle 4).

Tab. 4 Fraktionalisierung bei Bundestagswahlen seit 1976 auf Bundesebene und in Freiburg

Wahljahr	1976	1980	1983	1987	1990	1994
Bundesrepublik	.57	.61	.59	.64	.69	.65
Freiburg	.62	.64	.68	.74	.71	.73

Mit dem Anstieg der Fraktionalisierung und der Verschärfung des Parteienwettbewerbs ist seit den siebziger Jahren von Wahl zu Wahl ein höheres Maß an Wählerbewegungen und Umschichtungen zwischen den Anhängerschaften verbunden. Ein vergleichsweise einfacher und plausibler Indikator für diese neue Beweglichkeit am Wählermarkt ist die Summe aller Differenzbeträge der Parteien von einer Wahl zur nächsten. Je höher der akkumulierte Differenzbetrag ist, desto größere Verschiebungen hat es auf dem Wählermarkt insgesamt gegeben (siehe Tabelle 5/6).

Tab. 5/6 Umschichtungen in der Parteienlandschaft von 1976 – 1994

Differenzen in den Wahlergebnissen	1976–1972	1980–1976	1983–1980	1987–1983	1990–1987	1994–1990
in der Bundesrepublik Deutschland						
CDU	3,7	- 4,1	4,3	- 4,5	- 0,5	- 2,3
SPD	- 3,2	0,3	- 4,7	- 1,2	- 3,5	2,9
FDP	- 0,5	2,7	- 3,6	2,1	1,9	- 4,1
GRÜNE		1,5	4,1	2,7	- 3,2	2,2
Sonstige*)	0,0	- 0,4	- 0,1	0,9	5,3	1,3
Summe der Differenzbeträge insges.	7,4	9,0	16,8	11,4	14,4	12,8
in Freiburg						
CDU	3,5	- 1,9	3,3	- 7,8	0,3	- 2,4
SPD	- 0,5	1,1	- 6,0	- 5,9	4,7	- 3,5
FDP	- 3,8	2,3	- 7,0	3,8	0,1	- 3,4
GRÜNE		3,6	9,8	7,6	- 8,6	9,5
Sonstige	0,8	- 1,1	- 0,1	2,3	3,5	- 0,2
Summe der Differenzbeträge insges.	8,6	9,0	14,5	27,4	17,2	19,0

\*) seit 1990 inkl. PDS mit 2,4 % (1990) und 4,4 % (1994)

Wieder zeigt sich zunächst das mittlerweile vertraute Bild einer Freiburger Wählerlandschaft, die durch ein weitaus höheres Maß an Fluktuation gekennzeichnet ist als die bundesdeutsche Wählerschaft insgesamt. Hinzu kommt ein weiterer bedeutsamer Unterschied. Während auf der Bundesebene die größte Bewegung bei der Bundestagswahl 1983 zu verzeichnen ist, als sich die Wähler sowohl der neuen Regierungskonstellation aus CDU/CSU und FDP und den nun endgültig bundesweit etablierten GRÜNEN gegenübersehen und sich entsprechend umorientieren müssen, schlägt dieser Wechsel auf Bundesebene in Freiburg nur mäßig durch. In Freiburg geht die meiste Bewegung im Wählermarkt vom Umfeld der GRÜNEN aus, die seit 1983 dramatische Schwankungen im Wählerbereich aufweisen. Die Wahl von 1987 sticht hier besonders hervor, als es zu einer Umschichtung von 27,4 Prozentpunkten kommt, eine Mobilität in der Wählerschaft, die im wesentlichen auch bei den folgenden Wahlen beibehalten wird.

Die Entwicklungen in der Freiburger Wählerschaft seit 1976 zu einem größeren Maß an Fraktionalisierung und Beweglichkeit spiegeln sich auch im Trend der Wahlergebnisse in den einzelnen Stadtbezirken wider. Die Hochburgen der verschiedenen Parteien bleiben innerhalb des Stadtgebiets über die Jahre hinweg erstaunlich konstant. Während die CDU ihre besten Ergebnisse in dem Gürtel der noch immer eher ländlich geprägten Vorort-Stadtbezirke und in den statushohen Stadtbezirken erzielt, liegen die Domänen der SPD nach wie vor im Freiburger Westen mit seinen dichtbesiedelten Quartieren. Die GRÜNEN und die FDP sind, was ihre sozialstrukturelle und innerstädtische Verankerung betrifft, in ähnlichen Stadtbezirken angesiedelt; beide erzielen ihre besten Resultate in Zonen mit bürgerlichem und studentischem Anstrich und profitieren von einem ausgeprägten Humandienstleistungssektor. Bei den GRÜNEN können wir von Anbeginn eine strukturelle Zweiteilung ihrer Anhängerschaft verfolgen; einem eher studentisch-alternativen Milieu, wie wir es im Stühinger und in der Altstadt finden, steht ein eher arrivierte-bürgerliches Milieu gegenüber, wie es in der Wiehre vorherrscht.

Die Konstanz der politischen Reviere der Parteien geht gleichwohl einher mit auffälligen Veränderungen im politischen Wettbewerbscharakter der Stadtbezirke. Diese haben in den letzten 20 Jahren durchweg ihr vormals von einer Partei nachhaltig dominiertes Milieu zugunsten heterogener Strukturen verändert. Die Wähler bewegen sich also heute in wesentlich offeneren politischen Räumen, und sie sind nur noch am Rande den Konformitätszwängen und sozial vermittelten Beeinflussungsfaktoren geschlossener Milieus ausgesetzt (siehe Tabelle 7).

Am auffälligsten ist dieser Wandel der politischen Reviere am völligen Verschwinden absoluter Hegemonialstellungen der Parteien in den Stadtbezirken abzulesen. Waren 1976 von 38 Stadtbezirken noch 18 von einer der beiden großen Parteien mit einer absoluten

Zweitstimmenmehrheit dominiert, so brach dieses Dominanzmuster im folgenden Jahrzehnt völlig zusammen. 1987 gab es lediglich im stark katholisch geprägten Stadtbezirk Waltershofen eine absolute Mehrheit für eine Partei, und zwar für die CDU. Bei der Bundestagswahl 1994 war dann auch diese Domäne gefallen, und auch bei der anstehenden Bundestagswahl 1998 wird es wohl kaum zu einer Renaissance absoluter Hegemonialstellungen einzelner Parteien in den Stadtbezirken kommen.

Tab. 7 Absolute und relative Mehrheiten bei Bundestagswahlen in den Freiburger Stadtbezirken 1976 – 1994

a) absolute Mehrheiten

Parteien	1976	1980	1983	1987	1990	1994
CDU	9	2	4	1	1	–
SPD	9	11	3			
insges.	18	13	7	1	1	–

b) relative Mehrheiten\*)

Parteien	1976	1980	1983	1987	1990	1994
CDU	13	16	23	21	15	16
SPD	7	9	8	13	22	18
Grüne				3		5

c) Mehrheitssituationen insgesamt

Parteien	1976	1980	1983	1987	1990	1994
CDU	22	18	27	22	16	16
SPD	16	20	11	13	22	18
Grüne				3		5

\*) Seit 1994 ist der Stadtbezirk St. Georgen in St. Georgen-Nord und -Süd geteilt; damit steigt die Zahl der Stadtbezirke auf 39 an.

Die Zeit der absoluten Mehrheiten in einzelnen Stadtgebieten geht mit dem Aufstieg der GRÜNEN zu Ende. Geraume Zeit verläuft der Prozeß der Hochburgenabschleifung vornehmlich auf Kosten der SPD. Waren die Sozialdemokraten 1980 noch in 20 Stadtbezirken stärkste Partei, so schrumpfte dieser Wert in den Wahlen der achtziger Jahre auf 11 bzw. 13 Stadtbezirke, während die CDU in dieser Phase ihre Dominanz in der Mehrheit der Stadtbezirke halten konnte. Erst mit den Wahlen der neunziger Jahre tritt ein sichtbarer

Linksruck in Freiburg ein, der nunmehr die Union in eine Minderheitenposition sowohl gegenüber der SPD allein, vor allem aber im Vergleich zu der vereinigten Linken aus SPD und GRÜNEN brachte. Die Entwicklung der politischen Reviere zeigt also: Neben allen Tendenzen hin zu einer fragmentierten und von der Parteienstruktur heterogenen städtischen politischen Kultur hat sich Freiburg auf der ideologischen Ebene in den letzten beiden Jahrzehnten von einer eher bürgerlichen zu einer eher linksorientierten Stadt gewandelt.

### III.

Die im vorigen Kapitel beschriebene Entwicklung hin zur einer Struktur fragmentierter politischer Reviere hat sich über ein Vierteljahrhundert vollzogen, in dem sich auf der einen Seite die Wählerinnen und Wähler, die schon 1976 ihre Stimmen abgaben, in den darauffolgenden Jahren in einer veränderten Parteienlandschaft orientieren mußten und in dem andererseits seither immer neue Wählergruppen hinzustießen, von denen man nicht wissen konnte, wie sie sich als Wähler verhalten und als wie stabil sich ihre politischen Neigungen über die Zeit hinweg erweisen würden. Mit diesen langfristigen politischen Orientierungen in der Freiburger Wählerschaft als Grundlage des Strukturwandels auf der Ebene politischer Reviere soll sich nun der folgende Abschnitt befassen.

Mit der repräsentativen Wahlstatistik ist uns ein Instrument an die Hand gegeben, das es ermöglicht, die politischen Affinitäten einzelner Wählergruppen auch über einen längeren Zeitraum hinweg recht präzise zu verfolgen.<sup>3)</sup> Dabei werden wir uns auf die Zeitspanne zwischen 1980 und 1996 konzentrieren, mithin auf den Zeitraum seit dem Aufstieg der GRÜNEN innerhalb des deutschen, aber besonders des Freiburger Parteienspektrums. Als theoretische Grundlagen für die folgenden Betrachtungen sollen einige Annahmen über mögliche Einflüsse des Alters auf das Wahlverhalten dienen, die sich bei einer Reihe von Wahlstudien bereits als plausible Erklärungsmuster erwiesen haben.<sup>4)</sup>

Im wesentlichen geht die Wahlforschung bei der Erklärung des Einflusses von Alter auf die Wahlentscheidung von zwei Grundthesen aus. Die erste These ist die sogenannte Lebenszyklusthese, nach der sich politische Einstellungen in Abhängigkeit von den im Lebenslauf

---

<sup>3)</sup> Die folgenden Betrachtungen gehen auf eine Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik für Freiburg zurück. Diese dokumentiert die Stimmenvergabe in verschiedenen Altersgruppen – 18–24, 25–34, 35–44, 45–59, 60 und mehr – sowie getrennt nach Geschlecht. Für unsere Zwecke wurde nun das Durchwandern der Altersgruppen zwischen 1980 und 1996 durch diese Altersklassen dafür genutzt nachzuprüfen, wie sich die Parteipräferenzen im Lauf der Zeit verändern. Dabei sind allerdings zwei einschränkende Hinweise notwendig. Zum einen handelt es sich bei den immer wieder untersuchten Altersgruppen nicht um den immer wieder identischen Personenkreis; wir erfassen lediglich jeweils Vertreter derselben Alterskohorte in zeitlichen Intervallen. Zum andern decken sich die Altersgruppen nicht völlig; so umfaßt der Jungwählerbereich die Altersgruppe 18–24 Jahre, danach werden die Altersgruppen in 10-Jahres-Intervallen zusammengefaßt. So kommt etwa zu der Jungwählergruppe im Lauf der Zeit ein "Rest" hinzu, der die Ergebnisse leicht verzerren kann. Allerdings erscheinen beide Verzerrungseffekte nicht als schwerwiegend, so daß das Verfahren gleichwohl interessante und verlässliche Befunde liefert.

<sup>4)</sup> Siehe hierzu: Ulrich Eith: "Alters- und gesellschaftsspezifisches Wahlverhalten?" in: Wahlverhalten, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Baden-Württemberg, Stuttgart, Berlin, Köln 1991, S. 166–178.

nacheinander erfolgenden Stadien der Persönlichkeits- und Rollenentwicklung des Wählers herausbilden. Danach durchläuft jeder Wähler Phasen mit unterschiedlichen Rollenerfordernissen; er ist Schüler oder Student, wird zum Arbeitnehmer und sozial integrierten Dauerbewohner eines Stadtquartiers, er erlangt einen sozialen Status, der ihn prägt und den es zu bewahren gilt; schließlich scheidet er aus dem Arbeitsleben aus und ist, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, von der Zufuhr staatlicher Ruhestands- und anderen Versorgungsleistungen abhängig. So deutlich sich die unterschiedlichen Stadien in den meisten Biographien abzeichnen, so vielgestaltig sind gleichwohl die sich daraus ableitenden politischen Einstellungen. Entsprechend gibt es zum Teil recht unterschiedliche Hypothesen zum Einfluß des Alters auf das Wahlverhalten, die sich allesamt als Lebenszykluseffekte interpretieren lassen. Hier ist etwa die Konservatismus-Hypothese zu nennen, die von einem durch steigendes Alter und die damit verbundenen Statusprivilegien motivierten Hang zum Konservativen ausgeht und entsprechende Parteieignungen vorhersagt. Eine zweite Hypothese rückt die mit jeder Wahl steigende Wahlerfahrung in den Mittelpunkt und leitet daraus eine im Sinne der Verhaltenskonstanz wirkende Neigung ab, frühzeitig erworbene politische Neigung durch Wiederholung zu festigen; diese Hypothese hebt also vor allem auf eine mit steigendem Alter nachlassende Wechselbereitschaft ab. Eine dritte Hypothese geht aus dem Gegensatz zwischen den Rollenerfordernissen im Arbeitsleben und im Ruhestand aus. Während der Wähler im Laufe des Erwerbslebens auch im Hinblick auf seine politische Präferenz als aktiv und mobil erscheint, wird er sich im Alter wesentlich den politischen Strömungen zuwenden, die ihm ein hohes und gesichertes Ausmaß an wohlfahrtsstaatlicher Absicherung gewährleisten.

Selbstverständlich können in all den drei hier referierten Hypothesen die Effekte des Lebenszyklus durch andere Faktoren ergänzt, verstärkt, aber auch überlagert werden. Eine und dieselbe Position im Lebenszyklus kann bei Wählern in unterschiedlichen sozio-ökonomischen Befindlichkeiten sehr unterschiedliche Ausprägungen und politische Auswirkungen haben: Ein Millionär, der seinen Lebensstandard auf dem weichen Ruhekissen verschiedener Aktienpakete genießt, wird vermutlich andere politische Präferenzen entwickeln als sein Altersgenosse mit einer schmalen Rente. Aus diesem Grund hat sich bislang in der Wahlforschung auch keine klare und fundierte Vorstellung über ein vorwiegend lebenszyklisch bedingtes Wählerverhalten herausbilden können, auch wenn sich in der deutschen Wählerschaft durchaus stabile altersspezifische Wahlverhaltensmuster finden lassen, wie z.B. die über Jahrzehnte hinweg nahezu unverbrüchliche Treue älterer Wählerinnen zur Union.

Die zweite, in der Wahlforschung verwendete These zum Einfluß des Lebensalters auf das Wahlverhalten ist die sogenannte Generationenthese. Sie geht davon aus, daß abgrenzbare Alterskohorten in den prägenden Jahren ihrer politischen Sozialisation vergleichsweise

ähnliche Erfahrungen und Umstände durchlebt haben und auf dieser Grundlage dann auch langfristig stabile, von anderen Generationen abgrenzbare politische Einstellungen und Verhaltensweisen an den Tag legen. In der politischen Publizistik finden sich viele Beispiele für dieses Generationenverständnis: Man nehme etwa die "Nachkriegsgeneration", die "68er Generation" oder die "Null-Bock-Generation". Immer geht das Generationenkonzept von einem unverwechselbaren und dauerhaften Charakteristikum der jeweiligen Alterskohorten aus. Auch im Blick auf die Generationenthese lassen sich analytische Bedenken formulieren. Zum einen ist die Abgrenzung verschiedener Generationen nicht eindeutig und klar; zum andern bleibt offen, ob in einer Alterskohorte wie in der vielzitierten "68er Generation" nun wirklich alle oder auch nur eine deutliche Mehrheit eine gleichartige Prägung erfahren oder ob sich das Generationen-Prädikat lediglich aus dem besonders auffälligen Verhalten einer sichtbaren Minderheit ableitet; schließlich ist die Frage der langfristigen Stabilität der zunächst erworbenen Einstellungen umstritten.

In dem hier begrenzten Rahmen brauchen diese Verästelungen nicht im Detail untersucht zu werden; vielmehr wollen wir uns darauf beschränken, das in der repräsentativen Wahlstatistik erfaßte Wahlverhalten im Lichte der Lebenszyklus- und Generationenthese zu interpretieren.<sup>5)</sup>

#### **a) Die Jungwähler**

Betrachten wir zunächst die Gruppe der Erst- und Jungwähler, die in der repräsentativen Wahlstatistik jeweils in der Altersgruppe von 18–24 Jahren erfaßt werden. Hier hat sich im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte ein dramatischer Wandel vollzogen (siehe Tabelle 8).

---

<sup>5)</sup> Die hier verwendeten Daten der repräsentativen Wahlstatistik beziehen sich auf die Bundestagswahlen von 1976 bis 1990. 1994 wurden keine Daten zur repräsentativen Wahlstatistik erhoben, wie übrigens auch 1998 die Erhebung der repräsentativen Wahlstatistik vom Bundesgesetzgeber ausgesetzt wird. Um nicht mit dem Jahr 1990 abschließen zu müssen, sind aushilfsweise die Daten der repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl 1996 als zeitlicher Endpunkt genutzt worden.



Tab. 8 Jungwähler (18–24 Jahre) in Freiburg zwischen 1980 und 1996 und ihre Parteipräferenzen (Stimmenanteil in %)

Parteien	1980		1987		1990		1996 <sup>*)</sup>	
	Jungwähler	insges.	Jungwähler	insges.	Jungwähler	insges.	Jungwähler	insges.
CDU	20,7	38,1	18,0	33,6	21,0	33,9	19,4	31,0
SPD	54,2	43,3	30,4	31,4	40,7	36,1	18,4	24,9
FDP	15,7	14,5	11,0	11,3	10,5	11,4	7,5	7,2
GRÜNE	8,5	3,6	36,1	21,0	19,5	12,4	44,4	28,3
Sonstige	0,9	0,5	4,6	2,7	8,3	6,2	10,3	8,6

<sup>\*)</sup>Landtagswahl 1996

In der Ära vor dem Eintritt der GRÜNEN in den Parteienwettbewerb war die SPD die mit großem Abstand attraktivste Partei für die Erst- und Jungwähler. 1976 gaben 54,7 %, 1980 54,2 % dieser Altersgruppe ihre Zweitstimme den Sozialdemokraten. Demgegenüber blieb die CDU mit 28,3 % bzw. 20,7 % klar zurück. Für die Union waren die Jungwähler stets eine Wählergruppe, in der es nicht viel zu holen gab. Die Liberalen hingegen verzeichneten in den Wahlen "vor den GRÜNEN" mit 12,6 % und 15,7 % Ergebnisse bei den Jungwählern, die über dem städtischen Gesamtergebnis lagen.

Mit dem Aufkommen der GRÜNEN hat sich bis zur Gegenwart eine stabile Dominanz der Umweltpartei in dieser Alterskohorte ergeben. Waren es 1980 beim ersten Antreten der GRÜNEN nur 8,5 % der Jungwähler, die für die GRÜNEN stimmten, waren es 1987 36,1 % und bei der Landtagswahl 1996 44,4 %. Lediglich bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 fielen die GRÜNEN auch bei den Jungwählern stark ab (auf 19,5 %).

Diese Ausrichtung der Jungwähler auf die GRÜNEN erfolgte in erster Linie zu Lasten der SPD, deren Stimmenanteil in dieser Altersgruppe absank, bis er 1996 mit 18,4 % sogar weit unter dem städtischen Gesamtergebnis der SPD in Freiburg lag. Lediglich 1990 schnellte der SPD-Anteil wieder auf beinahe traditionelle Höchstwerte, als man 40,7 % erzielte.

Demgegenüber war die andere große Bonner Traditionspartei, die Union, von der Anziehungskraft der GRÜNEN auf junge Wähler nicht sonderlich stark betroffen. Zwar ist die CDU nach wie vor für Jungwähler weitaus weniger attraktiv als für ältere Wählergruppen, aber das Aufkommen der GRÜNEN hat hier keine wesentliche Verschärfung dieses traditionellen Defizits ausgelöst.

Bei den Liberalen hat sich die relativ starke Position bei den Jungwählern ebenfalls abgebaut; die FDP erzielt in dieser Altersgruppe nunmehr Ergebnisse, die dem Gesamtergebnis gleichkommen.

Bemerkenswert ist die Stabilität, mit der die jeweiligen Alterskohorten ihre politischen Präferenzen über die Jahrzehnte beibehalten. Wir können dies an dem Beispiel der Wähler demonstrieren, die bei der Bundestagswahl 1980 das Segment der Jungwähler (18–24 Jahre) bilden (siehe Tabelle 9). Bei der Bundestagswahl 1987 bilden sie den Hauptblock der Altersgruppe zwischen 25 und 34; 1996 sind sie in die Altersgruppe 35–44 Jahre gewandert. Über diesen langen Zeitraum hinweg haben sich einige Wahlmuster sehr deutlich erhalten. Durchgängig bleibt ein Anhängerblock der CDU bei ca. 20 %; auch der SPD-Anteil bleibt nach dem Absacken von dem Niveau der Jahre vor dem Aufkommen der GRÜNEN erstaunlich konstant bei ca. 25 %: Die GRÜNEN selbst haben in dieser Generation einen stabilen Anteil von ca. 44 %.

Tab. 9 Die Entwicklung des Wahlverhaltens bei den Jungwählern (18–24 Jahre) der Bundestagswahl 1980 bis zum Jahr 1996 (Stimmenanteil in %)

Parteien	1980		1987		1996 <sup>*)</sup>	
	Altersgruppe 18–24	insges.	Altersgruppe 25–34	insges.	Altersgruppe 35–44	insges.
CDU	20,7	38,1	17,4	33,6	18,4	31,0
SPD	54,2	43,3	25,6	31,4	25,7	24,9
FDP	15,7	14,5	8,7	11,3	4,2	7,2
GRÜNE	8,5	3,6	44,4	21,0	43,3	28,3
Sonstige	0,9	0,5	3,9	2,7	8,4	8,6

<sup>\*)</sup> Landtagswahl 1996

Dieselbe Tendenz, sogar mit noch einem stärkeren Hang zugunsten der GRÜNEN, zeigt sich bei der Jungwählerkohorte des Jahres 1987. Ein Jahrzehnt später sind sie Teil der Altersgruppe von 25–34 Jahren und haben ihre Affinität weitgehend beibehalten. 1987 wählten 18,0 % die CDU, 1996 waren es 14,6 %. 1987 stimmten 30,4 % für die SPD, 1996 waren es nur noch 20,0 %. Und schließlich war der GRÜNEN-Anteil in diesem Jahrzehnt von 36,1 % auf 52,7 % angewachsen. Damit waren die Jungwähler des Jahres 1987 ein Jahrzehnt später zur Kerntruppe der grünen Anhängerschaft geworden.

Ein Überblick über die jeweils zur Wählerschaft hinzugestoßenen Jungwählerkohorten seit 1980 zeigt also zum einen, daß sich in Freiburg die GRÜNEN zu dem Hauptbezugspunkt

linker und liberaler Jugendlicher entwickelt haben. Daneben gibt es offensichtlich einen vom Aufkommen einer neuen links-alternativen Partei weitgehend unberührten Block eher konservativer Jungwähler, die der CDU und der mit ihr verbündeten FDP unbeeinträchtigt die Treue halten. Allerdings scheint sich die Neigung der Jungwähler zu den GRÜNEN nur dann in Stimmen umzusetzen, wenn die GRÜNEN und ihre Themen auch die Leitmelodie der politischen Auseinandersetzung wiedergeben: Liegen sie, das zeigte die Bundestagswahl 1990, daneben, so wenden sich die jungen Anhänger durchaus in großer Zahl ab.

Für die bevorstehende Bundestagswahl wirft dies Wahlmuster die spannende und für die GRÜNEN entscheidende Frage auf, ob es ihnen gelingt, die derzeitigen Modernisierungsthemen als Teil des grünen Politikprojekts darzustellen, oder ob sie wie 1990 als eine Partei empfunden werden, deren Debatte am eigentlichen Thema vorbeigeht.

### b) Mittlere und ältere Altersgruppen

Ein Bild mit ebenfalls deutlichen Konstanten, jedoch anderen politischen Präferenzen ergibt sich bei der Betrachtung der Wählergruppen, die zu Beginn unseres Analysezeitraums als mittlere Altersgruppe bereits eine längere Wahlerfahrung und völlig andere politische Sozialisationsbedingungen aufweisen (siehe Tabelle 10).

Tab. 10 Die langfristige Entwicklung des Wahlverhaltens bei den mittleren Jahrgängen (45–59 Jahre) der Bundestagswahl 1980 bis zum Jahr 1996

Parteien	Bundestagswahl 1980		Landtagswahl 1996	
	Alterskohorte 45–59	insges.	Alterskohorte 60 und mehr	insges.
CDU	44,9	38,1	46,8	31,0
SPD	42,6	43,3	29,7	24,9
FDP	10,0	14,5	8,3	7,2
GRÜNE	2,3	3,6	5,3	28,3
Sonstige	0,2	0,5	9,9	8,6

Politisch geprägt durch die fünfziger und sechziger Jahre haben diese Wähler eine erhebliche Distanz zu den GRÜNEN und ihren Themen. So stimmte 1980 die Altersgruppe zwischen 45–59 nur zu 2,3 % für die neue Umweltpartei; erstaunlich ist nun aber, daß dieser Anteil im Jahre 1996 nur auf magere 5,3 % angewachsen ist.

Demgegenüber bleibt der hohe CDU-Sockel von ca. 45 % intakt, auch über die Jahrzehnte hinweg. Eine ähnliche Stabilität finden wir auch bei den Anhängern der FDP; der liberale

Stimmenanteil bleibt mit 10,0 % bzw. 8,3 % äußerst stabil. Wiederum aber ist vor allem die SPD die Verliererin in langfristiger Perspektive; ihr Anteil geht 1980 von 42,6 % auf 29,7 % in 1996 zurück.

Eine vergleichende Betrachtung der verschiedenen Altersgruppen und ihres Wahlverhaltens während der letzten Jahrzehnte in Freiburg legt den Schluß nahe, daß die Generationeneffekte in der Wählerschaft die Lebenszykluseffekte überwiegen. Sowohl bei den Anhängern der CDU als auch bei den Wählern der GRÜNEN zeichnen sich über die verschiedenen Wahlen hinweg sehr klare Konstanten in der Parteipräferenz ab. Lebenszyklische Einflüsse kommen allenfalls in Form einer sich allmählich deutlicher herausbildenden Parteizugehörigkeit für die jeweils dominante Partei ins Spiel.

Gegenüber den jeweils sehr stabilen Anhängersegmenten der CDU und der GRÜNEN erscheinen die Wähler der SPD wesentlich eher bereit, ihrer Partei den Rücken zu kehren. Dies zeigt sich sehr deutlich bei den Jungwählern des Jahres 1980, aber auch in dem Abschmelzen des SPD-Rückhalts unter den mittleren und älteren Jahrgängen. Dafür mag es zwei ineinandergreifende Ursachen geben. Gaben die Jüngeren der SPD nur solange den Vorzug, wie es keine genuine "Veränderungspartei" mit den GRÜNEN gab, zu der sie dann ab 1983 in großen Zahlen überwechselten, so mag das Abschmelzen der mittleren Jahrgänge damit zusammenhängen, daß viele diese Wähler erst im Laufe der sechziger und siebziger Jahre zur SPD gestoßen waren und über keine feste Parteibindung verfügten. Dahinter steht die Wirkungskraft politischer Umbrüche, die auf den Programmhaushalt und das politische Profil der SPD stets größeren Druck ausübten als auf andere Parteien. Dies gilt für die Wende zur sozialen Marktwirtschaft in den fünfziger und sechziger Jahren ebenso wie für die Öffnung zu Themen der Umwelt- und Friedenspolitik in den achtziger Jahren. Auch die derzeitige Debatte um die Modernisierung des Standortes Deutschland mit ihren neo-liberalen Untertönen trifft das Selbstverständnis der Sozialdemokraten härter als die politische Identität der anderen Parteien. In gewisser Weise sind die beherrschenden Debatten der letzten Jahrzehnte stets quer durch die Sozialdemokratie verlaufen. Dies birgt auf der anderen Seite die Gefahr, daß Teile der Wählerschaft abwandern; andererseits werden dadurch auch Öffnungen zu Themen und Wählern erzeugt, die Chancen auf Stimmenzuwachs eröffnen.

#### IV.

### Zusammenfassung

Die politische Landschaft Freiburgs hat sich in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch verändert. Sowohl die Betrachtung der politischen Reviere als auch der politischen Generationen zeigt eine Entwicklung zu einer heterogenen und mobilen politischen Kultur,

die ererbte und überkommene politische Besitzstände in der Stadt weitgehend verschwinden ließ.

Für die bevorstehende Bundestagswahl bedeutet diese heterogene und mobile Wählerschaft, daß das politische Rennen einen ungewissen Ausgang hat. Zwar verfügen die CDU und die GRÜNEN in der Stadt über kompakte Stimmenpakete, wie die Betrachtung der politischen Generationen zeigt, aber inwieweit sie wirklich mobilisierbar sind, ist angesichts der politischen Stimmungslage, die beide Parteien derzeit nicht begünstigt, ungewiß und eventuell vom Wahlkampfendspurt abhängig. Demgegenüber bewegt sich die SPD seit Monaten auf Bundesebene in einem Stimmungshoch, jedoch ist ihre Position in der Stadt in den letzten Jahrzehnten erheblich geschwächt worden, so daß abzuwarten bleibt, in welchem Umfang die sozialdemokratischen Reviere aufzurütteln sind.

# Der Freiburger Parteienwettbewerb in den 90ern vor dem Hintergrund bundesweiter Konfliktlinien

von Ulrich Eith

Fernsehsports, riesige Plakatwände und allgegenwärtige Faltblätter der verschiedenen Parteien signalisieren das Näherrücken einer Bundestagswahl, Politiker und Parteien werben um Unterstützung. Moderne Wahlkämpfe richten sich hierbei jedoch kaum an den politischen Gegner. Sie haben vielmehr in erster Linie die Funktion, die eigene Wählerklientel zu mobilisieren und auf die bevorstehende Notwendigkeit der Stimmenabgabe aufmerksam zu machen. Die Wahlkampfmanager stehen somit regelmäßig vor der entscheidenden Frage, welche Gruppen denn eigentlich dem eigenen Wählerpotential zuzurechnen sind und mit welchen politischen Themen diese entsprechend aktiviert werden können. Wo verlaufen die aktuellen politischen Konfliktlinien in der Gesellschaft und wie lassen sie sich parteipolitisch aufladen?

In der Vergangenheit schien die Zuordnung von gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien in der Bundesrepublik übersichtlicher: Katholiken wählten die Union, Gewerkschaftsmitglieder stimmten für die Sozialdemokraten und der selbständige, protestantische Mittelstand galt als sichere Wählerbasis der Liberalen.<sup>1)</sup> Diese traditionellen Parteibindungen haben im Laufe der Zeit jedoch an Bedeutung eingebüßt. Heute erscheint die Situation unübersichtlicher. Zum einen sind mehr Wähler zur Wechselwahl bereit, zum anderen sind inzwischen neue, jüngere Wählergruppen aus diesem traditionellen Beziehungsmuster herausgewachsen. Politik wird zunehmend als Dienstleistung begriffen. Entsprechend pragmatischer und emotionsloser gestaltet sich das Verhältnis zwischen Wählern und Parteien. Und dennoch, politische Einstellungen bilden sich nach wie vor in der Auseinandersetzung mit der sozialen Umwelt. Der ungebundene, stets Kosten und Nutzen abwägende, rational urteilende Wähler gehört bislang jedenfalls der sozialwissenschaftlichen Science-fiction an. Auch neuere Studien konnten immer wieder nachweisen, daß die Einschätzung der dringendsten Probleme, die Bewertung der Kandidaten und auch die Zuschreibungen von Handlungskompetenzen der Parteien für verschiedene Politikfelder in hohem Maße von der sozialen Lage beeinflußt werden.<sup>2)</sup> Im Umkehrschluß verspricht eine Analyse der aktuellen, identitäts- oder auch nur meinungsbildenden Konfliktlinien Aufschluß über die gesellschaftlichen Brüche und Frontstellungen. Der politische Markt hat sich verändert und ist möglicherweise auch vielschichtiger geworden, seine Strukturen lassen sich jedoch auch heute gewinnbringend aus soziologischer Perspektive untersuchen.

---

<sup>1)</sup> S. hierzu den Beitrag von Gerd Mielke in diesem Heft.

<sup>2)</sup> Vgl. zur Einführung Ulrich Eith, Gerd Mielke (1996): Wahlforschung: Zur Bedeutung und Methodik empirischer Sozialforschung in der Politikwissenschaft, in: Manfred Mols u.a. (Hg.): Politikwissenschaft: Eine Einführung, 2., erw. Aufl., Paderborn, S. 278-306.

In diesem Beitrag geht es um die Analyse und Einordnung der Freiburger Bundestagswahlen. Von besonderem Interesse sind hierbei die Strukturen des städtischen Parteienwettbewerbs in den 90er Jahren. Welchen sozialstrukturellen Brüchen oder Frontstellungen kam bei der Bundestagswahl 1994 eine wahlerklärende Bedeutung zu? Wie steht es um die milieu- oder gruppenspezifische Verankerung der Hoch- und Tiefburgen der Parteien? Als theoretischer Rahmen und Hintergrund dieser Untersuchung dienen die aktuellen bundesweiten Konfliktlinien. Wie fügt sich Freiburg in dieses Muster? Ticken hier die Uhren etwa anders? Lassen sich darüber hinaus seit der Bundestagswahl 1980 Veränderungen aufdecken? In einem ersten Schritt werden somit zunächst die Grundmuster des überregionalen Parteienwettbewerbs skizziert. Anschließend gilt es, vor diesem Hintergrund die Freiburger Situation genauer auszuleuchten und einzuordnen.

## **1. Konfliktlinien des überregionalen Parteienwettbewerbs**

Insbesondere zwei Zäsuren prägen die Entwicklung des deutschen Parteiensystems in den letzten beiden Jahrzehnten. So gelang es den Grünen in den 80er Jahren, das lange Zeit stabile Parteiendreieck CDU, FDP und SPD aufzubrechen und sich als vierte Partei dauerhaft zu etablieren. Einen weiteren Einschnitt markiert die deutsche Einheit. Ab 1990 spaltete sich der bundesdeutsche Parteienwettbewerb in eine ostdeutsche und eine westdeutsche Variante.

In den östlichen Bundesländern haben sich seit der Einheit Drei-Parteien-Systeme, bestehend aus CDU, SPD und PDS – der Nachfolgerin der DDR-Staatspartei SED – herausgebildet. Im Unterschied zum gewohnten westdeutschen Muster verläuft die ideologisch-politische Konfrontation hierbei in erster Linie zwischen CDU und PDS und nicht zwischen den beiden großen Parteien CDU und SPD.<sup>3)</sup> Die Union repräsentiert im Osten seit 1990 die optimistischen Befürworter des Systemwandels, die PDS integriert weitgehend den Protest gegen die Vereinigung oder ihre Modalitäten ins politische System. Die Sozialdemokraten nehmen zwischen diesen beiden Polen eine ungewohnte Mittellage ein. Keine ausreichende Unterstützung finden bislang hingegen FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

Diese Zweiteilung des politischen Marktes seit 1990 hat vor allem bundesweite Auswirkungen. In allen Parteien werden die bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West immer wieder in den innerparteilichen Diskussionen sichtbar, etwa bei Fragen nach dem Umgang mit der PDS, nach der geeigneten Wahlkampfstrategie oder auch nach der Notwendigkeit einer intensiven Vergangenheitsbewältigung. Nach wie vor unterscheiden sich die politischen Sensibilitäten und Wahrnehmungsmuster im Osten und Westen, gerade auch in der Bevölkerung. Für die Parteien ergeben sich somit vor allem auf nationaler Ebene neue Handlungsoptionen und Koalitionsmodelle. Die politischen Auseinandersetzungen haben sich inzwi-

---

<sup>3)</sup> Vgl. Ulrich Eith (1997): Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt. Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflußfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994, Berlin.

schen diesen veränderten Rahmenbedingungen angepaßt. Die regionalen Auswirkungen hingegen sind insbesondere für den Südwesten Deutschlands eher gering. Der Osten und seine spezifische Problematik spielt dort im lokalen politischen Wettbewerb praktisch keine Rolle. Aus dieser Perspektive hat die Einheit der regional vielfach gebrochenen deutschen Parteien- und Wählerlandschaft eine weitere, neue Facette hinzugefügt.

Bedeutsamer auch für den lokalen politischen Wettbewerb erscheinen die Veränderungen im Zuge des Wert- und Einstellungswandels in den jüngeren Generationen. So standen die 70er und 80er Jahre in ganz Westeuropa im Zeichen eines Aufschwungs grün-alternativer Bewegungen und Parteien samt ihrer ideologischen Fundamente. Die Themen dieser Neuen Politik<sup>4)</sup> – mancherorts ironisch auch als "sunshine-issues" bezeichnet – beherrschten weitgehend die politische Agenda. Insbesondere die allgegenwärtigen Diskussionen um Frieden, Atomkraft, Ökologie und Emanzipation entwickelten hierbei über Jahre hinweg eine enorme Schubkraft. Sie mobilisierten und politisierten nachhaltig die heranwachsenden Generationen und katapultierten deren politische Aktivisten in den 80er Jahren in regionale und überregionale Parlamente.

Spätestens seit Beginn der 90er Jahre ist allerdings eine Renaissance der Alten Politik mit ihren traditionellen "bread and butter"-Themen zu verzeichnen. Die wirtschaftliche Rezession und steigende Arbeitslosenzahlen in Ost und West haben das Spektrum der politischen Diskussionen sowie die Rangfolge der mehrheitlich als wichtig eingestuften politischen Probleme verschoben. Seit einigen Jahren stehen einmal mehr wirtschaftspolitische Themen im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung. In größeren Kreisen der Bevölkerung haben ökonomische Krisenphänomene und individuelle Statusängste zudem zu einer sich nachhaltig artikulierenden Politikverdrossenheit, teilweise sogar zu offener Gewalt und Fremdenfeindlichkeit geführt.

Unter diesem Themenwechsel zu Beginn der 90er Jahre verbergen sich drohende Statusverluste, sozialstrukturelle Verschiebungen und Brüche. Deren Wahrnehmung und kulturell-ideologische Überformung können längerfristig stabile politische Interessen, Einstellungen und Verhaltensweisen begründen und fördern. Zunehmend breitere Kreise fürchten um ihre soziale Sicherheit und sehen der Zukunft mit größerer Skepsis entgegen. Entsprechend lassen sich auch die politischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland aus einer strukturellen Perspektive analysieren. Insbesondere zwei Konfliktlinien können als analytischer Interpretationsrahmen für die derzeitigen Kontroversen benannt werden.<sup>5)</sup>

---

<sup>4)</sup> Vgl. Kai Hildebrandt, Russel J. Dalton (1977): Die Neue Politik. Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik?, in: Max Kaase (Hg.): Wahlsoziologie heute, Opladen, S. 230-256.

<sup>5)</sup> Vgl. Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke, Ulrich Eith (1996): Weichenstellungen einer "kleinen Bundestagswahl". Analyse der Ergebnisse vom 24. März 1996, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 41. Jg., S. 555-566; Ulrich Eith (1996): Parteien, in: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.): Handbuch der deutschen Einheit, Neuausgabe, Bonn, S. 559-570.



Eine erste, in der öffentlichen Auseinandersetzung derzeit den größten Raum einnehmende Konfliktdimension bündelt daher auch Fragen nach der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung und dem Ziel bzw. dem Ausmaß staatlichen Handelns. Marktwirtschaftliche Modelle konkurrieren hierbei mit Vorstellungen eines eingreifenden, regulierenden Sozialstaates. Werden im einen Fall von neoliberaler Seite die Innovationskapazitäten einer auf sozialer Konkurrenz beruhenden Gesellschaftsform hervorgehoben, so stehen im anderen Fall Kriterien sozialer Verteilungsgerechtigkeit als Ziele politischen Handelns im Vordergrund. Zum Ausdruck kommen diese unterschiedlichen Positionen in den jeweiligen tagespolitischen Auseinandersetzungen, etwa um die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, um den Umbau des Sozialstaates oder auch um die Bedingungen eines attraktiven Wirtschaftsstandortes. Die Parteien leiten hierbei ihre konkreten Vorstellungen und Problemlösungen mehr oder minder direkt aus ihrer grundsätzlichen Position im Spektrum zwischen Marktwirtschaft und Sozialstaat ab, welche auf diese Weise im Gegenzug durch die tagespolitischen Diskussionen stets aktualisiert wird. So verfestigen sich Parteistandpunkte allmählich zu ideologischen Glaubensbekenntnissen, was sich in besonderer Weise an der Wiederbelebung und derzeitigen Popularität des "Neo"-Liberalismus demonstrieren läßt. Dennoch bündelt diese sozio-ökonomische Konfliktlinie letztlich klassische Fragen der Verteilungspolitik und weist keineswegs überraschend eine starke sozialstrukturelle Verankerung in der Bevölkerung auf. Die ideologischen Positionen lassen sich entlang einer Rechts-Links-Dimension anordnen und decken sich zu einem großen Teil mit den längerfristigen schicht- bzw. gruppenspezifischen Interessen ihrer Unterstützer und Protagonisten.

Eine zweite, in der öffentlichen Wahrnehmung derzeit nachgeordnete Konfliktdimension resultiert aus den gesellschaftlichen und politischen Wertewandelschüben der letzten Jahrzehnte, wie sie in allen modernen Industriestaaten zu beobachten sind.<sup>6)</sup> Bei vielen Angehörigen der jüngeren Generationen hat sich ein Verständnis von Politik herausgebildet, das sehr stark auf Kommunikation und Beteiligung abhebt. Dem steht ein traditioneller Politikstil bei eher älteren Generationen gegenüber, der in erster Linie die politische Führung und Interessenrepräsentation betont. Diese unterschiedlichen Politikverständnisse und die damit einhergehenden Erwartungen werden nicht zuletzt auch durch entsprechende Erfahrungen im privaten und arbeitsweltlichen Bereich abgestützt.<sup>7)</sup> Zum einen prägen seit den 60er Jahren in zunehmendem Maße flachere Hierarchien und die Förderung von Selbständigkeit anstelle der Einforderung von Disziplin und Unterordnung die Erziehungsstile in Familien und Schulen.<sup>8)</sup> Zum anderen haben sich mit dem Ausbau der Dienstleistungsgesellschaft vielfach auch die beruflichen Anforderungen verändert. Als Schlüsselqualifikationen gelten inzwischen in vielen Be-

---

<sup>6)</sup> Vgl. zur Ausbreitung postmaterialistischer Werte Ronald Inglehart (1995): Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt/M.

<sup>7)</sup> Vgl. etwa Ursula Feist, Klaus Liepelt (1990): Was die Dynamik des Arbeitsmarktes für das Wählerverhalten bedeutet, in: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen, S. 89-107; Hans-Georg Betz (1993): Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik in der postindustriellen Moderne, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/43. Jg., S.3-13; Herbert Kitschelt (1994): The Transformation of European Social Democracy, Cambridge.

<sup>8)</sup> Vgl. Wilhelm Bürklin (1994): Verändertes Wahlverhalten und der Wandel der politischen Kultur, in: ders., Dieter Roth (Hg.): Das Superwahljahr, Köln, S. 27-53, hier S. 46.

reichen Fähigkeiten wie soziale und kommunikative Kompetenz. Die so eingeübten und bewährten Kommunikations- und Konfliktlösungsmuster werden von Angehörigen dieser Berufe natürlich auch in der Politik gesucht. Sie stehen häufig jedoch im Widerspruch zu den traditionellen Verfahrensweisen und organisatorischen Strukturen in den Großparteien. Diese unterschiedlichen Vorstellungen über die Art und Weise des politischen Handelns kommen ebenfalls in der Tagespolitik zum Vorschein, beispielsweise bei der Frage der Abtreibungsregelung oder auch in der Ausländer- und Multikulturalismusdebatte. Darüber hinaus umfaßt diese kulturelle Konfliktlinie aber auch grundsätzliche Aspekte der politischen Entscheidungsfindung und Machtausübung. Es stehen sich unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie und – damit verbunden – politischer Partizipation bzw. politischen Konfliktlösungsmechanismen gegenüber.

Beide Konfliktlinien bilden die aktuellen Koordinaten der tagespolitischen Diskussionen, in besonderer Weise im Westen der Republik. Sie überlagern seit geraumer Zeit vielfach den traditionellen Gegensatz zwischen klerikal/katholischer vs. säkular/nicht-katholischer Politikausrichtung, wie er insbesondere für die Unionsparteien immer wieder entscheidend war.<sup>9)</sup> Beide Konfliktlinien zwingen Parteien und Wähler fortwährend zur Positionsbestimmung. Hierbei hängen die Existenz dauerhafter Parteibindungen und somit auch die Stabilität des politischen Systems in hohem Maße von der Qualität der Interessenrepräsentation ab. Versäumen es die Parteien über einen längeren Zeitraum hinweg, gesellschaftlich relevante Positionen in den aktuellen Debatten adäquat zu Gehör zu bringen, drohen dem Parteiensystem von seiten der Wählerschaft Verdrossenheit oder gar Loyalitätsentzug.

## **2. Gesellschaftliche Strukturkonflikte und Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 1994 in Freiburg**

Mehrfach wurde für Freiburg bereits ein Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Wählerverhalten nachgewiesen.<sup>10)</sup> Inzwischen gehört es zur Standard-Wahlberichterstattung des Freiburger Amtes für Statistik und Einwohnerwesen, die aktuellen Wahlergebnisse getrennt nach 5 bzw. 7 Wohngebietstypen, die sich hinsichtlich des sozialen Status ihrer Bewohner unterscheiden, zu dokumentieren. Hierzu werden die weit über 100 Freiburger Wahlbezirke vom Amt mit Hilfe der Berufs- und Ausbildungsdaten entsprechend zugeordnet.

In der folgenden Analyse gilt es nun zu untersuchen, ob über die soziale Lage hinaus noch weitere theoretisch sinnvolle Faktoren die Freiburger Wahlentscheidung erklären können. Ein besonderes Interesse gilt natürlich der Frage, ob die bundesweiten Konfliktlinien auch für das innerstädtische Wählerverhalten von Bedeutung sind. Um eventuelle regionalspezifische

---

<sup>9)</sup> Vgl. Gerd Mielke (1991): Des Kirchturms langer Schatten, in: Hans-Georg Wehling (Hg.): Wahlverhalten, Stuttgart, S. 139-165.

<sup>10)</sup> Vgl. In diesem Kontext zuerst Rainer Tressel (1981): Eine Analyse des Zusammenhangs zwischen der Berufsgruppenzugehörigkeit der Wahlberechtigten und den Ergebnissen der Parteien bei der Bundestagswahl 1980 in Freiburg I. Br., Sonderbericht, Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg; ders. (1987): Wie wählen Arbeiter, wie Angestellte und Beamte, wie Selbständige ... ?, in: Sonderberichte, Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg, S. 63-68.

Einflußgrößen so weit wie möglich auszuschließen, beschränkt sich die nachfolgende Untersuchung auf die Ergebnisse der Bundestagswahlen. Ausgangspunkt der empirischen Analyse sind somit sozialstrukturelle Kennziffern und Bundestagswahlergebnisse der derzeit 141 Freiburger Wahlbezirke. Zunächst soll mittels einer Faktorenanalyse der Frage nachgegangen werden, ob sich mit Hilfe der verfügbaren Daten zur Sozialstruktur überhaupt potentielle Konfliktdimensionen in Freiburg aufspüren lassen. Anschließend bleibt zu untersuchen, welchen Beitrag die identifizierten Faktoren zur Erklärung des Wählerverhaltens in Freiburg zu leisten imstande sind.

In Anlehnung an das bundesweite theoretische Erklärungsmodell und unter Berücksichtigung statistischer Relevanz werden folgende sozialstrukturelle Daten in diese Untersuchung einbezogen: die Anteile von Arbeitern, Beamten, Hochschul- und Haupt- bzw. Volksschulabsolventen an der Wohnbevölkerung entsprechend der Volkszählung 1987 sowie die Anteile von Ausländern, Katholiken, Protestanten, 25-34jährigen und über 60jährigen, wie sie am 1.1.1998 der Einwohnermeldedatei zu entnehmen waren.<sup>11)</sup> Die faktorenanalytische Untersuchung ergibt für Freiburg ein dreidimensionales Strukturmodell, dessen Komponenten erstaunlich gut im Rahmen des theoretischen Erklärungsmodells interpretiert werden können. Tabelle 1 faßt die einzelnen Faktoren und die sie charakterisierenden Variablen zusammen.

Ein erster Faktor bildet die Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung bzw. im sozialen Status zwischen den Freiburger Wahlbezirken ab. Statushohe Gebiete – etwa große Teile der Wiehre, von Littenweiler oder auch Herdern – sind durch einen überdurchschnittlichen Anteil von Beamten und Personen mit Hochschulabschluß gekennzeichnet. Statusniedrige Gebiete hingegen – vorwiegend in Haslach und Brühl – weisen dem entgegengesetzt überdurchschnittliche Anteile von Arbeitern und Personen mit Hauptschulabschluß sowie einen hohen Ausländeranteil auf. Die hier ermittelte "schichtspezifische Dimension" gleicht im Ergebnis in hohem Maße der Einteilung der Wahlbezirke in 5 bzw. 7 Statustypen. Beide Charakterisierungen stützen sich auf die Berufs- und Ausbildungsdaten und sind auch statistisch sehr hoch miteinander korreliert (Pearson's Corr.: .85). Ein Einfluß dieser "schichtspezifischen Dimension" auf das Wählerverhalten kann als gesichert angenommen werden.

Ein zweiter Faktor spiegelt die Unterschiede hinsichtlich der Altersstruktur der Freiburger Bevölkerung wider. Wahlbezirke mit einem besonders hohen Anteil von 25-34jährigen – etwa Alt-Stühlinger, Altstadt und Unterwiehre – stehen anderen mit einem hohen Anteil von über 60jährigen – Waldsee, Teile von Haslach und Oberwiehre – gegenüber. Die Unterschiede in der Altersstruktur sind statistisch vollständig unabhängig vom Status der Wahlbezirke. In den voranstehenden Ausführungen zum überregionalen Konfliktmuster wurde deutlich, daß sich

---

<sup>11)</sup> Auch wenn die Volkszählungsdaten bereits vor über 10 Jahren erhoben wurden und gewisse Veränderungen in der Zwischenzeit als wahrscheinlich anzusehen sind, so stellt die Berücksichtigung dieser Daten dennoch die einzige Möglichkeit dar, entsprechende Untersuchungen durchführen zu können. Zur nachfolgenden Analyse wurde der Datensatz ohne Veränderung der Fallzahl mit den Wahlberechtigten der Bundestagswahl 1994 gewichtet.

in der Bundesrepublik die Generationen in ihren Einstellungen zu grundsätzlichen politischen Zielen und Modalitäten demokratischer Entscheidungsfindung nachweislich unterscheiden. Dieser kulturelle Konflikt ist in hohem Maße ein Generationenkonflikt. In Anlehnung hieran wird der auf der Altersverteilung basierende Faktor als "kulturelle Dimension" bezeichnet und interpretiert. Ein entsprechender Einfluß auf das Wählerverhalten sollte eigentlich gerade in Freiburg, einer der Hochburgen der Grünen, nachweisbar sein.

Tabelle 1: Dimensionen sozialer Differenzierung in Freiburg:  
Faktorladungskoeffizienten ausgesuchter Sozialstrukturvariablen  
(Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation)

Variablen *	Faktor 1 ("schichtspez. Dimension")	Faktor 2 ("kulturelle Dimension")	Faktor 3 ("konfess. Dimension")
Arbeiteranteil 1987	.949	-.046	.118
% Uniabschluß 1987	-.836	-.201	-.222
Beamtenanteil 1987	-.834	.202	.068
% Hauptschulabschluß 1987	.821	.020	.153
Ausländeranteil 1998	.607	-.490	-.063
% 25-34 Jahre 1998	-.134	-.820	.016
% über 60 Jahre 1998	-.146	.779	.055
Katholikenanteil 1998	-.013	.400	.863
Protestantenanteil 1998	-.267	.310	-.825

\* Die Sozialstrukturvariablen entstammen der Volkszählung 1987 bzw. der Melderegisterauszählung (Stand: 1. 1. 1998);

Wahlbezirksebene, gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 1994 (N = 141);

Kaiser-Meyer-Olkin-Maß = .617;

Faktor 1 erklärt 40.6 % der Varianz (EW: 3.7);

Faktor 2 erklärt 21.6 % der Varianz (EW: 1.9);

Faktor 3 erklärt 13.7 % der Varianz (EW: 1.2).

Ein dritter Faktor schließlich gründet sich auf konfessionelle Unterschiede zwischen den Freiburger Wahlbezirken. Zunächst bilden die dem Stadtgebiet zugehörigen (Rand-)Gemeinden die jeweiligen konfessionellen Hochburgen, etwa Waltershofen, Munzingen, Ebnet und Kappel mit den höchsten Katholiken- sowie Tiengen und Opfingen mit den höchsten Protestantenanteilen. Darüber hinaus trennt dieser Faktor aber auch innerstädtische Gebiete mit einem überdurchschnittlichen Katholikenanteil von bis zu 65 % – Teile von Mooswald, St. Georgen, Haslach – von Gebieten mit einem überdurchschnittlichen Protestantenanteil – teilweise Unterwiehre, Landwasser, Herdern. Diese "konfessionelle Dimension" ist ebenfalls statistisch unabhängig von den beiden anderen Dimensionen. Da in Freiburg die innerstädtische Konfessionsverteilung durchaus beachtlich variiert (Katholikenanteil: 37.8 % - 74.0 %; Protestantenanteil: 16.7 % - 46.4 %), erscheinen entsprechende Effekte auf das Wählerverhalten zumindest bei Bundestagswahlen keineswegs ausgeschlossen.

Zusammenfassend wird also deutlich, daß sich die Freiburger Wahlbezirke hinsichtlich der drei Merkmale Schicht, Alter (Kultur) und Konfession nachweislich unterscheiden. Aus theoretischer Perspektive kann allen drei Merkmalen, die sich zudem nahtlos in das überregionale Konfliktmuster fügen, ein plausibler Einfluß auf das Wählerverhalten zugeschrieben werden. Die empirische Überprüfung soll im folgenden hierüber näheren Aufschluß geben.

Tabelle 2: Wahlergebnisse der Bundestagswahl 1994 in Freiburg in unterschiedlichen Kontexten (Zweitstimmen in %, inkl. Briefwähler)

	WBT	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	REP
insgesamt (amtl. Endergebnis)	79.8	31.5	32.6	21.9	8.0	1.9
schichtspezifische Dimension *						
statushoch	85.4	31.5	25.8	27.1	10.6	0.8
statusniedrig	72.7	30.2	40.6	16.6	5.7	2.3
kulturelle Dimension *						
hoher Anteil 25-34 Jahre	80.3	28.0	29.6	28.4	7.6	1.1
hoher Anteil über 60 Jahre	80.1	34.2	34.9	16.9	8.0	1.7
konfessionelle Dimension *						
protestantisch	80.5	31.2	32.9	21.5	8.8	1.4
katholisch	80.0	34.9	32.6	18.9	7.6	1.6

\* Berücksichtigt ist jeweils das Viertel der Wahlbezirke mit der höchsten Merkmalsausprägung. Als Variablen wurden die Faktorwerte der jeweiligen Faktoren verwandt; Wahlbezirksebene, gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 1994 (N = 141).

Tabelle 2 verdeutlicht die unterschiedlichen Wirkungen der drei ermittelten Dimensionen bei der Bundestagswahl 1994 in Freiburg und bestätigt die theoretischen Annahmen. Wie bei früheren Urnengängen differieren auch 1994 die Parteiergebnisse entsprechend der schichtspezifischen Zusammensetzung der Wahlbezirke. In den statushohen Gebieten finden sich die Hochburgen der Grünen und Liberalen. Insbesondere die Grünen haben dort in einigen Stadtteilen (bes. Wiehre) mit einem Stimmenanteil von über 30 % die Sozialdemokraten als zweitstärkste Partei inzwischen abgelöst und liegen derzeit nur knapp hinter der Union. Die FDP erzielt zweistellige Ergebnisse in den statushohen Bezirken von Günterstal, Littenweiler und Herdern. Die statusniedrigeren Gebiete erweisen sich auch 1994 als Hochburgen der Sozialdemokraten. So behauptet sich die SPD insbesondere in Haslach und Brühl mit einem Stimmenanteil von über 40 % als stärkste Partei. Die Republikaner können dort ebenfalls ihre besten Ergebnisse vorweisen. Keine signifikant nachweisbare Rolle spielt die soziale Zusammensetzung des Wahlbezirks für das Abschneiden der CDU in Freiburg. In allen Statusgruppen erzielt die Union 1994 vergleichbare Stimmenanteile um die 30 %.

Die Altersstruktur (kulturelle Dimension) der Freiburger Wahlbezirke weist ebenfalls einen signifikanten Effekt auf das Wählerverhalten auf. Die Union und mit Abstrichen auch die Sozialdemokraten schneiden in Gebieten mit einem hohen Anteil von über 60jährigen überdurchschnittlich gut ab. Demgegenüber können die Grünen ihre besten Ergebnisse in Bezir-

ken mit einem hohen Anteil von 25-34jährigen erzielen. Die Stimmenanteile der Liberalen wiederum streuen in dieser Hinsicht nur unwesentlich. Insgesamt stützen die Ergebnisse nachdrücklich die Annahme, daß die Effekte der Altersverteilung einen kulturellen Konflikt zwischen den Generationen über Grundsatzfragen politischen Handelns widerspiegeln. Gerade CDU und Grüne unterscheiden sich nicht nur in ihren programmatisch-ideologischen Zielen. Sie stehen zudem auch für entgegengesetzte Positionen im Spannungsfeld von repräsentativem Modell vs. direktdemokratischer Beteiligung.

Die Konfessionsverteilung übt 1994 ebenfalls einen nachweisbaren Einfluß auf das Wählerverhalten aus, insbesondere auf die Ergebnisse der Union. Die Christdemokraten erzielen weit überdurchschnittliche Stimmenanteile in katholisch dominierten Wahlbezirken, FDP und auch Grüne schneiden in Gebieten mit einem hohen Protestantenanteil etwas besser ab. Für die Ergebnisse der SPD hingegen spielt die Konfessionsverteilung keine statistisch signifikante Rolle. Bei bundesweiten Wahlanalysen und Vergleichen werden diese Effekte im allgemeinen mit der Existenz regionaler, konfessionell geprägter Traditionen begründet. Entsprechende Relikte haben sich offensichtlich auch in den verschiedenen Gemeinden und Dörfern, die im Laufe der Zeit Freiburg eingemeindet wurden, trotz innerstädtischer Mobilitätswanderungen erhalten können.

### **3. Konstanz und Wandel der Konfliktlinien in Freiburg seit 1980**

Nach der getrennten Betrachtung des Einflusses von Schicht, Alter (Kultur) und Konfession auf das Freiburger Wählerverhalten 1994 gilt es nun noch abschließend, deren Zusammenwirken und Veränderungen über die Zeit zu untersuchen. Die in Tabelle 3 komprimiert zusammengestellten Ergebnisse einer multivariaten Regressionsanalyse der Bundestagswahlergebnisse seit 1980 erlauben entsprechende Schlußfolgerungen.<sup>12)</sup>

Zunächst wird deutlich, daß die drei Konfliktdimensionen in ihrer gemeinsamen Wirkung die Parteiergebnisse bei den Bundestagswahlen in Freiburg seit 1980 recht gut erklären können. Für SPD, Grüne und FDP binden die drei unabhängigen Dimensionen im allgemeinen zusammen deutlich über 50 % der Varianz, also der unterschiedlichen Ausprägung der Parteienteile in den Freiburger Wahlbezirken. Lediglich für die CDU ist die Erklärungskraft des hier diskutierten Modells geringer. Weiterhin entsprechen Höhe und Vorzeichen der ausgewiesenen beta-Koeffizienten für die Bundestagswahl 1994 genau dem Einfluß- und Konfliktmuster, wie es im Zusammenhang mit den Ergebnissen in Tabelle 2 bereits aufgezeigt wurde: Die CDU profitiert 1994 in erster Linie von einem hohen Anteil älterer Wahlberechtigter und darüber hinaus auch von einem hohen Katholikenanteil. Die SPD-Ergebnisse hingegen variieren auch 1994 vor allem mit dem Status der Wahlbezirke. Die Stimmenanteile der Grünen reagie-

---

<sup>12)</sup> Mit Hilfe dieses statistischen Verfahrens wird die gemeinsame Wirkung mehrerer unabhängiger Variablen auf eine abhängige Variable untersucht, in dem hier vorliegenden Fall also der gemeinsame Einfluß der drei Dimensionen Schicht, Alter (Kultur) und Konfession auf die Parteiergebnisse einer bestimmten Bundestagswahl in Freiburg.

ren nahezu gleichermaßen auf die schichtspezifische und die kulturelle Konfliktdimension, im ersten Fall entgegengesetzt zur SPD, im zweiten Fall gegenläufig zur CDU. Die Ergebnisse der Liberalen unterliegen dem Einfluß von Schicht (gegen SPD) und Konfession (gegen CDU).

Tabelle 3: Erklärungskraft der drei Konfliktdimensionen für die Bundestagswahlergebnisse 1980 bis 1994 in Freiburg (% erklärte Varianz:  $R^2 * 100$ ; signifikante stand. beta-Koeffizienten)

		% erklärte Varianz (total)	schichtspez. Dimension (Faktor 1)	kulturelle Dimension (Faktor 2)	konfess. Dimension (Faktor 3)	F-Wert (sign.)
CDU	1980	38	-.541	-	.297	42.2
	1983	32	-.336	.211	.399	21.1
	1987	32	-.156	.374	.392	21.3
	1990	27	-	.422	.310	26.1
	1994	27	-	.452	.249	25.1
SPD	1980	61	.783	-	-	220.1
	1983	61	.783	-	-	220.1
	1987	68	.807	.171	-	147.0
	1990	52	.720	-	-	149.6
	1994	68	.800	.202	-	146.9
GRÜNE	1980	40	-.435	-.462	-	46.6
	1983	57	-.590	-.429	-.184	59.7
	1987	54	-.442	-.575	-.124	54.0
	1990	60	-.472	-.595	-.158	68.9
	1994	66	-.581	-.549	-.129	86.8
FDP	1980	65	-.737	-	-.329	128.8
	1983	62	-.730	.151	-.252	74.3
	1987	59	-.728	.114	-.204	64.5
	1990	57	-.698	.180	-.233	61.4
	1994	48	-.663	-	-.207	64.4
REP	1990	14	.378	-	-	23.2
	1994	51	.700	.144	-	72.0

Bundestagswahlergebnisse ohne Briefwähler; Signifikanzniveau mind. 99 %; Wahlbezirksebene gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 1994 (N = 141).

Die hier gewählte Analyseperspektive erlaubt abschließend noch einen differenzierten Blick auf die Veränderungen der Freiburger Konfliktstruktur seit 1980. Ganz offensichtlich unterscheiden sich die Konfliktmuster 1980 und 1994. Dies findet seinen wichtigsten Grund in dem Aufstieg und der Etablierung der Grünen, insbesondere in den statushöheren Quartieren seit Beginn der 80er Jahre. Gerd Mielke hat das in seinem Beitrag ausführlich thematisiert. Die hier durchgeführte empirische Untersuchung verdeutlicht einmal mehr die Erschütterungen des traditionellen Parteiengefüges durch die kulturellen Herausforderungen der Protagonisten neuer Werte. Darüber hinaus gibt sie aber auch Aufschluß über die Richtung dieser Veränderungen. So hat sich mit dem Bedeutungszuwachs der neuen, kulturellen Konfliktdimension

die Wirkung des konfessionellen Gegensatzes – der in entgegengesetzter Weise vor allem die Ergebnisse von CDU und FDP betraf – inzwischen auf niedrigerem Niveau eingependelt. Weiterhin hat die schichtspezifische Konfliktlinie mit zunehmender Etablierung der Grünen ihren Einfluß auf die Ergebnisse der Union vollständig verloren.

Somit steht insbesondere die CDU heute in einer völlig anderen politischen Konfliktkonstellation als noch in den frühen 80er Jahren. Ihre Stimmenanteile lassen sich 1994 mit den hier diskutierten Konfliktlinien nur noch teilweise erklären. Durch die Etablierung der Grünen in den statushöheren Wohngebieten mußte die Union dort, in ihren einstigen Hochburgen, weit überdurchschnittliche Verluste im Vergleich zu 1980 hinnehmen. Der christdemokratische Stimmenanteil reduzierte sich etwa in Teilen von Herdern oder der Wiehre zwischen 1980 und 1994 bei einem durchschnittlichen Verlust von - 6.6 Prozentpunkten um über 15 Prozentpunkte. Dem stehen leichte Gewinne in statusniedrigeren Gebieten – ehemaligen Hochburgen der SPD – gegenüber. Als Konsequenz verfügt die CDU heute zwar über den ausgeglicheneiten Stimmenanteil quer durch alle Schichten und Milieus auf niedrigerem Niveau, sie erzielt hierbei jedoch ihre besten Ergebnisse in Quartieren mit einem hohen Anteil älterer Wähler.

Anders stellt sich die Situation bei der SPD dar. Trotz massiver Verluste seit 1980 (- 10.7 Prozentpunkte) haben sich die Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Wählerverhalten bei den Sozialdemokraten in den letzten beiden Jahrzehnten kaum verändert. Nach wie vor erzielt die SPD in Freiburg ihre besten Ergebnisse in Wahlbezirken mit einem hohen Arbeiteranteil. Postmaterialistische Umorientierungen finden sich möglicherweise unter sozialdemokratischen Funktionsträgern oder Parteiaktivisten. Die Analyse der Freiburger Wahlergebnisse hat jedoch ergeben, daß die SPD eher in Gebieten mit einem hohen Anteil älterer Menschen überdurchschnittlich abschneidet. Lediglich 1990 spielte die Altersverteilung keine Rolle.

#### **4. Fazit**

Diese Untersuchung hatte das Freiburger Wählerverhalten bei Bundestagswahlen seit 1980 zum Gegenstand. Gefragt wurde nach den Strukturen des Parteienwettbewerbs. Die wichtigsten Ergebnisse seien in wenigen Punkten zusammengefaßt.

(1) Der westdeutsche Parteienwettbewerb der 90er Jahre verläuft im wesentlichen vor dem Hintergrund zweier Konfliktlinien. Eine erste Dimension spiegelt den traditionellen Rechts-Links-Gegensatz wider, der in sozialstruktureller Hinsicht weitgehend mit den unterschiedlichen Interessenlagen statushöherer und statusniedrigerer Bevölkerungsgruppen korrespondiert. Eine zweite, kulturelle Dimension gründet sich auf den Werte- und Einstellungswandel bei jüngeren, meist gut qualifizierten Menschen. Beide Konfliktlinien aktualisieren sich in den tagespolitischen Auseinandersetzungen, etwa um die effektivsten Maßnahmen zur Bekämp-



fung der Wirtschaftskrise oder auch um die Formen politischer Mitsprache und Entscheidungsfindung. Der traditionelle Gegensatz zwischen katholischen und nicht-katholischen Interessen wird hierbei partiell überlagert.

(2) Die Freiburger Wahlbezirke unterscheiden sich signifikant hinsichtlich der drei Merkmale Schicht bzw. Sozialstatus, Altersstruktur und Konfessionsverteilung. Allen drei Merkmalen kommt ein eigenständiger, Konfliktlinien erzeugender Einfluß auf den politischen Markt der 90er Jahre in Freiburg zu: Der Sozialstatus trennt insbesondere sozialdemokratische von grünen und liberalen Hochburgen, die Altersstruktur als Indikator einer kulturellen Konfliktlinie beeinflusst den christ- und sozialdemokratischen vs. den grünen Stimmenanteil und die Konfessionsverteilung wirkt auf die Ergebnisse von CDU bzw. FDP und Grüne. Der Freiburger Parteienwettbewerb 1994 unterscheidet sich somit strukturell nicht von der überregionalen Ausprägung im Westen der Republik. Die Höhe der einzelnen Parteianteile mag im Vergleich zum Bundesdurchschnitt differieren – immerhin erzielten die Grünen 1994 in Freiburg ein Spitzenergebnis –, die dem Wählerverhalten zugrunde liegenden Konfliktmuster stimmen dennoch weitgehend überein. Auch Freiburgs Uhren ticken letztlich im bundesweiten, westdeutschen Takt.

(3) Die mit der Etablierung der Grünen in den letzten beiden Jahrzehnten einhergehende Bedeutungszunahme der kulturellen Konfliktlinie hat den Freiburger Parteienwettbewerb in Teilen strukturell verändert. Die beiden großen Parteien CDU und SPD mußten seit Mitte der 70er Jahre deutliche Verluste hinnehmen. Die CDU-Ergebnisse in den Wahlbezirken unterliegen hierbei nicht mehr dem Einfluß der Schichtverteilung und auch die Konfessionsverteilung hat stark an Bedeutung verloren. Inzwischen erweist sich ein hoher Anteil von über 60jährigen als signifikant günstig für das Abschneiden der Christdemokraten. Die SPD hingegen ist zur Zeit auf ihre Traditionswählerschaft festgeschrieben. Den weitaus größten Einfluß auf den sozialdemokratischen Stimmenanteil übt wie auch in der Vergangenheit der Anteil der Arbeiter im Wahlbezirk aus. Von dem Generationenkonflikt werden die SPD-Ergebnisse erst in zweiter Linie beeinflusst, wobei die Sozialdemokraten dann zudem noch in Wahlkreisen mit älteren Wählergruppen besser abschneiden.

Die Wahlkampforganisatoren aller Parteien vor Ort erscheinen gut beraten, wenn sie ihre Kampagnen und Mobilisierungsaktionen an den lokalen Gegebenheiten ausrichten. Es gilt, den gewandelten Interessen und Bedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen und entsprechende Angebote zu formulieren.

# Kommunales Wahlverhalten in Freiburg: Die Gemeinderatswahl 1994 und die Oberbürgermeisterwahl 1990 im Vergleich mit den Bundestags- und Landtagswahlen 1990–1996

von Axel Glemser

## 1. Einleitung

Politische Debatten in der Bundesrepublik sind derzeit stark von der Frage geprägt, welche Partei im September die Bundestagswahl gewinnen wird. In Freiburg werden diese Diskussionen um einen weiteren Aspekt angereichert. Fast zeitgleich finden in der Stadt auch Oberbürgermeisterwahlen statt, so daß die Wählerinnen und Wähler während des kommenden politischen Herbstes zweimal zur Urne gebeten werden. Darüber hinaus werden in Baden-Württemberg im nächsten Jahr auch die Gemeinderäte neu gewählt. Diese relativ dichte Abfolge von Wahlterminen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems nimmt der vorliegende Beitrag zum Anlaß, die Freiburger Wahlergebnisse der 1990er Jahre über die Systemebenen hinweg näher zu betrachten. Dabei steht im Zentrum des Interesses der Aspekt, ob systematische Unterschiede im Wählervotum zwischen Bundestags-, Landtags-, Gemeinderats- und Oberbürgermeisterwahlen festzustellen sind.

Aus der Sicht der Wahlforschung gibt es bislang nur wenig gesicherte Kenntnisse über mögliche Eigengesetzlichkeiten des kommunalen Wahlverhaltens oder eventuelle Unterschiede zwischen kommunalem und überregionalem Wahlverhalten. Ein einheitlicher theoretischer und methodischer Zugriff auf den Forschungsgegenstand hat sich bislang nicht etabliert. Dies gilt sowohl für Arbeiten, die sich mit den Wahlen zu den Kommunalparlamenten befassen, als auch für Studien, die Bürgermeisterwahlen näher betrachten.<sup>1)</sup> Die Debatte um das kommunale Wahlverhalten ist im Kern auf zwei konträre Einschätzungen reduzierbar: Einerseits wird dem kommunalen Wählerverhalten eine spezifische Eigenständigkeit bescheinigt, andererseits werden Unterschiede zwischen kommunalem und überregionalem Wahlverhalten verneint.<sup>2)</sup>

Dieser grundlegenden Frage, inwieweit strukturelle Unterschiede zwischen dem kommunalen und dem überregionalen Wahlverhalten feststellbar sind, widmet sich am Beispiel der Freibur-

---

<sup>1)</sup> Vgl. zum Forschungsstand des kommunalen Wahlverhaltens: Biege, Hans-Peter (1974): Zwischen Persönlichkeitswahlen und Parteienentscheidung. Kommunales Wahlverhalten im Lichte einer Oberbürgermeisterwahl. Meisenheim; Schacht, Konrad (1986): Wahlentscheidung im Dienstleistungszentrum. Analysen zur Frankfurter Kommunalwahl vom 22. März 1981. Opladen; Czarnecki, Thomas (1992): Kommunales Wahlverhalten. Die Existenz und Bedeutsamkeit kommunaler Determinanten für das Wahlverhalten. Eine empirische Untersuchung am Beispiel von Rheinland-Pfalz. München; Eith, Ulrich (1997): Kommunales Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland: Brandenburg, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen im Vergleich. In: Gabriel, Oscar W. (Hg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen, S. 377–400; Glemser, Axel (1998): Strukturmuster kommunalen Wahlverhaltens. Eine Aggregatdatenanalyse am Beispiel der Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Freiburg.

<sup>2)</sup> Siehe: Kevenhörster, Paul (1976): Parallelen und Divergenzen zwischen gesamtsystemaren und kommunalem Wahlverhalten. In: Kanitz, Horst (Hg.): Kommunales Wahlverhalten. Bonn, S. 241–283, hier S. 280; Löffler, Berthold/Rogg, Walter (1991): Kommunalwahlen und kommunales Wahlverhalten. In: Pfizer, Theodor/Wehling, Hans-Georg (Hg.): Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. 2. Auflage. Stuttgart, S. 108–124, hier S. 116.

ger Wahlergebnisse der 90er Jahre der vorliegende Beitrag. Als mögliche Einflußfaktoren auf das kommunale Wahlverhalten werden in der politikwissenschaftlichen Literatur die Größe und Zentralität des Ortes sowie die Regelungen des kommunalen Wahlrechts diskutiert. Nachfolgend sollen daher die Rahmenbedingungen der Freiburger Wahlentscheide hinsichtlich dieser Kriterien skizziert werden. In einem zweiten Schritt widmet sich die Analyse dann dem Vergleich der Wahlergebnisse der Parteien auf den verschiedenen politischen Systemebenen. Abschließend werden mögliche Unterschiede zwischen kommunalem und überregionalem Wahlverhalten hinsichtlich sozialstruktureller Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung diskutiert.

## **2. Lokale Rahmenbedingungen des kommunalen Wahlverhaltens in Freiburg**

Wie stellt sich nun die Situation in Freiburg dar? Sind unter den speziellen örtlichen Voraussetzungen eher Strukturen eines eigenständigen kommunalen Wahlverhaltens wahrscheinlich oder ist eine tendenzielle Gleichförmigkeit von kommunalem und überregionalem Wahlverhalten plausibler? Zwei Gesichtspunkte müssen hierbei hervorgehoben werden.

(1) Die institutionellen Rahmenbedingungen stellen den ersten Aspekt dar: Das kommunale Wahlgesetz gestattet in Baden-Württemberg bei den Gemeinderatswahlen die Kandidatur lokaler Listenverbindungen. In Freiburg findet diese gesetzliche Bedingung in den Wahlvorschlägen der Freie Wählervereinigung Freiburg, der Linke Liste/Friedensliste, der FREIBURG FÜR FRAUEN und der Unabhängige Frauenliste ihren Ausdruck. Darüber hinaus bietet das Wahlgesetz der Wählerschaft bei Gemeinderatswahlen die Möglichkeit, Stimmen auf Bewerber zu häufen (kumulieren) und Kandidaten verschiedener Listen zu wählen (panaschieren). Für die Wählerschaft unterscheidet sich der Entscheidungsrahmen bei kommunalen und überregionalen Wahlen in Baden-Württemberg also stark. Demgegenüber können beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die Wähler bei den Gemeinderatswahlen nur eine einzige Stimme abgeben und somit einen Listenvorschlag lediglich annehmen oder verwerfen. Flexible Instrumente des kommunalen Wahlrechts sind also keine Selbstverständlichkeit. Die Tatsache, daß in Freiburg 1994 lokale Listenverbindungen Sitze im Gemeinderat erringen konnten, belegt, daß flexible rechtliche Regelungen keine Papiertiger sind. Diese Möglichkeiten werden von den Wählern in der Praxis auch genutzt. In der Konsequenz könnte dies eine Neustrukturierung des Wählermarktes auf der kommunalen Ebene nach sich ziehen, und im Endergebnis müßten somit auch strukturelle Unterschiede zwischen den kommunalen und überregionalen Ergebnissen der etablierten politischen Parteien erkennbar sein.

Auch die OB-Wahl nimmt auf dieser institutionellen Ebene einen besonderen Charakter ein. Sie ist nicht auf die politische Repräsentation von Parteien und Listen in Parlamenten, sondern auf die personelle Besetzung eines Amtes abgestimmt. Die Wähler stehen abermals vor einer anders gelagerten Entscheidungssituation. Der Oberbürgermeister wird nach den Bestimmungen der Mehrheitswahl und nicht nach denen der Verhältniswahl gewählt, so daß der Wahlsie-

ger alles und die Verlierer nichts gewinnen. Dies dürfte in erster Linie die Anhängerschaft kleinerer Parteien in eine ungewohnte Lage versetzen. Sofern sie ihre Stimme möglichst „ökonomisch und rational“ einsetzen wollen, gilt es zu überlegen, ob sie ihrer Partei tatsächlich treu bleiben oder besser gar nicht wählen wollen oder ob sie von den anderen aussichtsreicheren Kandidaten vielleicht denjenigen wählen, der ihnen politisch am nächsten steht. Im Falle der 1990er OB-Wahl in Freiburg waren vor allem die Wähler der FDP in dieser Entscheidungssituation, weil die Partei keinen eigenen Kandidaten nominiert hatte.

(2) Der zweite Aspekt stellt den urbanen Kontext heraus und die sich hierauf gründenden Wirkungen von Sozialstruktur und Parteibindung: Freiburg ist mit seinen rund 200 000 Einwohnern die viertgrößte Stadt Baden-Württembergs und zudem Sitz des Regierungsbezirks (Südbaden). Die damit verbundene hohe Zentralität drückt sich in den hiesigen Behörden, Schulen, sozialen und kulturellen Einrichtungen aus, deren jeweilige Bedeutung weit über die Stadtgrenze hinausreicht. Einwohnerzahl und zentralörtliche Funktion Freiburgs befördern damit ein deutlich urbanes Milieu in der Breisgaumetropole. Entsprechend ist der Großteil der Wählerschaft in den vergleichsweise dichten Bezirken der Stadt ansässig (Weingarten, Stühlinger, Teile der Wiehre und Oberau). Demgegenüber halten sich Kontexte traditioneller Lebensweise allenfalls in den eingemeindeten Ortsteilen oder den Randlagen der Stadt, wo die ehemaligen Dorfkerne noch erkennbar sind (Waltershofen, Tiengen, Munzingen, Kappel, aber auch Lehen, St. Georgen und Ebnet). Insgesamt dominiert in Freiburg somit eher eine urban geprägte Lebensweise. Traditionelle sozio-kulturelle Kontexte treten als prägende Faktoren in den Hintergrund. Persönliche Bekanntschaften und Beziehungen zwischen Kandidaten und Wählerschaft bilden sich in der Anonymität einer Großstadt im Gegensatz zu kleinen Gemeinden nur in sehr geringem Umfang aus. Folglich ist auch für die kommunale Wahlentscheidung an erster Stelle die parteiliche Orientierung und Bindung der Wähler ausschlaggebend. Dies begünstigt in erster Linie die etablierten politischen Parteien. Demgegenüber finden die auf kommunale Sach- und Personenorientierung ausgerichteten lokalen Gruppierungen insgesamt eher schlechte Bedingungen vor. Die Plausibilität dieser Überlegung läßt sich durch die aktuelle Sitzverteilung im Gemeinderat verdeutlichen. Die Mehrzahl der Sitze wird von Mandatsträgern der politischen Parteien besetzt. Kommunalpolitiker lokaler Listenverbindungen haben derzeit lediglich acht der insgesamt 48 Sitze inne.

Hinsichtlich der Oberbürgermeisterwahl folgt hieraus, daß auch die Beurteilung der OB-Kandidaten wiederum stark von der persönlichen Parteibindung der Wähler abhängt. Da diese Wahl auf der formalen Ebene noch deutlicher die Züge einer Persönlichkeitswahl trägt als die Gemeinderatswahl, sollte eigentlich die von den Wählern zugeschriebene Sachkompetenz und Sympathie der Kandidaten als Entscheidungsfaktoren eine wichtigere Rolle spielen. Jedoch zeigt sich, daß die Kandidaten eben nicht „neutral“, sondern häufig gefiltert durch die Parteibrille beurteilt werden.<sup>3)</sup>

---

<sup>3)</sup> Vgl. grundlegend zur „partei-gefilterten“ Bewertung der Kandidaten: Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E. (1954): The Voter Decides. Evanston.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß sich aus den formalen institutionellen Bedingungen Möglichkeiten ergeben, Unterschiede zwischen kommunalem und überregionalem Wahlverhalten abzuleiten. Die Entscheidungssituation der jeweiligen Wahlen begünstigt bei den Gemeinderats- und stärker noch bei den OB-Wahlen relativ flexible Urteile in der Wählerschaft. Allerdings ist die Schlußfolgerung, daß sich dieses Flexibilitätspotential automatisch oder zwangsläufig im Stimmenergebnis niederschlägt, nicht notwendigerweise überzeugend. Die Parteibindungen der Wähler entfalten auch auf der kommunalen Ebene ihre Wirkung und dies besonders dann, wenn, wie in Freiburg, die kommunalen Wahlentscheidungen in einem urbanen Kontext gefällt werden, der jenseits personaler Bindungen einen parteilich polarisierten politischen Wettbewerb in der Gemeinde befördert.

### **3. Politische Kontexte des kommunalen Wahlverhaltens**

Die überregionalen Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 1990 und 1994 sowie der Landtagswahlen 1992 und 1996 sollen Aufschluß über die grundlegenden Konstellationen des politischen Wettbewerbs in Freiburg geben. Vor diesem Hintergrund läßt sich erörtern, inwieweit sich die Ergebnisse der örtlichen Kommunalwahlen in das Interpretationsmuster einfügen. Mittels eines graphischen Verfahrens können die Befunde verdeutlicht werden. Die Graphik veranschaulicht den politischen Wettbewerbsraum in Freiburg auf Grundlage der erzielten Stimmenanteile.<sup>4)</sup> Durch unterschiedliche Schraffuren lassen sich Bundestags- (BTW) und Landtagswahlen (LTW) von den Wahlergebnissen der Gemeinderats- (GRW) und der Oberbürgermeisterwahl (OBW) unterscheiden. Liegen in dieser Darstellung die verschiedenen Ergebnisse der Parteien bei überregionalen und kommunalen Wahlen jeweils dicht beieinander, so spricht dies gegen ein eigenständiges kommunales Wahlverhalten. Sofern die Positionen der jeweiligen Parteiergebnisse stark streuen, kommen Unterschiede im Wahlverhalten zum Ausdruck.

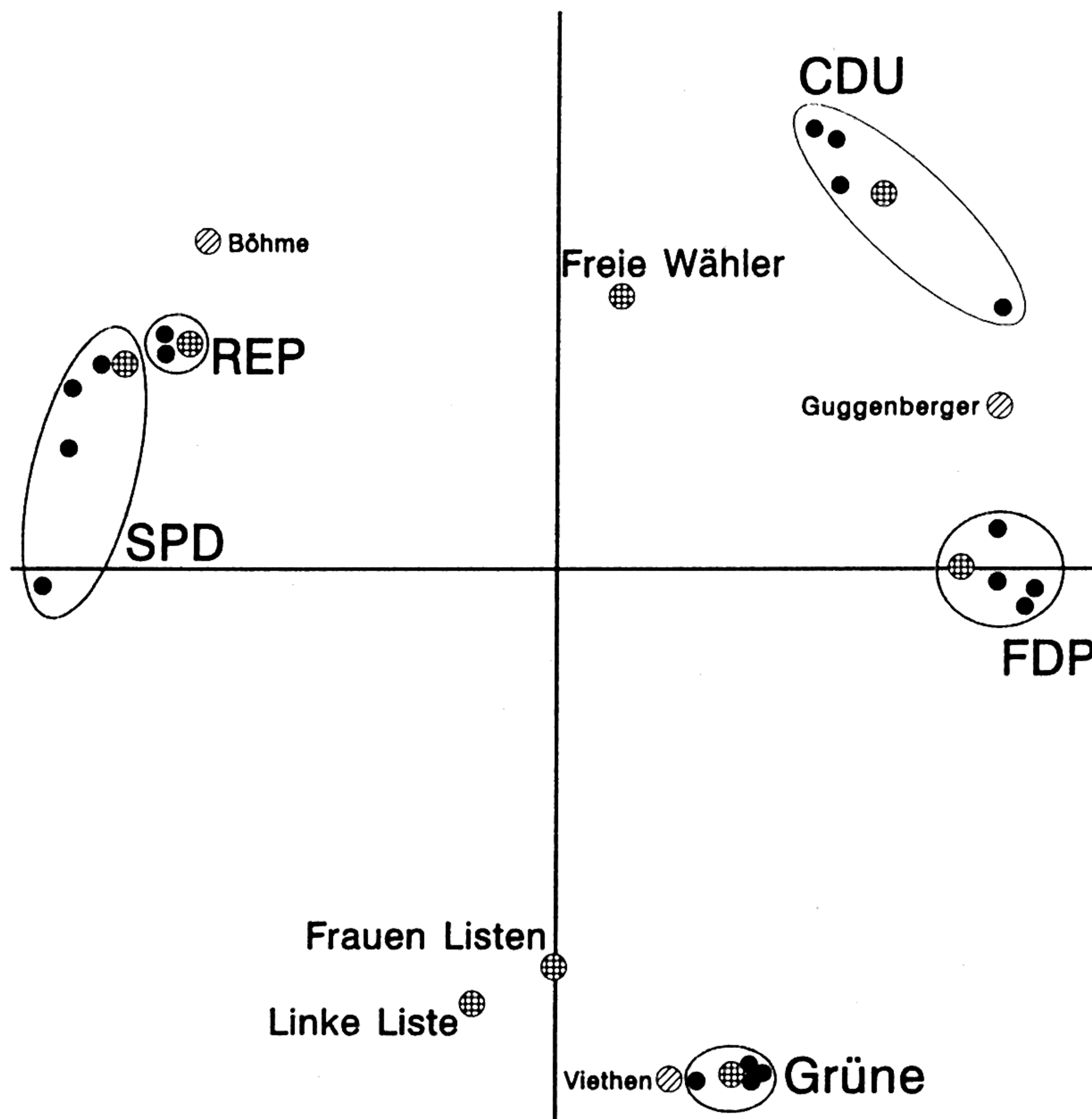
Abbildung 1 verdeutlicht den zweidimensionalen politischen Raum in Freiburg. Anhand der Positionierungen der Bundestags- und Landtagswahlergebnisse läßt sich zunächst der überregionale Parteienwettbewerb erläutern: Die horizontale Achse trennt vor allem SPD und FDP. Die vertikale Achse bestimmt die Ergebnisse der Grünen. Die CDU befindet sich im rechten oberen Quadranten. Die Ergebnisse der Union sind also durch beide Dimensionen des politischen Raumes bestimmt. Im Regelfall spielt die vertikale Achse – die Konkurrenz zu den Grünen – die größere Rolle. Die Republikaner sind direkt neben der SPD angesiedelt. Dies deutet auf eine ähnliche Verankerung der beiden Parteien in der Wählerschaft hin. Insgesamt spiegeln diese aufgezeigten Frontstellungen der Parteien zueinander die politisierten sozialen Konfliktlinien wider, wie sie von Eith in diesem Heft gezeigt werden konnten: So verdeutlicht die horizontale Achse im wesentlichen die schichtspezifische und die vertikale Achse vor allem die

---

<sup>4)</sup> Mittels einer Faktorenanalyse läßt sich die Zahl dieser Daten auf wenige inhaltlich zu interpretierende Grundstrukturen reduzieren. Es werden dabei miteinander hochkorrelierende Variablen zu sogenannten Faktoren zusammengefaßt. Diese Faktoren sind untereinander statistisch unabhängig, so daß sich mit ihnen ein rechtwinkliges Achsenkreuz aufspannen läßt.

kulturelle Dimension. Darüber hinaus ist festzuhalten, daß die jeweiligen Ergebnisse einer politischen Partei nicht verstreut abgebildet werden, sondern sie bilden regelrechte Klumpen. Dies spricht dafür, daß relativ stabile Strukturen den Parteienwettbewerb auf der Landes- und Bundesebene prägen.

**Abbildung 1:**  
**Der politische Wettbewerbsraum in Freiburg**  
 (Basis der Achsen: BTW-/LTW-Ergebnisse der Parteien CDU, SPD, FDP, Grüne)



● BTW / LTW 1990-96      ⊕ GRW 1994      ⊘ OBW 1990

Faktorenanalyse: Extraktionsvorgabe 2 Faktoren; Hauptkomponentenmethode; Varimaxrotation; KMO = .707; Faktor 1 erklärt 48.5% (Eigenwert: 7.8), Faktor 2 erklärt 34.8% (Eigenwert: 5.6) der Varianz. Die horizontale Achse steht für den ersten, die vertikale Achse für den zweiten Faktor. Die Positionierung der Parteiergebnisse erfolgt durch Korrelationen (Pearson's R) mit den regressionsanalytisch geschätzten Faktorwerten; Wahlbezirksebene (N=141) gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten BTW 1994.

Die Parteiergebnisse der Gemeinderatswahl von 1994 passen sich überraschend gut in das ermittelte überregionale Wettbewerbsmuster ein. Sie liegen in der räumlichen Darstellung jeweils dicht bei den entsprechenden Ergebnissen der Bundestags- und Landtagswahlen. Für keine der politischen Parteien lassen sich somit auf der kommunalen Ebene in Freiburg deutlich eigenständige Strukturen ausmachen. Eine Unterscheidung zwischen kommunalem und überregionalem politischen Wettbewerb ist so besehen eher hinfällig. Andere Studien haben für Baden-Württemberg insgesamt jedoch sehr viel deutlichere Unterschiede feststellen können. Vor allem die CDU verliert im Land große Teile ihrer Hochburgen an die kommunalen Wählervereinigungen und dies besonders in kleineren Gemeinden. Der Freiburger Befund stellt auf der einen Seite somit eine Besonderheit gegenüber dem baden-württembergischen Gesamtmuster dar – auf der anderen Seite sind die ermittelten lokalen Strukturen Freiburgs typisch für den eher großstädtischen Parteienwettbewerb. Freilich ist aber der kommunalpolitische Wettbewerb in Freiburg nicht völlig identisch mit dem überregionalen Wettbewerb. In den Stimmenerfolgen der Freien Wähler und anderer Listenverbindungen zeigt sich ein gewisser Unterschied. Auch am Beispiel der Positionen dieser lokalen Gruppierungen läßt sich die Bedeutung der überregionalen Systemebene für das kommunale Wahlverhalten herausstellen. So finden sich die Ergebnisse der Linke Liste und der „Frauen Listen“<sup>5)</sup> in relativer Nähe zu den Grünen. Dies deutet auf eine letztlich doch sehr ähnliche Wählerschaft der Bündnisgrünen und dieser lokalen Listenverbindungen hin. Mit Abstrichen läßt sich dieser Sachverhalt auch auf die Freien Wähler übertragen. In der graphischen Abbildung stehen sie in der Nähe der Union und der Liberalen. Somit erscheint es plausibel, daß die Freien Wähler eher Stimmen aus dem konservativ-bürgerlichen Teil der Wählerschaft zu ihren Gunsten verbuchen können.

Auch die Ergebnisse der Freiburger OB-Wahl von 1990 fügen sich gut in das Muster der überregionalen Parteienkonkurrenz. Die These, daß die Bewertung der Kandidaten stark von der parteilichen Bindung der Wähler abhängt, wird somit gestützt. In der graphischen Positionierung der Stimmenergebnisse spiegelt sich der jeweilige parteipolitische Hintergrund der Kandidaten eindeutig wider. Besonders die Position von Maria Viethen macht deutlich, daß die Kandidatin kaum Stimmen jenseits des grün-alternativen Lagers gewinnen konnte. Mit leichten Abstrichen gilt dieser Sachverhalt auch für die beiden anderen Kandidaten. Die Position von Rolf Böhme (SPD) signalisiert einen deutlichen Zusammenhang mit den in eher statusniedrigen Bezirken verankerten Parteien SPD und REP. Die Position des Ergebnisses von Bernd Guggenberger (CDU) zwischen den Parteiergebnissen der Liberalen und der Christdemokraten weist eindeutig auf eine konservativ-bürgerliche Wählerschaft hin. Der Kandidat konnte nicht nur Stimmen der CDU- sondern auch der FDP-Wählerschaft gewinnen, die ihrerseits nicht die Möglichkeit hatte, für einen eigenen liberalen Kandidaten zu votieren.

---

<sup>5)</sup> Die Stimmen für die „Unabhängige Frauenliste“ und „Freiburg für Frauen“ wurden im Datensatz addiert. Eine gesonderte Betrachtung beider Gruppierungen kann daher nicht erfolgen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß sich das Abstimmungsverhalten der Freiburger Bürgerinnen und Bürger bei den untersuchten Wahlen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems im Aggregat auffällig gleicht. Ein eigenständiges kommunales Wahlverhalten läßt sich am Beispiel der Gemeinderatswahl 1994 nur in leichten Ansätzen nachweisen. Bestenfalls zeigt sich eine gewisse Flexibilität innerhalb der politischen Lager. Im wesentlichen gilt dieser Befund auch für die OB-Wahl von 1990. Die Kandidaten wurden nicht als unabhängige Persönlichkeiten beurteilt und gewählt, sondern ihre Parteizugehörigkeit diente als Richtschnur für das Votum der Wähler.

#### **4. Sozialstrukturelle Kontexte des kommunalen Wahlverhaltens**

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, daß sich der kommunale Parteienwettbewerb in Freiburg kaum von seiner überregionalen Ausprägung unterscheidet. Es erscheint daher folgerichtig, daß auch die sozialstrukturellen Bestimmungsgrößen der Wahlentscheidung in gleicher Richtung und ähnlichem Umfang auf der kommunalen wie der überregionalen Ebene wirken.

An anderer Stelle konnte in diesem Heft am Beispiel der Bundestagswahlen gezeigt werden, daß das Wählerverhalten in Freiburg vor allem durch drei sozialstrukturelle Faktoren erklärt werden kann. An erster Stelle steht hierbei ein Schichtfaktor, an zweiter Stelle ein Altersfaktor und an dritter Stelle der Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten (siehe hierzu den Beitrag von Eith). Es soll hier im folgenden die Erklärkraft dieser drei Faktoren auf die Partei-ergebnisse auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene verglichen werden. Mit Blick auf die Freien Wähler wird zusätzlich ein weiterer Faktor in das Analysemodell aufgenommen. Die Variablen „Einwohnerdichte“ und „eingemeindete Ortsteile“ bilden den vierten Faktor. Dieser trennt die ehemaligen dörflichen Ortskerne von den dichten städtischen Bezirken und kann als Indikator für die Einbindung der Wählerschaft in traditionelle Kontexte gedeutet werden.<sup>6)</sup> Wie im zweiten Abschnitt dieses Beitrags ausgeführt, sind mögliche kommunale Besonderheiten des Wahlverhaltens – und als solche lassen sich die Stimmenanteile der Freien Wähler durchaus verstehen – am ehesten in kleinen und peripher gelegenen Gemeinden wahrscheinlich. Dort zeichnet sich die Wählerschaft am ehesten durch eine starke lokale Verwurzelung aus. In diesem Sinne bildet der vierte Faktor das Gefälle zwischen Zentrum und Peripherie innerhalb Freiburgs ab.

In Tabelle 1 sind die Befunde dieses Erklärungsmodells für die unterschiedlichen Systemebenen Bund, Land und Gemeinde zusammengestellt. Systematische Differenzen in der sozialstrukturellen Erklärkraft sind zwischen kommunalen und überregionalen Wahlen kaum

---

<sup>6)</sup> Insgesamt gehen in die sozialstrukturelle Faktorenanalyse für Schicht, Alter und Konfession in Analogie zum Beitrag von Eith in diesem Heft die gleichen Variablen ein. Die hier zusätzlich eingeführten beiden Variablen bilden einen eigenständigen Faktor. Die Faktoren wurden nach der Hauptkomponentenmethode extrahiert und einer Varimaxrotation unterzogen; KMO = .617; der Schichtfaktor erklärt 32.3% (Eigenwert: 3.5), der Altersfaktor 16.5% (Eigenwert: 1.8), der Konfessionsfaktor 13.7% (Eigenwert: 1.5) und der neue Faktor „Ortskerne“ 16.6% (Eigenwert: 1.8) der Varianz der Variablen.



auszumachen. Im Umkehrschluß bedeutet dies, daß kommunale und überregionale Wahlen gleich gut durch die Sozialstruktur erklärt werden können.<sup>7)</sup> Bestenfalls finden sich Unterschiede zwischen den Parteien. So sind die Parteiergebnisse der eher linken Parteien SPD und Grüne mit ca. 60–70% sehr gut mit Hilfe der verwandten Variablen erklärbar. Bei den bürgerlich-konservativen Parteien liegt der Erklärwert des Modells tendenziell etwas niedriger. Entscheidender ist aber, daß die jeweiligen sozialstrukturellen Faktoren auf die Ergebnisse der Parteien über die Systemebenen hinweg mit ungefähr demselben Gewicht und der gleichen Richtung einwirken.<sup>8)</sup> Dies belegt, daß die sozialstrukturelle Verankerung der Parteien bei den verschiedenen Wahlen in hohem Maße übereinstimmt. Da die Gemeinsamkeiten zwischen kommunalem und überregionalem Wahlverhalten auch in dieser sozialstrukturellen Perspektive deutlich überwiegen, kann auf eine detaillierte inhaltliche Darstellung des Einflusses dieser Faktoren hier mit Verweis auf den Beitrag von Eith verzichtet werden. Lediglich im Falle der Christdemokraten gilt es eine Anmerkung zu machen. So zeichnet sich vor allem für die OB-Wahl 1990 ein signifikanter Beitrag des Schichtfaktors ab. In statushöheren Gebieten schnitt der CDU-Kandidat deutlich besser ab. Dies deutet wohl auf den Rückhalt des Kandidaten in den eher schichthohen FDP-Bezirken hin.

---

<sup>7)</sup> Die Güte des Erklärungsmodells läßt sich im Anteil der erklärten Varianz ablesen (Spalte  $R^2$ ). Dieser Koeffizient ist in Prozent angegeben und kann zwischen 0 und 100% schwanken. Hohe Prozentwerte verdeutlichen einen starken Zusammenhang zwischen den Parteiergebnissen und der Sozialstruktur.

<sup>8)</sup> Der spezifische Einfluß der jeweiligen sozialstrukturellen Faktoren läßt sich durch die beta-Koeffizienten abschätzen (Spalten Faktor 1–4). Diese können zwischen -1 und +1 schwanken. Werte nahe -1 zeigen einen stark negativen, Werte nahe +1 einen deutlich positiven Einfluß an. Werte nahe Null bringen die Bedeutungslosigkeit des Faktors zum Ausdruck.

Tabelle 1: Parteiergebnisse auf den verschiedenen politischen Systemebenen in Abhängigkeit von sozialstrukturellen Faktoren (Regressionsmodell: sign. stand. beta-Koeffizienten, Anteil erklärter Varianz)

		Faktor 1 statusniedrig (+) vs. statushoch (-)	Faktor 2 jung (+) vs. alt (-)	Faktor 3 Katholiken (+) vs. Protestanten (-)	Faktor 4 ehemalige Ortskerne (+)	R <sup>2</sup>
CDU	BTW94	-	-.397	.231	.454	42.5
	BTW90	-	-.372	.283	.407	39.3
	LTW96	-	-.317	.254	.271	25.4
	LTW92	-.458	-.269	.236	.319	44.0
	GRW94	-.233	-.420	.238	.251	35.0
	OBW90	-.545	-.179	.260	.315	49.6
SPD	BTW94	.812	-.234	-	-.114	72.8
	BTW90	.747	-	-	-.209	60.6
	LTW96	.761	-.285	-	-	66.2
	LTW92	.787	-.117	-.141	-	66.1
	GRW94	.745	-.329	-.100	-	68.1
	OBW90	.710	-.392	-	.109	67.2
FDP	BTW94	-.686	-	-.211	.246	57.9
	BTW90	-.710	-	-.242	.232	62.7
	LTW96	-.566	-.155	-.223	.320	49.6
	LTW92	-.599	-	-.260	.280	50.9
	GRW94	-.520	-	-.345	.293	48.3
Grüne	BTW94	-.569	.530	-	-.256	67.8
	BTW90	-.492	.562	-.122	-.270	64.6
	LTW96	-.590	.530	-.107	-.239	69.8
	LTW92	-.582	.497	-.107	-.217	64.4
	GRW94	-.550	.556	-.094	-.289	70.4
	OBW90	-.404	.550	-.137	-.346	60.4
REP	LTW96	.752	-.233	.136	-.135	65.7
	LTW92	.794	-.193	.131	-.121	69.9
	GRW94	.715	-.258	-	-.250	64.1
Freie Wähler	GRW94	.150	-.201	.184	.744	64.9
Linke Liste	GRW94	-	.504	-	-.413	43.5
Frauen Listen	GRW94	-	.557	-	-.351	45.5

Wahlbezirksebene (N=141), gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten BTW 1994; Signifikanzniveau = 95%

Das Erklärungsmodell ist auch für die lokalen Listenverbindungen aussagekräftig. In dieser sozialstrukturellen Perspektive zeigt sich durch den starken Einfluß des Altersfaktors, daß die „Frauen Listen“, die Linke Liste und die Grünen überwiegend aus dem gleichem Potential der Wählerschaft schöpfen. Die These, daß die Freien Wähler hauptsächlich in Bezirken eher traditioneller Prägung, wie den eingemeindeten und am Stadtrand gelegenen Ortsteilen, ihre Hochburgen verzeichnen, wird durch den stark positiven Einfluß des Faktors 4 (ehemalige Ortskerne) gestützt. Bleibt die Frage, inwieweit die Freien Wähler Stimmen aus dem bürgerlich-konservativen Lager der Wählerschaft zu Lasten der Christdemokraten und der Liberalen im kommunalen Bereich erzielen können. Ein markanter Unterschied zwischen der Union, den Liberalen und den Freien Wählern besteht im Einfluß des Schichtfaktors. Die Parteiergebnisse der CDU und der FDP unterliegen bei der Gemeinderatswahl einem negativen Einfluß, die der Freien Wähler einem schwach positiven Einfluß. Für die Liberalen sind kaum Änderungen im Einfluß des Schichtfaktors über die Systemebenen hinweg festzustellen. Indes ist die CDU im

überregionalen Wettbewerb schichtunspezifisch und auf der kommunalen Ebene eher in Bezirken mit hoher Schicht verankert. Offensichtlich findet auf der kommunalen Ebene eine gewisse Neuordnung im konservativ-bürgerlichen Lager der Wählerschaft statt. In den eher statusniedrigen Bezirken votieren Teile der Wähler, die bei Landtags- und Bundestagswahlen die Christdemokraten bevorzugen, bei den Gemeinderatswahlen zugunsten der Freien Wähler. Umgekehrt läßt dies die kommunalen CDU-Ergebnisse als vergleichsweise statushoch erscheinen.

## 5. Fazit

Die Analyse hat gezeigt, daß der Bezug zur politischen Systemebene für das Wahlverhalten in Freiburg nur eine geringfügige Rolle spielt. Wie am Beispiel der Gemeinderatswahl 1994 und der Oberbürgermeisterwahl 1990 im Vergleich zu den Bundestags- und Landtagswahlen 1990–96 ausgeführt wurde, ist das kommunale Wahlverhalten sehr stark vom überregionalen Parteienwettbewerb geprägt. Folgerichtig gleichen sich auch die sozialstrukturellen Koalitionsmuster zwischen Parteien und Wählerschaft auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene. Überregionale wie auch kommunale Wahlentscheide unterliegen so besehen in Freiburg mehr oder minder den gleichen Gesetzmäßigkeiten und strukturellen Zusammenhängen.

Unterschiede zwischen kommunaler und überregionaler Ebene ergeben sich vor allem hinsichtlich der Anzahl der politischen Akteure. So treten bei den Gemeinderatswahlen zusätzlich zu den politischen Parteien ausschließlich auf die lokale Politik gerichtete Listenverbindungen an. Diese lassen sich aber aufgrund des Wählervotums jeweils eindeutig einem politischen Lager oder einer politischen Richtung zuordnen. Insgesamt sind die Stimmenanteile dieser lokalen Listen in Freiburg vergleichsweise gering, so daß die etablierten politischen Parteien auf der kommunalen Ebene keine strukturell andere Verankerung in der Wählerschaft aufweisen. Dieser Befund kann somit als leichte Zersplitterung innerhalb der politischen Lager auf der kommunalen Ebene interpretiert werden: Bei den Gemeinderatswahlen teilen sich CDU und FDP das konservativ-bürgerliche Lager der Wählerschaft nun zusätzlich mit den Freien Wählern. Die Christdemokraten behalten jedoch ihre Vormachtstellung innerhalb dieses Lagers. In ähnlicher Weise müssen sich die Grünen auf der kommunalen Ebene innerhalb ihrer Bastionen zusätzlichen mit der Linke Liste und den „Frauen Listen“ auseinandersetzen. Aber auch hier bleiben die Bündnisgrünen letztlich die bestimmende politische Kraft. Anders stellt sich die Situation bei der Oberbürgermeisterwahl dar. Hier verringert sich die Anzahl der politischen Akteure. Besonders im konservativ-bürgerlichen Lager zeigen sich Konzentrationseffekte, weil 1990 kein FDP-Kandidat zur Verfügung stand.

Ergibt sich nun aus dieser Gesamtsituation, daß mit dem Ausgang der Bundestagswahl am 27. September auch die OB-Wahl entschieden ist? Sicherlich nicht, denn das Wahlverhalten ist keine Zwangsläufigkeit der dargestellten politisierten gesellschaftlichen Konfliktlinien. Be-

sonders in den heißen Wahlkampfphasen gilt es daher für die politischen Akteure, gesellschaftliche Konfliktlagen stets aufs neue zu aktualisieren. Die Befunde dieses Beitrags verdeutlichen aber auch, daß es nicht nur die Aktualisierung als solche, sondern auch die Anpassung an die lokalen Gegebenheiten ist, die für die Wahlkampfstrategen in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzung zu rücken ist. Den örtlichen Verwerfungen innerhalb und an den Außengrenzen der politische Lager ist dabei je nach Bezugsebene der anstehenden Wahl unterschiedliche Bedeutung beizumessen.

# Wähler und Nichtwähler

## Anmerkungen zur Wahlbeteiligung in Freiburg

von Stefan Merz

### 1. Einleitung

Mit dem starken Anwachsen der Zahl der Nichtwähler seit Ende der 80er Jahre wuchs das wissenschaftliche Interesse an der Wahlbeteiligung. Zur Erklärung des Rückgangs der Wahlbeteiligung werden in der Literatur zwei gegensätzliche Positionen diskutiert. Die Vertreter der Protesthypothese werten diesen Rückgang als Folge einer Politik- bzw. Parteienverdrossenheit. Demgegenüber ist für die Anhänger der Normalisierungshypothese nicht das Sinken der Wahlbeteiligung erklärungsbedürftig, sondern vielmehr die aus ihrer Sicht außergewöhnliche Höhe der Wahlbeteiligung in den 70er Jahren. Jenseits dieser Dissonanzen hat sich dennoch in den 90er Jahren ein relativ einheitliches Bild bezüglich der Erklärungsfaktoren der Wahlbeteiligung herauskristallisiert.<sup>1)</sup> Immer wieder wird auf die klassischen Konzepte der Wahlforschung zurückgegriffen.

Aus der Sicht des soziologischen Ansatzes, der seinen Blick auf Gruppenverhalten richtet, werden in der Regel vier Aspekte diskutiert:

- *Geschlecht*

Generell ist die Wahlbeteiligung von Männern höher als die von Frauen, wobei sich diese Unterschiede in den letzten 40 Jahren vor allem in den jüngeren Generationen stark abgebaut haben. Als Erklärung für die bei älteren Generationen noch recht deutlichen Unterschiede werden Bildungsunterschiede und ungleiche Erziehung herangezogen.

- *Alter*

Die Befunde zum Zusammenhang zwischen Alter und Wahlbeteiligung sind sowohl eindeutig als auch über Jahrzehnte hinweg stabil. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahlbeteiligungsquote. Am höchsten ist sie bei den 60jährigen, ab 70 Jahren fällt sie dagegen wieder ab.

- *Konfession*

Noch in den 70er Jahren konnte im Vergleich zur katholischen Wählerschaft eine niedrigere Wahlbeteiligung der Protestanten nachgewiesen werden. Inzwischen haben sich diese Unterschiede abgebaut. Nicht mehr die Konfession führt zu relevanten Unterschieden, sondern die Kirchenbindung. Je stärker die Kirchenbindung – egal ob katholisch oder protestantisch –, desto wahrscheinlicher ist der Gang zur Urne.

---

<sup>1)</sup> Vgl. zum Forschungsstand beispielsweise: Hans Rattinger / Jürgen Krämer: Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Kausalanalyse. In: Politische Vierteljahresschrift 36, 1995, S. 267-285; Thomas Kleinhenz: Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen 1995; Jürgen W. Falter / Siegfried Schumann: Die Nichtwähler - das unbekannte Wesen. In: Hans-Dieter Klingemann / Max Kaase (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen 1994, S. 161-213.

- *Sozio-ökonomischer Status*

Der sozio-ökonomische Status ist eine Kombination aus formalen Bildungsabschlüssen, der beruflichen Stellung und dem Einkommen. Sein Einfluß auf die Wahlbeteiligung ist ebenfalls unstrittig: Je höher der sozio-ökonomische Status, desto wahrscheinlicher ist die Teilnahme an Wahlen. Begründet wird dieser Befund mit besseren kognitiven Fähigkeiten und damit einem besseren Zugang zur Politik.

Auch der individualpsychologische Ansatz der Wahlforschung, der sein Interesse auf das Verhalten und die Einstellungsmuster von Individuen richtet, greift auf vier Erklärungsaspekte zurück:

- *Politisches Interesse*

Der Zusammenhang zwischen politischem Interesse und der Wahlbeteiligung ist eindeutig: Je politisch interessierter ein Individuum ist, desto mehr weiß es über politische Themen, um so besser ist sein Zugang zur Politik und letztlich um so höher seine Neigung, zur Wahl zu gehen.

- *Parteiidentifikation*

Ebenfalls von Bedeutung für die Wahlbeteiligung erwies sich die Existenz einer Parteiidentifikation, also eine feste gefühlsmäßige Bindung an eine bestimmte Partei. Eine Parteiidentifikation führt zu einer Einbindung in das politische System und steigert damit die Bereitschaft zum Wählen.

- *Unzufriedenheit*

Unzufriedenheit mit dem politischen System oder mit den Parteien und mangelndes Vertrauen in die politischen Institutionen führt nicht automatisch zu sinkender Wahlbeteiligung. Entscheidend ist hierbei das politische Interesse. Paart sich Unzufriedenheit mit politischem Interesse, führt dies eher zur Wahl von Oppositions- bzw. Protestparteien. Kommt hingegen Unzufriedenheit mit geringem politischen Interesse zusammen, sinkt die Neigung zur Wahlteilnahme.

- *Wahlnorm*

Als erklärungskräftig erwies sich auch das subjektive Empfinden einer „moralischen“ Wahlpflicht. Wird die Stimmabgabe als staatsbürgerliche Pflicht in einer Demokratie betrachtet, so ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß diesem Pflichtgefühl auch Folge geleistet und an Wahlen teilgenommen wird.

In diesem Beitrag sollen die Bestimmungsfaktoren der Wahlbeteiligung in Freiburg für die letzten drei Bundes- und Landtagswahlen sowie die Gemeinderatswahl 1994 herausgearbeitet werden. Da allerdings individuelle Umfragedaten nicht vorliegen, ist dies nur mit gewissen Einschränkungen möglich. Zur Verfügung stehen lediglich zusammengefaßte Informationen

über die zuletzt 141 Freiburger Wahlbezirke, sogenannte Aggregatdaten. Somit stützt sich dieser Beitrag ausschließlich auf den soziologischen Ansatz der Wahlforschung. Im folgenden können hier also nur die Zusammenhänge zwischen der Wahlbeteiligung einerseits und der Struktur der Wahlbezirke hinsichtlich Konfession, Alter und des sozio-ökonomischen Status andererseits untersucht werden. Aussagen über das Verhalten von einzelnen Personen und deren Motivationen können mit Aggregatdaten nicht gemacht werden.<sup>2)</sup>

## 2. Wahlbeteiligung in Freiburg

Ein erster Blick auf Tabelle 1 zeigt, daß auch in Freiburg die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen (BTW) deutlich höher liegt als bei Landtagswahlen (LTW). Bei ersteren schwankt die Wahlbeteiligung um knapp 80%, bei letzteren um 66%. Noch etwas niedriger liegt die Wahlbeteiligung bei der Gemeinderatswahl (GRW) 1994. Ferner zeigt die Tabelle auch, daß der bundesweite Trend der sinkenden Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen auch an Freiburg nicht vorübergegangen ist. Lediglich bei der Bundestagswahl 1994 liegt die Wahlbeteiligung höher als bei der Vorwahl. Allerdings war der Einbruch von 1990 auch besonders groß.

Tabelle 1: Wahlbeteiligung und Streubreite in Freiburg  
(Wahlbeteiligung in %)

Wahlbeteiligung bei der	Freiburg gesamt <sup>*)</sup>	Streubreite <sup>**)</sup>	niedrigste Wahlbeteiligung	höchste Wahlbeteiligung
BTW 1987	82.5	25.2	65.1	90.3
BTW 1990	76.9	33.1	55.2	88.3
BTW 1994	79.8	33.0	57.8	90.8
LTW 1988	69.4	33.1	49.1	82.2
LTW 1992	66.8	37.5	42.3	79.8
LTW 1996	63.9	38.3	40.7	79.0
GRW 1994	63.7	39.9	39.8	79.7

<sup>\*)</sup> amtliche Ergebnisse

<sup>\*\*)</sup> Streubreite = höchste Wahlbeteiligung - niedrigste Wahlbeteiligung

Gleichzeitig gibt es in Freiburg beträchtliche innerstädtische Unterschiede: Wie ebenfalls aus Tabelle 1 ersichtlich, liegt die Streubreite – die Differenz zwischen dem Wahlbezirk mit der höchsten und dem mit der niedrigsten Wahlbeteiligung – mit Ausnahme von 1987 stets deutlich über 30 Prozentpunkten. Bei der letzten Landtagswahl und bei der Gemeinderatswahl 1994 betrug der Unterschied zwischen höchster und niedrigster Wahlbeteiligung sogar fast 40 Prozentpunkte. Eine Analyse der innerstädtischen Unterschiede auf Aggregatdatenbasis

<sup>2)</sup> Sollte sich beispielsweise ein starker Zusammenhang zwischen Katholikenanteil und hoher Wahlbeteiligung ergeben, darf dieser Zusammenhang nicht dahingehend interpretiert werden, daß Katholiken zu hoher Wahlbeteiligung neigen. Dies wäre ein sogenannter ökologischer Fehlschluß. Zulässig ist nur die Aussage, daß ein hoher Katholikenanteil in einem Wahlbezirk mit hoher Wahlbeteiligung einhergeht.

ist damit mehr als gerechtfertigt. Worauf können diese Unterschiede zwischen den Wahlbezirken zurückgeführt werden? Wie sehen die Gebiete mit hoher beziehungsweise niedriger Wahlbeteiligung aus?<sup>3)</sup>

Zunächst interessieren die Zusammenhänge zwischen der Wahlbeteiligung und den verschiedenen Merkmalen der Bewohner der Wahlbezirke. Die hierzu berechneten Korrelationskoeffizienten variieren zwischen -1 und +1. Liegen sie nahe bei Null, gibt es keinen oder nur einen sehr schwachen Zusammenhang zwischen den beiden Variablen; liegen sie hingegen nahe bei +1 oder -1, ist der Zusammenhang sehr stark ausgeprägt. Das Vorzeichen zeigt die Richtung des Zusammenhangs an. Positive Korrelationen signalisieren: je höher die eine Variable, desto höher die andere. Negative Korrelationen dagegen: je höher die eine Variable, desto niedriger die andere.

Tabelle 2: Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und ausgewählten Merkmalen der Freiburger Wahlbezirke (Pearson's R)

Anteil an	Bundestagswahlen			Landtagswahlen			Gemeinderatswahl
	1987	1990	1994	1988	1992	1996	1994
Gymnasiumabsolventen	.41	.55	.57	.34	.45	.43	.55
Hochschulabsolventen	.54	.64	.71	.51	.63	.58	.69
Volks-/Hauptschulabsolventen	-.55	-.61	-.57	-.57	-.58	-.57	-.55
Realschulabsolventen	.23	.27	.36	.17	.30	.15	.26
Angestellten	.44	.50	.50	.38	.46	.37	.36
Arbeitern	-.77	-.82	-.83	-.74	-.80	-.74	-.78
Beamten	.67	.71	.67	.69	.70	.67	.70
Selbständigen	.56	.56	.62	.55	.58	.58	.67
Ausländern	-.61	-.62	-.68	-.60	-.66	-.63	-.64
Katholiken	.18	.12	.10	.21	.16	.18	.14
Protestanten	.21	.24	.28	.21	.27	.23	.25
Konfessionslosen	-.37	-.33	-.33	-.40	-.39	-.38	-.35
25-bis 34jährigen	-.16	.01	.05	-.21	-.14	-.12	.01
über 60jährigen	.19	.16	.08	.29	.25	.23	.02

Wahlbezirksebene gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 1994 (N=141)

Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, daß das Verhältnis zwischen Höhe des Koeffizienten und Stärke des Zusammenhangs nicht linear, sondern quadratisch ist - ein doppelt so hoher Koeffizient entspricht also einem viermal so starken Zusammenhang.

<sup>3)</sup> Für diese Analyse werden Volkszählungsdaten von 1987 zu den Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf und zu den höchsten Bildungsabschlüssen der erwerbsfähigen Personen verwendet. Aus der Einwohnermeldedatei vom 1.1.1998 stammen die Angaben zu Konfession und Alter sowie der Ausländeranteil. Bei allen Variablen handelt es sich um Prozentanteile an der Wohnbevölkerung in den Freiburger Wahlbezirken.



Aus Tabelle 2 lassen sich bereits erste Ergebnisse ablesen. Zunächst wird deutlich, daß sich die Korrelationskoeffizienten bei Bundestags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen kaum unterscheiden. Folglich ist die Erklärkraft der sozialstrukturellen Merkmale bei allen Wahlen in etwa gleich.

Auffällig ist die hohe Bedeutung der Stellung im Beruf und der Ausbildung für die Wahlbeteiligung. Diese starken Zusammenhänge stehen im Einklang mit den theoretischen Erwartungen: Je höher etwa der Anteil von Beamten oder Hochschulabsolventen desto höher die Wahlbeteiligung. Je höher hingegen der Anteil von Arbeitern oder Personen mit Hauptschulabschluß desto niedriger die Wahlbeteiligung. Ähnlich starke Zusammenhänge bestehen nur noch mit dem Anteil der Ausländer. Auch dieser kann als Indikator für Gebiete der unteren Mittelschicht verstanden werden und paßt somit in die ausgemachte Struktur.

Die Korrelationskoeffizienten der Konfessionsvariablen fügen sich ebenfalls in das erwartete Bild. Der Unterschied zwischen protestantischen und katholischen Wahlbezirken ist gering. Zudem sind beide Koeffizienten erwartungsgemäß äußerst niedrig – schließlich wird von der Bevölkerungsstatistik nur die formale Konfessionszugehörigkeit und nicht die Kirchenbindung der Bewohner erfaßt. Als ein Indiz für die Bedeutung der Kirchenbindung für die Wahlbeteiligung kann die etwas höhere negative Korrelation zwischen der Wahlbeteiligung und dem Anteil von Konfessionslosen interpretiert werden, da hierzu nur Menschen ohne Kirchenbindung zählen.

Einen ähnlich geringen Einfluß wie die Konfessionsverteilung besitzt die Altersstruktur der Wahlbezirke auf die Wahlbeteiligung. Der auf Individualdatenbasis deutliche Zusammenhang von Alter und Wahlbeteiligung zeigt sich auf Aggregatdatenbasis nur noch in Ansätzen, da die Unterschiede in der Altersstruktur der Wahlbezirke nicht stark genug ausgeprägt sind. Gleichwohl zeigt sich auch hier zumindest die erwartete Wirkungsrichtung. Ist der Anteil der 25- bis 34jährigen besonders hoch, ist die Wahlbeteiligung eher niedriger; ein hoher Anteil der über 60jährigen hingegen geht mit einer höheren Wahlbeteiligung einher.

Zur Veranschaulichung sei hier noch auf die von Eith ermittelten Konfliktlinien des Freiburger Parteiensystems zurückgegriffen. Demnach läßt sich das Wahlverhalten in Freiburg in hohem Maße durch drei verschiedene Dimensionen erklären, nämlich den sozio-ökonomischen Status der Wahlbezirke, ihre konfessionelle sowie ihre altersspezifische Zusammensetzung (vgl. Ulrich Eith in diesem Heft). Für jeden dieser drei Dimensionen wird hier nun das Viertel der Wahlbezirke mit der höchsten und das Viertel mit der niedrigsten Merkmalsausprägung zur weiteren Untersuchung herausgenommen. Innerhalb dieser sogenannten Quartile wird die durchschnittliche Wahlbeteiligung berechnet. Die unterschiedlichen Wahlbeteiligungsquoten in diesen Extremgruppen verdeutlichen die Erklärkraft der Dimensionen.

Tabelle 3: Wahlbeteiligung in unterschiedlichen Kontexten in Freiburg

(Wahlbeteiligung in %, inkl. Briefwähler)

	BTW 1987	BTW 1990	BTW 1994	LTW 1988	LTW 1992	LTW 1996	GRW 1994
<b>Konfessionsfaktor</b>							
protestantische Bezirke	83.0	77.1	80.5	69.6	67.4	64.6	64.6
katholische Bezirke	83.8	77.4	79.9	70.9	67.6	64.8	65.3
<b>kultureller Faktor</b>							
jüngere Wohnbevölkerung	81.8	77.3	80.6	67.9	65.9	63.3	64.6
ältere Wohnbevölkerung	84.5	78.2	80.8	72.6	69.6	66.2	65.1
<b>Statusfaktor</b>							
statushohe Bezirke	86.6	82.4	85.4	74.9	73.0	70.3	71.3
statusniedrige Bezirke	76.9	69.6	72.3	63.0	59.6	56.6	54.8
Freiburg insgesamt	82.5	76.9	79.8	69.4	66.8	63.9	63.7

Berücksichtigt sind jeweils die 35 Wahlbezirke mit der höchsten bzw. niedrigsten Merkmalsausprägung auf den jeweiligen Dimensionen. Die Dimensionen wurden von Eith mit einer Faktorenanalyse ermittelt (vgl. Eith in diesem Heft).

Tabelle 3 verstärkt das bislang schon gewonnene Bild: Eine Unterscheidung der Wahlbezirke nach ihrer konfessionellen Struktur zeigt keine gravierenden Differenzen. Die Unterschiede zwischen der Wahlbeteiligung in den Bezirken mit hohem Protestantenanteil und in Bezirken mit hohem Katholikenanteil sind minimal. Ein Einfluß der Konfession auf die Höhe der Wahlbeteiligung kann hier erwartungsgemäß nicht festgestellt werden. Etwas deutlicher sind die Unterschiede zwischen eher „jüngeren“ und eher „älteren“ Wahlbezirken. Gleichwohl hält sich die Erklärungskraft auch dieses Faktors in relativ engen Grenzen. Die Differenzen erreichen maximal 4,7 Prozentpunkte. Wesentlich klarere Strukturen ergeben sich beim Vergleich der Wahlbeteiligung in statushöheren und statusniedrigeren Gebieten. In den statushohen Bezirken ist die Wahlbeteiligung im Schnitt um 13 Prozentpunkte höher als in statusniedrigen. Die Bedeutung des sozio-ökonomischen Status der Wahlbezirke für die Höhe der Wahlbeteiligung ist offensichtlich.<sup>4)</sup>

Wird das Interesse auf Unterschiede zwischen Bundestags-, Landtags- und Gemeinderatswahlen gerichtet, lassen sich zunächst auch hier keine großen Unterschiede ausmachen. Die Grundstruktur bleibt nahezu dieselbe, sie zeigt sich nur auf niedrigerem Niveau. Dennoch lassen sich einige feine Nuancen erkennen. Erstens kommt dem Altersfaktor bei Landtagswahlen eine etwas höhere Bedeutung zu als bei Bundestags- und Gemeinderatswahlen. Zweitens trennt der Statusfaktor umso besser, je niedriger die betrachtete politische Ebene

<sup>4)</sup> Mittels multipler Regressionen läßt sich die Erklärungskraft der drei Faktoren genau quantifizieren. Insgesamt können durch die drei Faktoren etwa zwei Drittel der Varianz der Wahlbeteiligung (also der Streuung der Wahlbeteiligung) über die Freiburger Wahlbezirke erklärt werden. Der Statusfaktor allein erklärt im Mittel schon 62,1 %. Der Altersfaktor erklärt durchschnittlich nur 4,3 %, der Konfessionsfaktor schafft bei keiner Wahl den Sprung über die 1 %-Marke.

ist: Die Differenz zwischen dem Mittelwert in den statushohen und dem Mittelwert in den statusniedrigen Bezirken beträgt bei Bundestagswahlen durchschnittlich 11,8, bei Landtagswahlen 13 und bei der Gemeinderatswahl 16,5 Prozentpunkte. Gleichzeitig wächst die Differenz im Zeitverlauf innerhalb der jeweiligen Gruppe: Bundestags- (+3,4) bzw. Landtagswahlen (+1,8 Prozentpunkte). Dies bedeutet, daß der allgemeine Rückgang der Wahlbeteiligung in statushöheren Bezirken schwächer, in statusniedrigen dagegen stärker ausfiel. Die Schere zwischen hoher Wahlbeteiligung in statushohen Bezirken und niedriger Wahlbeteiligung in statusniedrigen Bezirken hat sich in den letzten zehn Jahren weiter geöffnet.

### **3. Zusammenfassung**

Die zentrale Frage dieser Untersuchung lautete, worauf die erheblichen innerstädtischen Unterschiede in der Höhe der Wahlbeteiligung zurückzuführen sind und wie die Freiburger Bezirke mit besonders hoher und besonders niedriger Wahlbeteiligung beschrieben werden können. Es zeigte sich, daß diese Unterschiede im wesentlichen mit dem sozio-ökonomischen Status der Bezirke erklärt werden können. In statushohen Bezirken – also in Bezirken mit vielen Akademikern und Beamten und mit niedrigem Arbeiter-, Volks-/Hauptschulabsolventen- und Ausländeranteil – liegt die Wahlbeteiligung deutlich über dem Freiburger Durchschnitt. In statusniedrigen Wahlbezirken dagegen – Bezirke mit hohem Arbeiter-, Volks-/Hauptschulabsolventen- und Ausländeranteil und gleichzeitig mit wenigen Akademikern und Beamten – ist die Wahlbeteiligung stark unterdurchschnittlich. Ein Einfluß der Konfessionszugehörigkeit auf die Wahlbeteiligung ist für Freiburg mit Aggregatdaten dagegen – im Einklang mit den Forschungsbefunden – überhaupt nicht nachweisbar. Die Bedeutung des Alters für die Wahlbeteiligung ließ sich – aufgrund des Datenmaterials – nur ansatzweise aufzeigen.

Diese Ergebnisse gelten im großen und ganzen für Wahlen sowohl zum Bundestag als auch zum Landtag und zum Gemeinderat. Ferner ergab die Analyse, daß der allgemeine Rückgang der Wahlbeteiligung in statushohen Bezirken geringer ausfiel als in statusniedrigen. Die innerstädtischen Unterschiede haben sich in den letzten zehn Jahren also vergrößert.

Um allerdings zu klären, warum sich immer mehr Freiburger Bürgerinnen und Bürger ihrer Stimme enthalten, warum also die Wahlbeteiligung in den letzten zehn Jahren deutlich abnahm, müßten Umfragedaten erhoben werden. Nur so können beispielsweise die Fragen geklärt werden, ob diejenigen Freiburger, die an den Wahlen nicht teilnehmen, damit gegen die politischen Parteien oder sogar gegen das politische System protestieren wollen, ob ein bestimmter Teil der Wähler systematisch aus der Politik aussteigt, ob einfach nur das Gefühl, wählen sei eine Pflicht, nachgelassen hat oder ob die Nichtwähler generell mit ihrer derzeitigen Situation zufrieden und daher möglicherweise politisch uninteressierter sind.

# Rechtsextremismus in Freiburg und der „Regio“

von Uwe Berndt

Der rechte Flügel in Freiburg flattert in den letzten Jahren schwächer. 1989 hatten die „Republikaner“ (REP), wenngleich stets unter dem Landesdurchschnitt, zu einem Höhenflug angesetzt. Bei der Europawahl und der Gemeinderatswahl 1989 erzielten sie einen Stimmenanteil von 5,9 % bzw. 6,2 % (drei Sitze). Zu 7,2 % schwangen die REP sich bei der Landtagswahl 1992 auf, um dann an Zustimmung zu verlieren. Immerhin erreichten sie bei den Gemeinderatswahlen 1994 3,5 % (einen Sitz) und bei der Landtagswahl 1996 unerwartete 4,2 %. Die REP haben sich trotz dieses vorläufigen Bedeutungsverlustes offensichtlich zum Sammelbecken der „Modernisierungsverlierer“ entwickelt. Ihre Hochburgen liegen – in einem identischen Verteilungsmuster wie die der SPD – ausnahmslos in jenen westlichen Stadtbezirken mit einem niedrigen Sozial- und Wohnstatus.<sup>1)</sup> Dort konnte die neue Rechtspartei die Sorge der Menschen, im rapiden wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel unter die Räder zu geraten, mit populistischen Parolen in Wählerstimmen ummünzen.<sup>2)</sup> In Freiburg verhielt sich dies – bei einem freilich geringeren Problemniveau – nicht anders als etwa in Mannheim oder Stuttgart.

Die These von der Protestwahl der Verlierer erklärt einiges, doch längst nicht alles. Das zeigt ein nachfolgender Blick auf das Elsaß und Baden-Württemberg, mit dem zusätzliche Faktoren und die strukturelle Tiefendimension rechtsextremer Wahlerfolge in der „Regio“ beleuchtet werden sollen.<sup>3)</sup> In beiden Regionen hat der Erfolg von Rechtsaußen-Parteien ein städtisches und ein ländliches Potential. Im Elsaß, wo der „Front National“ (FN) unter dem charismatischen Führer Jean-Marie Le Pen bereits eine Schneise in das politische Establishment schlagen konnte, hat sich das Phänomen mit einer regionalen Identitätsproblematik aufgeladen, die weit über den badischen „Anti-Stuttgart-Affekt“ hinausgeht. Aber auch in Teilen Baden-Württembergs – weniger hingegen in Südbaden – ist der Nährboden für rechtsextreme Wahlparteien günstig.

## Wird das Elsaß zum „schwarzen Herz Europas“?

Das Elsaß wählt traditionell rechts. Sozialisten werden als Bürgermeister nur in den großen Städten geduldet. Doch nun droht der bürgerlich-konservativen Rechten ihre traditionelle Vorherrschaft zu entgleiten und das Elsaß zum „schwarzen Herz Europas“ (Richard Kleinschmager) zu werden: 1995 bekam Le Pen im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen 25,4 % der abgegebenen Stimmen (der Landesdurchschnitt lag bei 15,1%). Bei den Wahlen

<sup>1)</sup> U.a. Brühl-Industriegebiet, Landwasser, Weingarten, Stühlinger-Beurbarung, Haslach-Egerten.

<sup>2)</sup> Gerd Mielke: Strohfeuer oder Schwelbrand?, Freiburg 1990 (Sonderberichte des Amtes für Statistik und Einwohnerwesen, Stadt Freiburg im Breisgau), S. 31.

<sup>3)</sup> Auf eine Einschätzung der „Schweizer Demokraten“ Christoph Blochers muß aus Platzgründen verzichtet werden.

zur Nationalversammlung im Juni 1997 erhielten die Kandidaten des Front National 21 % der Stimmen (gegenüber 14,9 % in ganz Frankreich). Bei den Regionalratswahlen im März 1998 schließlich konnten die Listen des FN, begünstigt vom reinen Verhältniswahlrecht, 20,6 % auf sich vereinen (landesweit 15,2 %). Dreizehn Frontisten sitzen nun im 47köpfigen Regionalrat – trotz der Konkurrenz durch die abgespaltene Gruppierung „L’Alsace d’abord“ („Das Elsaß zuerst“), die den FN 6,2 % der Stimmen und drei Sitze kostete.

Von Wahl zu Wahl werden FN-Gegner und Politikwissenschaftler ratloser. Die gängige Interpretation des Phänomens – eine Mixtur aus den ineinandergreifenden Faktoren Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Immigration und Krise der Städte – paßt nicht recht, da das Elsaß eine der dynamischen Regionen Frankreichs ist. Die Arbeitslosenrate (etwa 8 %) lag während der letzten Jahre vier bis fünf Prozentpunkte unter dem französischen Durchschnitt. Die touristisch bedeutsame Landschaft verliert zwar ihre traditionellen kleinen Industrien, doch ist sie wirtschaftlich eng mit Deutschland und der Schweiz verflochten und ein zunehmend beliebter Standort für japanische und US-amerikanische Unternehmen der High-Tech-Branche. Weshalb kommt es trotz dieser Prosperität zum Rechtsruck („droitisation“) der Region?

### **Krise der elsässischen Ballungsräume**

Am ehesten noch entspricht die Stadt Mulhouse dem Schema, daß der FN die Krise der Städte<sup>4)</sup> mit seinen einfachen Parolen ausbeutet. Dort liegt die Arbeitslosigkeit durch den Niedergang der Textil- und Metallindustrie und die Schließung der Kalibergwerke in der Umgebung mit 15 % fast doppelt so hoch wie im übrigen Elsaß. Der Frondeur Gérard Freulet, dessen Liste bei den Wahlen zum Regionalrat 27,6 % errang, setzt beharrlich zum Sturm auf das Rathaus an. Die Erfolge des FN werden begünstigt durch den Zerfall der industriellen Alltagskultur. Die Arbeiterschaft wird sozial haltloser. Ihre traditionellen Organisationsformen – Gewerkschaften, Sportvereine und parteinahe Assoziationen – versagen. Hinzu kommt, daß im Elsaß die Kommunistische Partei, die in anderen Landesteilen jahrzehntelang den Arbeiterunmut zu kanalisieren vermochte, unbedeutend geblieben ist. Die Schwäche der Kommunisten ist darauf zurückzuführen, daß diese in der Nachkriegszeit die Elsässer als Kollaborateure der Deutschen angeprangert haben. Der FN hatte somit leichtes Spiel, eine unzufriedene und sich zunehmend selbst überlassene Arbeiterschaft als Wähler zu gewinnen. Auch in der alten und neuen Mittelschicht wird aus Furcht vor sozialem Abstieg und Kriminalität ein Ruf nach dem starken Saubermann laut. Fremdenfeindliche Parolen gehören zum Alltag. Auch mit aufwendigen Sanierungsprojekten in benachteiligten Wohngebieten hat es der sozialistische Maire und ehemalige Minister Jean-Marie Bockel in Mulhouse nicht geschafft, den FN zurückzudrängen. Im Gegenteil, die Wählerschaft der Rechtsextremen stieg in einem verhärteten, von Argwohn geprägten Meinungsklima gerade dort an, wo eine aktive Stadtteil-

---

<sup>4)</sup> Diesen zentralen Aspekt der Dynamik des FN betont Dietmar Loch: „Marseille – Eine Hochburg des Front National“, in: Frankreich-Jahrbuch 1990 / Deutsch-Französisches Institut (Hg.), Opladen 1990, S. 157-170.

politik eingeleitet wurde („Das Haus wird renoviert, weil dort Immigranten wohnen“). Auch in der Europa-Kapitale Straßburg profitieren die Frontisten von der Krise der Städte. Genauer genommen ist es eine Krise der häufig als „Ghettos“ charakterisierten Hochhausvorstädte, in denen Jugendliche ohne Fixpunkte und Aussicht auf Arbeit heranwachsen.<sup>5)</sup> In Straßburgs Problemvierteln haben sie im Jahr 1997 einige öffentliche Einrichtungen und insgesamt fast 600 Autos in Brand gesteckt – eine spontane „Randale“, die sich wie in anderen französischen Großstädten zu den Feiertagen am Jahresende ritualartig verschärft.

In höchstem Maße erklärungsbedürftig bleibt aber, weshalb der Front National die besten Ergebnisse im Sundgau, im Nordelsaß und in den Vogesentälern<sup>6)</sup> erzielt, wo seine Wähler nicht von Massenarbeitslosigkeit betroffen sind, ihre wirtschaftliche Situation sich kaum verschlechtert hat und sie Gewalt und Kriminalität nur am Fernsehbildschirm erleben.<sup>7)</sup>

### **Regionale Besonderheit und nicht bewältigte Vergangenheit des Elsaß**

Da die üblichen Erklärungsmuster versagen, wird die Entscheidung der Wähler zugunsten des FN auf regionale Besonderheiten, wie z.B. die unverändert ländlich-konservativ geprägte Mentalität, zurückgeführt, die sich in einer Vorliebe für Ordnung, Sauberkeit, Wohlstand und das Unter-sich-Bleiben zeige. Der Straßburger Geograph Richard Kleinschmager meint, sogar „einen Hang zu autoritären Systemen“ und eine Neigung „zur germanischen Kultur“ feststellen zu können. Dabei denkt er an das ewige Identitätsproblem der Elsässer, die seit 1870 viermal ihre Nationalität wechseln mußten. Bernard Reumaux, Chefredakteur von „Saisons d'Alsace“, mutmaßt ebenfalls: „Sie haben gern einen Chef. Und hat Le Pen nicht etwas von einem germanischen Chef? Vielleicht spricht das die Elsässer – ganz unbewußt – irgendwie an?“<sup>8)</sup> Andere Beobachter identifizieren einen nationalen Komplex der Elsässer, die – obwohl sie vieles bewundern, was als deutsch gilt – sich alle Mühe geben, Musterfranzosen zu sein. Bekanntlich wurden ab 1942 die Elsässer zur Wehrmacht bzw. SS zwangsrekrutiert.<sup>9)</sup> Während im übrigen Frankreich nach 1945 der Mythos des allgemeinen Widerstandes blühte, blieben im Elsaß dieses Trauma („Opfer / Komplize“) und die damit verbundenen Verdächtigungen wie ein Stachel im Fleisch lebendig. Glauben also viele Elsässer, das Deutsche in ihnen selbst nicht mehr ertragen zu können? Ist das „betont nationale“ Votum ein Versuch, sich zu rehabilitieren? Derartige Mutmaßungen über eine „negative Identität“ der Elsässer beruhen letztlich auf Impressionen.

---

<sup>5)</sup> François Dubet und Didier Lapeyronnie: Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart: Klett-Cotta, 1994.

<sup>6)</sup> Zu den Einzelergebnissen Laurent Adam: „La réalité d'une Alsace extrémiste“, in: Saisons d'Alsace Nr. 129, Herbst 1995, S. 15-31.

<sup>7)</sup> Dies sollte in einer Mediengesellschaft natürlich nicht unterschätzt werden. Die Erfolge des FN in ländlichen Regionen sind auch als „politisches Echo der städtischen Anomie“ (Pascal Perrineau) zu deuten.

<sup>8)</sup> „Die Elsässer trauern vergangenen Zeiten nach“, in: Badische Zeitung, 25.03.1997.

<sup>9)</sup> Zur ambivalenten Haltung der Elsässer gegenüber den deutschen Besatzern siehe die beeindruckenden, illustrierten Erinnerungen von Tomi Ungerer: Die Gedanken sind frei: Meine Kindheit im Elsaß, Zürich 1993. Vgl. auch Alfred Wahl: „Le syndrome badois“, in: Saisons d'Alsace Nr. 129, Herbst 1995, S. 73-78.

## **Verquickung von Rechtsextremismus und elsässischer Identitätsfrage**

Mit europafeindlichen Parolen kann die Partei Le Pens bei den elsässischen Wählern keine Stimmen gewinnen. 63 % der Elsässer stimmten beim Referendum 1992 für den Maastrichter Vertrag. In der Grenzregion ist der Europa-Enthusiasmus ungebrochen. Es könnte aber sein, daß viele Elsässer sich in ihrer Identitätssuche und ihrem Regionalismus paradoxerweise von der Partei richtig verstanden fühlen, die am stärksten den Nationalismus propagiert. Sie wollen mit ihrem Votum für den FN der überheblichen Zentralmacht in Paris eins auswischen, der bekanntlich das europäische Konzept der Regionen ein Greuel ist und darin nur Separatismus wittert. In diesem Sinne deutet der renommierte Politikwissenschaftler Alfred Grosser die elsässischen Wahlergebnisse als Ausdruck eines Neo-Autonomismus: „Die Stimme für Le Pen wie auch die Abstimmung für Europa bedeuten, daß im Elsaß ebenso Paris wie die Zentralgewalt zurückgewiesen werden. Die beste Lösung, die die Elsässer gefunden haben, um gegen Paris zu stimmen, ist die Stimme für Le Pen, selbst wenn Le Pen ein ethnischer Chauvinist ist und die keltische Abstammung des Durchschnitts-Straßburgers mir doch ein wenig unwahrscheinlich erscheint ...“<sup>10)</sup>

## **Verwerfungen einer raschen Modernisierung im Elsaß**

Der Straßburger Professor Alain Bihl widerspricht dieser Interpretation. Er sieht in der Stimmabgabe für den FN nicht den Ausdruck irgendwelcher Autonomiebestrebungen und auch keine Beschwerde über „zuviel Staat“, sondern das Gegenteil: Gerade die vom FN propagierte Ideologie des starken Staates sei es, die im Elsaß als Schutzwall gegen Bedrohungen von innen und von außen auf offene Ohren stoße.<sup>11)</sup> So verliere die regionale Kultur an Substanz und verkomme zur leeren Hülle für die Touristen an der „Weinstraße“. Vor allem ihr Herzstück, das mundartliche „Elsässerditsch“, droht ganz zu verschwinden, da es von der in den 60er Jahren geborenen Generation nicht mehr gesprochen wird. Die Neubauten im elsässischen Fachwerkstil, die in allen Dörfern zu finden sind, zeigen, wie sehr der Vergangenheit nachgetrauert wird. Um so mehr schwingt sich der opportunistische FN zum Verteidiger regionaler Identität auf: „Mr wella bliwa was mr sen!“, lautete 1997 eine seiner Wahlkampfparolen. Zugleich dreht er die tiefe kulturelle Verunsicherung der Elsässer in eine Angstkampagne gegen den eingewanderten Islam um. Auf einem Wahlplakat trägt der Storch, das Wahrzeichen des Elsaß, einen Schleier. Der Einwanderungsdruck beschränkt sich neben den großen Städten jedoch nur auf wenige Orte: So sind in dem im Volksmund bereits „Türkweiler“ genannten Bischwiller nördlich von Straßburg etwa zweitausend von zehntausend Einwohnern türkische Zuwanderer. Hier erzielte der FN denn auch bei den letzten Parlamentswahlen 42 %. Die eigentlichen Immigrationsprobleme aber liegen woanders. Der Integrationswille der etwa 13 000 deutschen Immobilienkäufer, die in elsässischen Gemeinden leben und dort zu

---

<sup>10)</sup> Alfred Grosser: „Les identités difficiles“, in: L'Appel de Strasbourg: Les régions aux prises avec l'extrême droite; Le Réveil des démocrates / hg. von Bernard Reumaux und Philippe Breton, Straßburg 1997, S. 127-132, hier S. 131.

<sup>11)</sup> Alain Bihl: „Exception alsacienne“, in: Le Monde diplomatique, Nr. 530 (Mai 1998), S. 16. Vgl. auch Ders.: Le Spectre de l'extrême droite: Les Français dans le miroir de Front National, Paris 1998.

einer markanten Bodenspekulation beitragen, ist nicht sehr ausgeprägt. Vom ausländischen Wohnsitz aus erreichen die des Französischen kaum mächtigen Neubürger morgens per Auto ihren Arbeitsplatz in Deutschland, die Kinder schickt man zum Unterricht meist in eine badische Schule. Und wenn der FN erklärt, „wir wollen keine Wirtschaftsflüchtlinge“, klat-schen auch viele der 60 000 elsässischen Grenzgänger Beifall, die jeden Tag selbst zu „Wirt-schaftsflüchtlingen“ an ihren Arbeitsplätzen in Südbaden und im Raum Basel werden.

### **Ängstlicher Ruf nach „mehr Staat“**

Zwar steht das Elsaß wegen seiner Integration in den rheinischen Wirtschaftsraum besser da als die meisten anderen französischen Regionen, sagt Alain Bihr, doch im Vergleich mit sei-nen Nachbarn Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und erst recht mit den nördlichen Kanto-nen der deutschen Schweiz mache es eine „erbärmliche Figur“. Die Kompetenzen der Regio-nen Frankreichs sind so schwach wie ihr Budget. Sie sehen sich vom Zentralstaat unter dem Vorwand der Dezentralisierung alleingelassen beim Lösen der Probleme, die sich aus der raschen Modernisierung ergeben. Bihr zufolge geht es nicht um eine regionalistische „Abkop-pelung“, sondern um die Sorge, vom französischen Staat im Stich gelassen zu werden. In dieser Perspektive erscheint das elsässische Votum zugunsten des FN nicht mehr so außer-gewöhnlich. Wie anderswo, zum Beispiel in der Region Provence-Alpes-Côtes d'Azur, erhebt auch die Le Pen-Wahlregion Elsaß einen diffusen „Anspruch an Frankreich“, der sich gefähr-lich mit fremdenfeindlichen und nationalistischen Inhalten aufzuladen beginnt.<sup>12)</sup> Der Rechts-extremismus im Elsaß droht in einer Melange mit der defensiven Regionalidentität und dem Modernisierungsstreß den Charakter eines Kollektivphänomens zu bekommen. Es ist jeden-falls wahrscheinlich, daß der FN eine feste Größe in der politischen Landschaft des Elsaß bleibt.

### **Aktivierbare Potentiale des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg**

Von dieser „Qualität“ ist der Rechtsextremismus in Baden-Württemberg weit entfernt. Den-noch existieren in Teilen des Bundeslandes schon traditionell günstige Strukturen für Parteien am rechten Rand. Dort haben die REP kein gesichertes Stammwählerpotential, aber eine rechtsorientierte Wählerschaft nimmt alles wahr, was sich rechtsaußen bewegt. Als bei den Landtagswahlen 1992 und 1996 die REP ohne die Konkurrenz anderer rechter Splitterpartei-en antraten, wählte man eben sie. Die REP knüpften an frühere Erfolge der „Deutschen Ge-meinschaft“ in den 1950er Jahren und den „kurzen Frühling der NPD“ 1968-1972 an. Sie resultierten aus dem Zerfall der bürgerlich-protestantischen Wählermilieus, die praktisch nur noch im Südwesten existierten.<sup>13)</sup> Im ländlich-kleinstädtischen Bereich konnte die NPD sogar einige lokale Hochburgen halten.<sup>14)</sup> An den Erfolgen der REP bei den beiden letzten Land-

<sup>12)</sup> Vgl. auch Jean Viard: „Une demande locale de France“, in: L'Appel de Strasbourg, S. 33-42.

<sup>13)</sup> Hans D. Klingemann: „Politische und soziale Bedingungen der Wählerbewegungen zur NPD: Fallstudie Baden-Württemberg“, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik 2 (1971), S. 563-601.

<sup>14)</sup> Peter M. Wagner: NPD-Hochburgen in Baden Württemberg, Berlin 1997 (Ordo Politicus; 32).



tagswahlen fällt zweierlei auf: Erstens war diese Partei mit zweistelligen Ergebnissen in jenen Gegenden stark, in denen schon die NPD ihre besten Ergebnisse geholt hatte, als sie 1968 mit 9,8 % in den Stuttgarter Landtag einzog. Es waren mit dem Nordschwarzwald, Franken und dem Mittleren Neckarraum Regionen mit einem nur geringen Katholikenanteil. Zudem zeigt sich ein steiles Gefälle. Deutlich schwächer, aber immer noch überdurchschnittlich positiv reagierte das katholisch-ländliche Oberschwaben zwischen Alb und Bodensee auf die REP. Vergleichsweise dürftig schnitten die REP dagegen im trinationalen orientierten Südbaden, insbesondere am Oberrhein, ab.

Die Ursachen dieser Befunde erschließen sich nicht auf den ersten Blick. Die rechtsextremen Spitzenergebnisse im Wahlkreis Stuttgart III und Stuttgart-Nord sowie in einigen Stadtteilen, „in denen die Häuser hoch und die Einkommen niedrig sind“<sup>15)</sup>, stützen die auch auf Freiburg passende „Modernisierungsverlierer“-These. In diesen früheren Stammgebieten der Sozialdemokraten waren es die Abgehängten, die gegen relativ sinkende Einkommen und Renten, Wohnungsmangel usw. ihren Benachteiligungsgefühlen mit rechtsextremen Voten Ausdruck gaben. Irritierend ist aber, daß im Wohlstandsgürtel um Stuttgart herum die Ernte des vormaligen REP-Führers Schönhuber wuchs. Ratlosigkeit herrschte auch in der REP-Hochburg Pforzheim, in der die eingemeindeten Teilorte befriedet, Arbeitslose die Ausnahme und Millionäre bekanntlich so zahlreich wie kaum anderswo in Baden-Württemberg sind. Die gutbürgerliche Region an Enz und Nagold wählte 1992 zu einem Fünftel rechtsextrem, offenkundig geplagt von der Angst, teilen zu müssen.<sup>16)</sup> Daß Pforzheim eine rasch wachsende Kommune ist, hat diesen „Wohlstandschauvinismus“ zweifellos verstärkt.<sup>17)</sup>

### **Nur magere Ernte in Südbaden**

Wie erklärt sich dagegen die Resistenz Südbadens? Offenbar sind im ländlich-kleingewerblich strukturierten Rheingraben die katholisch geprägten Sozialmilieus mit ihren „Wahlnormen“ noch vergleichsweise intakt. Die auch hier anzutreffende Parteien-Verdrossenheit äußert sich bislang vor allem in Wahlenthaltung, während die REP in anderen Landesteilen auffällig von einer hohen Wahlbeteiligung profitierten.<sup>18)</sup>

### **Politische Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg**

Mit der Formel „Protestwahl“ lassen sich die Erfolge des FN und der REP in der „Regio“ nur oberflächlich beschreiben. Im Elsaß ist die Krise des auf Paris zentrierten französischen Repräsentativ- und Elitensystems überdeutlich. Auch in Baden-Württemberg steht hinter dem „Denkzettel“ der Wähler ein über Jahre hinweg gewachsenes, spezifisches Repräsentationsvakuum, das Humus für die REP bildet. Die CDU als einstmals übermächtige Landespartei ist

---

<sup>15)</sup> So der SPD-Landesvorsitzende Ulrich Maurer.

<sup>16)</sup> Horand Knaupp und Wolfgang Proisinger: „Die böse Überraschung im tiefsten Frieden“, in: Badische Zeitung, 07.04.1992.

<sup>17)</sup> Mehr als 9 000 Spätaussiedler – bei einer Einwohnerzahl von 115.000 – sind in den letzten Jahren zugezogen.

<sup>18)</sup> „Taube Ohren für rechts außen“, Interview mit Ulrich Eith, in: Dreiland-Zeitung, 21.03.1997, S. 9.

an die Grenzen ihrer Integrationskraft gelangt. Sie hat in ihren ländlichen, vom wirtschaftlichen Strukturwandel bedrängten Stimmrevieren drastisch verloren. Die SPD als strukturelle Diaspora-Partei befindet sich weiter im Abwärtsstrudel. Auch hier entwickelte sich ein ungebundenes Wählerpotential, das früher einmal SPD wählte, dann auf die CDU die Hoffnung setzte und jetzt in Teilen enttäuscht zu den Rechtsextremen abgewandert ist.<sup>19)</sup> Es zeigt sich außerdem, daß die REP ihre Erfolge weniger eigener Kraft als den Kampagnenthemen von CDU und SPD im Parteienwettbewerb verdankten. Wohl im Bewußtsein ihrer Integrationschwäche nahmen beide Parteien beim Stimmenfang Zuflucht zu Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit.<sup>20)</sup> So schlug die Taktik der CDU, im Frühjahr 1992 die „Asylanten“ zum Thema Nummer eins zu machen, gegen ihre Urheber zurück. Die REP wurden als drittstärkste Fraktion (10,9 %) in den Landtag gewählt, die CDU büßte mit dem Verlust ihrer Mehrheit. Daß die CDU vom unredlich angeheizten Asylthema nicht profitierte, hätte der SPD als Warnung dienen müssen. Der Wahlkampf von Dieter Spöri thematisierte gleichwohl Anfang 1996 eine Zuzugssperre für Aussiedler, schürte Ressentiments gegen die Einführung des „Euro“ und malte das Bild der wirtschaftlichen Lage im Südwesten so düster, daß es die Existenzängste der potentiellen Wähler der REP verstärkte. Dies spülte die REP trotz ihres partei-internen Chaos erneut in den Stuttgarter Landtag (9,1 %) und die SPD aus der Landesregierung der Großen Koalition.

## Ausblick

Wenn vor der kommenden Bundestagswahl Landes- und Bundespolitiker versucht sind, sich mit markigen Forderungen – „Kriminelle Ausländer raus“ – zu profilieren und das Thema soziale Sicherheit durch das der inneren Sicherheit zu ersetzen, so besteht erneut die Gefahr, daß die Ernte von der alten und neuen Rechten aus DVU und REP („Ausländer raus“) in ihre Scheuern gefahren wird. Anders als bei den von den Wählern als weniger bedeutend eingeschätzten „Nebenwahlen“ waren die REP in Freiburg bei Bundestagswahlen bisher erfolglos. 1990, als diese nationalistische Partei durch die Wiedervereinigung vorübergehend uninteressant geworden war, erreichte sie 1,9 %; 1994 sogar nur noch 1,4 %. Der neue Rechtsextremismus bleibt dennoch eine Herausforderung an die politische Kultur Freiburgs. Seit 1989 sind in einzelnen Stadtbezirken überdurchschnittlich hohe Ergebnisse der REP mit einer wachsenden Wahlenthaltung zusammengefallen. Ein Teil der Stadtbevölkerung wendet sich offenbar vom politischen und öffentlichen Leben ab oder verfolgt es aus der Distanz des rechten Randes. Die städtischen Parteien und Gruppen in der grün-alternativen Hochburg Freiburg haben mit den Themen des „Postmaterialismus“ den Bezug zu den Lebenswelten vieler Menschen, vor allem in den strukturschwächeren westlichen Stadtteilen, verloren, die eine materielle und soziale Absicherung brauchen. Hier hat die Politik in der Stadt eine Bringschuld.

---

<sup>19)</sup> Dieter Oberndörfer; Gerd Mielke; Ulrich Eith: „Die These vom Denkwortvotum greift viel zu kurz“, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 86, 11./12.04.1992, S. 9.

<sup>20)</sup> Dietrich Thränhardt: „Die Ursprünge von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Konkurrenzdemokratie“, in: Leviathan 21 (1993) 3, S. 336-357, hier S. 347 ff.

# Erfolgsaussichten eher grau als blau? Zur politischen Partizipation von Frauen

von Beate Rosenzweig

Nach wie vor sind Frauen in politischen Ämtern und Positionen unterrepräsentiert. Die nahezu paritätische Repräsentation von Frauen im Freiburger Gemeinderat (44 %) bildet eine erwähnenswerte Ausnahme von der Regel eines weiterhin bestehenden Partizipationsdefizites. Überwogen noch Anfang der 90er Jahre in der Frauenforschung positive Einschätzungen, die von einer zunehmenden Beteiligung von Frauen in Politik und Kommunalpolitik ausgingen, so mehren sich heute pessimistische Stimmen. Vom Ende der Frauenpolitik<sup>1)</sup> ist die Rede, das Schlagwort vom "backlash"<sup>2)</sup> bestimmt die gegenwärtige feministische Debatte. Die Errungenschaften der Frauenbewegung der 70er Jahre erscheinen insbesondere angesichts der ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen bedroht. Im Zuge der sich verschärfenden Konkurrenz um immer knapper werdende Arbeitsplätze und dem verstärkten Abbau des Sozialstaates besteht die realistische Gefahr einer Stagnation der Gleichstellungspolitik oder noch schärfer formuliert, einer Retraditionalisierung der Geschlechterrollen. Als Konsequenz daraus wird auch die Einschätzung von einer fortschreitenden Repräsentanz von Frauen in der Politik brüchig.

Im folgenden soll vor diesem Hintergrund die Frage analysiert werden, welche Chancen Frauen heute in der Politik haben und welche Barrieren ihrem politischen Engagement immer noch entgegenstehen. Dabei wird es zunächst um eine Bestandsaufnahme der Beteiligung von Frauen in der Politik gehen, anschließend werden Strategien für eine zunehmende politische Repräsentation von Frauen diskutiert. Das Beispiel Freiburg wird hierbei als ein mögliches Erfolgsmodell für eine gute Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik herangezogen.

Politische Partizipation in der repräsentativen Demokratie findet ihren Niederschlag im Abstimmungsverhalten und der aktiven Mitarbeit in Parteien, Parlamenten und Regierungen. Bezogen auf diese klassischen Beteiligungsformen zeigt sich nach wie vor ein ambivalentes Bild: Einerseits läßt sich zwar von einer weitgehenden Angleichung des Wahlverhaltens von Frauen und Männern sprechen, andererseits muß aber eine weiterhin bestehende Dominanz männlicher Einflußnahme in den institutionalisierten Instanzen politischer Willensbildung konstatiert werden.

---

<sup>1)</sup> Walter Hallstein: Ende der Frauenpolitik? Zur unvollendeten Emanzipation von Männern und Frauen. In: APuZ 42 (1996), S. 41-46.

<sup>2)</sup> Susan Faludi: Die Männer schlagen zurück. Reinbeck 1993; Mechthild M. Jansen u.a. (Hg.): Frauen in der Defensive? Zur backlash-Debatte in Deutschland. Münster 1995.

In bezug auf das Wahlverhalten spielt der Faktor Geschlecht fast keine erwähnenswerte Rolle mehr<sup>3)</sup>. Ein Blick auf das geschlechtsspezifische Abstimmungsverhalten bei der letzten Landtagswahl vom 24. März 1996 bestätigt diesen Befund: Die Wahlentscheidung von Frauen und Männern ist in bezug auf die vier großen Parteien CDU, SPD, GRÜNE und FDP nahezu ausgeglichen. Ein wichtiger geschlechtsspezifischer Unterschied besteht allerdings in der geringeren Akzeptanz rechtsextremer Parteien von seiten der Frauen. Seit 1988 sind die Republikaner und die NDP in Baden-Württemberg von etwa doppelt so vielen Männern wie Frauen gewählt worden. Die Hauptgründe für die größere Distanz von Frauen gegenüber den Rechtsparteien dürften sowohl im aggressiven und gewaltbereiten Erscheinungsbild als auch im anti-emanzipatorischen Frauenbild dieser Parteien liegen, was insbesondere junge Frauen von einer Unterstützung abhält.<sup>4)</sup>

Tabelle 1: Geschlechtsspezifisches Wählerverhalten bei Landtagswahlen  
– repräsentative Wahlstatistik –

Partei	Von den abgegebenen gültigen Stimmen der Männer und Frauen entfielen ... auf ...									
	1980		1984		1988		1992		1996	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
CDU	38,5	41,8	37,9	38,6	34,3	39,1	26,9	27,8	29,6	30,9
SPD	38,9	37,0	40,8	41,6	35,6	35,0	33,9	34,4	25,9	27,0
GRÜNE	13,4	11,8	14,6	13,1	16,1	14,2	19,2	19,8	26,5	26,5
FDP	8,8	9,2	5,4	5,8	5,5	5,2	4,6	4,8	7,6	7,0
REP + NPD <sup>1)</sup>					3,2	1,4	10,6	6,3	6,1	3,3

<sup>1)</sup> 1992 und 1996 waren in Freiburg nur die Republikaner zur Wahl angetreten.  
Quelle: Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg.

Die weitgehende historisch gewachsene Angleichung des Abstimmungsverhaltens hat allerdings bis heute nicht zu einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an den politischen Entscheidungsinstanzen geführt.

Waren die deutschen Parteien noch bis in die 60er Jahre hinein reine Männerdomänen, so hat sich der Anteil der Frauen an den Parteimitgliedern bis Ende 1996 auf 27 % erhöht. In absoluten Zahlen gesehen finden sich die meisten Frauen bei den beiden großen Volks-

<sup>3)</sup> Die Frage, ob sich das Abstimmungsverhalten von Frauen und Männern nach einer historischen Phase der Differenz nun auf Dauer angeglichen hat, wird derzeit in der Frauenforschung skeptisch beurteilt. Die empirischen Befunde von einer abnehmenden Wahlbereitschaft junger Frauen und dem ausgeprägten Desinteresse junger Nichtwählerinnen an jeglicher Form parteipolitischer Partizipation könnten als erste alarmierende Anzeichen einer sinkenden Unterstützung des politischen Systems durch die Frauen gedeutet werden. Vgl. dazu IfD-Bericht: "Junge Nichtwählerinnen. Eine Analyse der Entwicklung, Anzahl, Struktur und Motive junger Nichtwählerinnen", Allensbach 1992.

<sup>4)</sup> Beate Hoecker: Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch. Opladen 1995, S. 74f. Dies bedeutet allerdings nicht, daß Frauen generell gegen rechtsextrêmes Denken immun sind, vgl. hierzu beispielsweise Ursula Birsl: Rechtsextrémismus: weiblich – männlich? Rechtsextrémistische Orientierungen im Geschlechtervergleich. In: Zeitschrift für Frauenforschung 12 (1994), S. 42–63.

parteien SPD und CDU, bezogen auf den prozentualen Anteil der Frauen und den Parteimitgliedern liegen allerdings die kleineren Parteien vorn.

Tabelle 2: Frauenanteil in den Parteien (Ende 1996)

	CDU	CSU	SPD	FDP (30.4.95)	GRÜNE	PDS (Ende 1994)
Mitglieder						
– gesamt	645 786	180 597	793 797	84 555	47 619	123 724
– darunter Frauen	160 653	29 709	226 003	21 423	(ca.) 17 620	52 780
Frauenanteil in %	24,9	16,4	28,4	25,3	37,0	42,6
zum Vergleich: Frauenanteil 1985	22,0	13,9	25,3	23,6	(ca.) 33,0	-

Quelle: Beate Hoecker (Hg): Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen 1988, S. 67.

Die PDS liegt mit einem Frauenanteil von 42,6 % Ende 1994 an der Spitze, gefolgt von den GRÜNEN mit 37 %. Die SPD weist demgegenüber einen Frauenanteil von 28,4 % auf, gefolgt von der FDP mit 25,3 % und der CDU mit 24,9 %. Insgesamt hat sich der Anteil der weiblichen Parteimitglieder in den letzten zehn Jahren um 3–4 Prozentpunkte erhöht. Obwohl die überwiegende Mehrheit der Frauen laut Umfragedaten der Ansicht ist, daß es mehr Frauen in politische Führungspositionen geben müsse, ist nur eine verschwindend geringe Minderheit zu parteipolitischem Engagement bereit.<sup>5)</sup> Die Gründe hierfür sind zwar bislang wissenschaftlich nicht eingehend erforscht, dennoch ergeben zahlreiche Erfahrungsberichte und Umfragen, daß die Parteien von Frauen in erster Linie als männerbündische Aktions-einheiten aufgefaßt werden. Ihr institutionalisierter Aufbau, die hierarchische Organisation und die formellen und informellen Reglements behindern die Partizipationsbereitschaft von Frauen. Dies wird auch durch Studien zur Beteiligung von Frauen an den sogenannten unkonventionellen Partizipationsformen untermauert. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind bei diesen Aktionsformen, wie beispielsweise der Beteiligung an Bürger-initiativen und Projekten, Demonstrationen und Unterschriftensammlungen, wesentlich weniger ausgeprägt beziehungsweise tendieren gegen null.<sup>6)</sup> Der geringere Institutionalierungsgrad und die damit verbundene größere Nähe zur Lebenswelt vieler Frauen erhöht die Attraktivität für diese Formen politischen Engagements.

<sup>5)</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Gleichberechtigung von Frauen und Männern – Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung 1996. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Frauen und Jugend Bd. 117.3, Stuttgart 1996, S. 91ff.

<sup>6)</sup> Vgl. Hoecker 1995, a.a.O., S. 163ff..

Die deutliche Unterrepräsentation von Frauen in den Parteien setzt sich in den Parlamenten fort. Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist 1990 erstmals über die 20 %-Marke geklettert. Bis 1983 lag er noch unter 10 %. Dies erscheint im historischen Rückblick um so erstaunlicher, als bei der ersten gleichberechtigten Wahl in Deutschland, der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919, immerhin 41 Frauen den Einzug ins Parlament schafften. Der Frauenanteil an den Abgeordneten betrug damals 9,1 %, ein Wert, der erst 64 Jahre später wieder erreicht werden sollte. Heute liegt der Frauenanteil im Deutschen Bundestag bei 26,3 %, wobei die Aufschlüsselung nach Parteien ein differenziertes Bild ergibt.

Tabelle 3: Frauenanteil der einzelnen Fraktionen im Bundestag 1983-1994

	CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		PDS	
	gesamt	%	gesamt	%	gesamt	%	gesamt	%	gesamt	%
10. WP										
1983-87	17	6,7	21	10,4	3	8,6	10	35,7	-	-
11. WP										
1987-90	18	7,7	31	16,1	6	12,5	25	56,8	-	-
12. WP										
1990-94	44	13,8	65	27,2	16	20,3	3	37,5	8	47,1
13. WP										
1994-98	41	13,9	85	33,7	8	17,0	29	59,2	13	43,3

Angaben gelten jeweils zu Beginn der Wahlperiode

Quelle: Hoecker 1995, S. 137.

Die höchsten Frauenanteile finden sich bei den GRÜNEN und der PDS, während der Frauenanteil bei der CDU/CSU-Fraktion mit lediglich 13,9 % noch deutlich unter dem Anteil der weiblichen Parteimitglieder liegt. Die unterschiedliche Beteiligung von Frauen am Abgeordnetenmandat hängt direkt mit dem Stand der innerparteilichen Frauenförderung zusammen. "Die Parteien, die verbindliche Quotenregelungen für die Kandidaturen von Frauen beschlossen haben, können auch auf besonders hohe Frauenanteile unter ihren Abgeordneten verweisen."<sup>7)</sup> Dieser Befund unterstreicht die nach wie vor bestehende Notwendigkeit von klaren Quotenregelungen innerhalb der Parteien zur Durchsetzung paritätischer Repräsentation der Geschlechter.

Was die Besetzung politischer Führungspositionen im Deutschen Bundestag mit Frauen betrifft, so zeichnete sich erst ab 1983 eine kontinuierliche Zunahme des Frauenanteils ab, "ohne allerdings Schritt zu halten, mit dem Anstieg des Frauenanteils im Bundestag

<sup>7)</sup> Vgl. Hoecker 1995, a.a.O., S. 163ff.

insgesamt".<sup>8)</sup> Gut ein Fünftel der derzeitigen parlamentarischen Führungspositionen ist mit Frauen besetzt, wobei sich die Frauen in den Ministerien zunehmend mehr Ressorts erobern konnten.

Auch auf Landes- und Kommunalebene zeigt sich ein ähnliches, wenn auch leicht positiveres Bild. Der Anteil der Frauen ist nach den letzten Landtags- und Kommunalwahlen deutlich angestiegen. Er liegt jetzt in den Landesparlamenten der alten Bundesländer durchschnittlich bei 23,6 %, in den neuen Bundesländern mit 38,8 % erheblich darüber. Den niedrigsten Frauenanteil im Landesparlament weist Baden-Württemberg als traditionell konservatives Bundesland mit nur 17 % auf.

Tabelle 4: Frauenanteil in Landesparlamenten

Gebiet / Jahr	Sitze	darunter Frauen	
	insgesamt	absolut	in Prozent
<b>Alte Bundesländer</b>			
1962	1284	100	7,8
1972	1364	93	6,8
1982	1386	126	9,1
1984	1269	137	10,8
1986	1411	202	14,3
1990	1517	295	19,4
1991	1278	264	20,7
1994	1320	312	23,6
<b>Neue Bundesländer</b>			
1991	509	81	15,9
1994	466	136	29,2
<b>Berlin</b>			
1990	241	72	29,9

Quelle: Hoecker 1998, S. 71.

Auf kommunaler Ebene rangiert der Frauenanteil zwischen 7 % und 22 %, wobei eine steigende Tendenz zu verzeichnen ist. In Baden-Württemberg konnte 1994 ein Anstieg von 13 % auf immerhin 17,9 % verzeichnet werden. Die Zahl der Gemeinden ohne eine einzige Frau im Gemeinde- oder Ortschaftsrat ist um knapp die Hälfte von 175 auf 91 gesunken. Die Situation der Frauen ist in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich. Viele müssen sich als Einzelkämpferinnen in ihren Fraktionen bewähren und werden noch immer mit einer

<sup>8)</sup> Vgl. Hoecker 1995, a.a.O., S. 75.

breiten Palette männlicher Vorurteile hinsichtlich der politischen Kompetenz von Frauen konfrontiert. Nach wie vor ist der durchschnittliche Gemeinderat, wie Hans-Georg Wehling resümiert hat, ein beruflich gut situierter mittfünfzigjähriger Mann, der schon über langjährige Erfahrungen in der (partei-)politischen Arbeit verfügt. Dementsprechend ist die kommunale Führungsebene fast ausschließlich von Männern besetzt.<sup>9)</sup> Derzeit gibt es beispielsweise in Baden-Württemberg insgesamt nur zehn weibliche (Ober-) Bürgermeisterinnen. Das entspricht einem Anteil von deutlich unter einem Prozent.

Trotz Steigerungen in den letzten Jahren besteht folglich nach wie vor eine erhebliche Unterrepräsentation von Frauen in allen politischen Entscheidungsgremien. Die 30 %-Hürde konnte bislang nur in Ausnahmefällen übersprungen werden. Die Frage nach den Gründen dieser nur sehr allmählichen Zunahme der politischen Beteiligung von Frauen an den Schaltebeln der politischen Macht ist, wie zahlreiche politikwissenschaftliche Studien ergeben, nicht eindimensional zu beantworten. Strukturell verankerte Partizipationshemmnisse für Frauen in der Politik spielen dabei ebenso eine Rolle wie der daraus resultierende individuelle Rückzug von Frauen aus den politischen Entscheidungsinstanzen. Als zentrale Determinanten für die Beteiligung von Frauen an den politischen Entscheidungsprozessen müssen die politische Kultur eines Landes oder einer Gemeinde, sozialstrukturelle Faktoren, das Wahl- und Parteiensystem sowie die jeweiligen politischen Rekrutierungsmuster gesehen werden.<sup>10)</sup> Am Beispiel der kommunalen Ebene soll dies nun veranschaulicht werden.

Wie aus einer Studie im Auftrag des ehemaligen Ministeriums für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst Baden-Württemberg von Dezember 1995 hervorgeht, ist der Erfolg von Frauen bei den Kommunalwahlen in erster Linie von der Größe und politischen Kultur einer Gemeinde bestimmt.<sup>11)</sup> In größeren Gemeinden ab 50 000 EinwohnerInnen haben Frauen durchweg bessere Chancen, gewählt zu werden, als in kleineren Ortschaften.

Tabelle 5: Frauenanteil im Gemeinderat nach Gemeindegröße in Baden-Württemberg

	unter 2 000 Einwohner	2 000 bis u. 5 000 Einwohner	5 000 bis u. 10 000 Einwohner	10 000 bis u. 20 000 Einwohner	20 000 bis u. 50 000 Einwohner	50 000 bis u. 100 000 Einwohner	100 000 Einwohner und mehr
Frauen- anteil in %	14,1	16,0	16,8	19,6	20,1	25,8	33,2

aus: Infratest Burke 1995, S. 30.

<sup>9)</sup> Hans-Georg Wehling: Wer wird gewählt? Gemeinderat – Das Ansehen des Bewerbers entscheidet. In: Die Gemeinde, Zeitschrift des Gemeindetags Baden-Württemberg, Heft 16/1994, S. 565-568.

<sup>10)</sup> Hoecker 1998, a.a.O., S.14.

<sup>11)</sup> Infratest Burke Sozialforschung München (Hg.): Erfolg von Frauen bei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst, Baden-Württemberg, München 1995.



Die höhere Bildungsstruktur in größeren Gemeinden bedingt eine stärkere Sensibilisierung für die politische Repräsentation von Frauen. Die Bereitschaft, in der Kommunalpolitik aktiv zu werden und das Interesse der Parteien und Wählervereinigungen, Frauen für ein Mandat aufzustellen, ist hier deutlich ausgeprägter und vollzieht sich in den kleineren und mittleren Gemeinden erst mit einer zeitlichen Verzögerung. Universitätsstädte, wie Freiburg, das schon seit Ende der 80er Jahre mit einer hohen Beteiligung von Frauen im Gemeinderat aufwarten konnte, übernehmen in diesem Zusammenhang eine strukturbildende Vorbildfunktion. Der Wahlerfolg ist zudem, wie auch auf der bundespolitischen Ebene, stark davon abhängig, für welche politische Gruppierung die Frauen kandidieren. Am höchsten ist der Frauenanteil bei den GRÜNEN, gefolgt von der SPD, geringe Anteile gibt es bei der CDU und den freien Wählervereinigungen. Ein hoher Frauenanteil bei den Kandidaturen ist als Grundvoraussetzung für den politischen Erfolg von Frauen zu bewerten. Eine Garantie bietet er allerdings nicht. So schnitten Frauen bei den letzten Kommunalwahlen im Verhältnis zu den männlichen Kandidaten deutlich schlechter ab.<sup>12)</sup> Aus dem durchschnittlichen Kandidatinnenanteil von 25,1 % resultierte ein Frauenanteil an den Gewählten von nur 17,9 %.

Durch die im baden-württembergischen Kommunalwahlsystem vorhandenen Möglichkeiten des Panaschierens und Kumulierens besteht prinzipiell die Möglichkeit, persönlichkeitsorientiert abzustimmen, ein Verfahren, bei dem Frauen eher ins Hintertreffen geraten als ihre männlichen Mitbewerber.

Abhilfe kann hier nur ein eindeutiges politisches Signal von seiten der liberalkonservativen Wählervereinigungen und der CDU zur Förderung von Frauen schaffen. Reißverschlußlisten und die gezielte Platzierung von Frauen auf den oberen Listenplätzen, wie sie von den GRÜNEN und der SPD bereits seit längerem praktiziert werden, haben eine frauenfördernde Wirkung, auch auf eine insbesondere in kleineren Gemeinden eher konservative Wählerschaft. Ein zusätzlicher Mobilisierungseffekt sowohl für das Engagement als auch die Listenaufstellung von Frauen in den Parteien geht von kommunalen Frauenlisten aus. In fast allen Gemeinden mit eigenen Frauenlisten konnte der Frauenanteil im Gemeinderat überdurchschnittlich gesteigert werden. Dieser Befund verweist auf die nicht zu überschätzende Bedeutung von weiblichen Vorbildern in der Politik. Frauen werden durch das Engagement von Frauen ermutigt, sich politisch zu betätigen. In Städten und Gemeinden, auch hierfür ist Freiburg ein positives Beispiel, in denen bereits ein gewisser Frauenanteil realisiert werden konnte, gibt es Vorreiterinnen, die andere Frauen zur Kandidatur ermutigen. Neu kandidierende Frauen können sich besser durchsetzen und von den bereits gemachten Erfahrungen profitieren. Ein gezieltes "Mentoring" von politikerfahrenen Frauen erleichtert den Einstieg in die Ratsarbeit erheblich. Fraktionsübergreifende Vernetzung und Kooperation

---

<sup>12)</sup> Infratest Burke Sozialforschung München (Hg.): Erfolg von Frauen bei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst, Baden-Württemberg, München 1995.

von Frauen im Gemeinderat, wie sie u.a. in Freiburg schon erfolgreich praktiziert wurde und wird, bildet in diesem Zusammenhang ein dringend notwendiges Korrektiv gegenüber traditionell männlich geprägten politischen Seilschaften und Strukturen.<sup>13)</sup> Nur auf diese Weise können die vielfach von Politikerinnen empfundenen Gefühle des Nichterstgenommenseins und der Abwertung aufgefangen werden.

Um eine stärkere Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der politischen Entscheidungsfindung zu erreichen, müssen die politischen Strukturen den Lebensentwürfen von Frauen stärker angepaßt werden. Die politischen Karriere- und Aufstiegsmuster orientieren sich auf allen politischen Ebenen bis heute fast ausnahmslos an der männlichen Biographie. Ein einflußreicher Beruf, die langjährige Tätigkeit in Parteien, Vereinen und Verbänden setzen als Grundlage für den politischen Erfolg die Abkömmlichkeit von Familienaufgaben voraus. Aufgrund der immer noch vorherrschenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung haben Frauen hier von Anfang an erschwerte Startbedingungen. Dies kann sich nur durch eine Flexibilisierung von Geschlechterrollen und eine Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit grundlegend verändern. Egalitäre Gesellschaftsentwürfe, die auf die Gleichstellung beider Geschlechter bezogen sind, fehlen jedoch im derzeitigen politischen Diskurs fast völlig. Das Festhalten am Glauben an eine sich quasi von selbst ergebende fortschreitende Gleichstellung der Geschlechter erweist sich somit insbesondere angesichts zunehmender gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturveränderungen als naiv. Beate Hoecker hat vor dem Hintergrund der eingeschränkten Teilhabechancen in der Politik eindrücklich vor der Gefahr einer sinkenden Unterstützung der Frauen für das politische System gewarnt. Die zunehmende Anzahl junger Nichtwählerinnen weist als ein erstes Alarmzeichen bereits in diese Richtung.<sup>14)</sup>

Um dies zu vermeiden, sind aktive und gezielte Frauenfördermaßnahmen von seiten der politischen Akteurinnen und Akteure ebenso vonnöten wie ein verstärkter politischer Druck durch die Betroffenen selbst. Das Ziel einer egalitären Demokratie mit wahrhaft gleichberechtigten Partizipationsmöglichkeiten kann nur durch das gemeinsame, parteienübergreifende Eintreten von Frauen und Männern erreicht werden. Gelingt dies nicht, dann gilt für die politische Kultur in Deutschland weiterhin das, was für das Wetter schon immer typisch war: eher grau als blau ...

---

<sup>13)</sup> Für Kommunalpolitikerinnen bietet u.a. das baden-württembergische Sozialministerium Seminare zur Stärkung der Frauen in der Ratsarbeit an. Vgl. Rosenzweig, Beate/Schmidt-Steiger, Erika/Schmitz, Monika: Standort, Standpunkt, Strategie. Ein Seminar für Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsrätinnen. Projektleitfaden und methodisch-didaktisches Material. Hg. v. Sozialministerium Baden-Württemberg, Stuttgart 1996. Vgl. auch das bundesweite Modellprojekt: "Frauen ins politische Ehrenamt" der Jakob-Kaiser-Stiftung e.V. Köln, hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Materialien zur Frauenpolitik 63 (1997).

<sup>14)</sup> Vgl. Ifd Bericht: "Junge Nichtwählerinnen", a.a.O.

# Parteien und ihre Mitglieder: das Ende einer Beziehung?

## Parteilpolitische Partizipation am Beispiel Freiburg

von Martin Sterr

Parteien sind aus dem politischen Leben der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken. In ihrem verfassungsmäßig garantierten Drang, am politischen Leben mitzuwirken, sind sie in den Augen zahlreicher Beobachter weit über das Ziel hinausgeschossen. Statt mitzuwirken, so ein ehemaliger Bundespräsident, hätten sie sich den Staat zur Beute gemacht und den politischen Prozeß zu ihren Gunsten weitgehend monopolisiert.<sup>1)</sup> Zwar ist die herbe Kritik an den Parteien als Ausdruck einer generellen Politikverdrossenheit in den letzten Jahren etwas abgeebbt, doch die neuen Verhältnisse bereiten den Parteien nicht weniger Ungemach. Heute muß man sich ernsthafte Sorgen um die zukünftige Existenz von Mitgliederparteien machen.<sup>2)</sup> Wie bedrohte Arten finden sie sich auf einer roten Liste wieder. Es ist deshalb durchaus paradox, daß die etablierten Parteien als die Institutionen für das politische Engagement des Bürgers gelten, obwohl immer weniger Bürger sich in ihnen engagieren.

Über die Mitgliedschaft in Parteien, so dachte man demokratiethoretisch durchaus korrekt, läßt sich am wirkungsvollsten politischer Einfluß ausüben. Die Parteien sind die eigentlichen Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft. Sie vermitteln zwischen staatlichen Entscheidungen und den Anforderungen des Bürgers. Da Parteimitglieder auch bei der Auswahl des politischen Personals mitwirken und über Parteiprogramme die Richtung in der Parteiendemokratie mit vorgeben, spricht theoretisch vieles für einen Parteieintritt des aktiven politischen Bürgers.

Inzwischen sind die Parteien in der bundesdeutschen Wirklichkeit in rauhes Fahrwasser geraten.

Generell sind Parteien aus dem politischen Alltag der Bundesrepublik nicht wegzudenken. Bejaht man den repräsentativen Charakter unseres politischen Systems, so sind Parteien für das Funktionieren dieser Art von Demokratie unverzichtbar. Sie sind letztlich die oft geschmähten Zauberlehrlinge, mit deren Hilfe das erfolgreichste politische System in der deutschen Geschichte aufgebaut und bewahrt werden konnte. Allerdings haben sich in den letzten Jahren gesellschaftliche Entwicklungen angebahnt, auf die die Parteien kaum mehr Einfluß haben. Es bleibt daher grundsätzlich zu fragen, wie wir das durchaus bewährte demokratische Instrumentarium Partei in einer veränderten Umwelt weiterhin als Stütze und Artikulationsform der Bürger nutzen können.

---

<sup>1)</sup> Vgl. Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger. Frankfurt a. M. 1992; vgl. Gunter Hofmann/Werner A. Perger (Hg.) Die Kontroverse. Weizäckers Parteienkritik in der Diskussion. Frankfurt a. M. 1992.

<sup>2)</sup> Vgl. für die allgemeinen Binnenprobleme deutscher Parteien: Elmar Wiesenthal: "Noch Zukunft für die Mitgliederparteien?", in: Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. (Hg.) Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns. Bonn 1997, S.349-381.

Dieser Beitrag versucht aufzuzeigen, wie sich dieser generell festzustellende Trend auf der kommunalpolitischen Ebene auswirkt. Die Kommune gilt gemeinhin als der primäre Ort des politischen Handelns.<sup>3)</sup> Sie ist meist der erste politische Lernort, in der Sprache der politischen Bildung die "Schule der Demokratie". Nähe und Überschaubarkeit, lokale Sachkompetenz und die Möglichkeit, politische Entscheidungen nachzuvollziehen, gehören auch heute noch zu den gängigen Charakterisierungen der kommunalen Ebene. Deshalb scheint sie der ideale Ort für eine vermehrte politische Partizipation der Bürger. Folgerichtig sind die Kommunen deshalb in jüngster Zeit zu einem Experimentierfeld der "Demokratie von unten" geworden. Trotz dieser direktdemokratischen Entwicklungen besetzen die Parteien in den Kommunen sowohl personell, inhaltlich als auch prozedural immer noch eine ähnlich prominente Rolle wie in der Landes- und Bundespolitik. Sie stellen in nahezu allen Gemeinderäten dauerhaft die politischen Mehrheiten, besetzen die wichtigsten Positionen der ausführenden Gewalt, tragen Wahlkämpfe mit kommunalpolitischen Programmen aus und ihr Koalitionsverhalten folgt oft denselben Mustern wie auf Landes- und Bundesebene.

Somit läßt sich auch hier die berechtigte Frage stellen, wie es um die Organisationswirklichkeit der großen Parteien auf kommunaler Ebene, am Beispiel Freiburgs, bestellt ist. Wie sieht die Beteiligungs- und Mitwirkungssituation in den Parteien aus? Kehren die Mitglieder im Kreisverband Freiburg tatsächlich ihren jeweiligen Parteien den Rücken? Welche organisatorischen und inhaltlichen Reformmaßnahmen ergreifen die Parteien vor Ort, um ihre Mitglieder wieder an sich zu binden und gegebenenfalls neue Mitglieder zu Parteiarbeit zu ermuntern?

Tabelle 1: Mitgliederzahlen der Parteien in Freiburg

Partei	1980	1990	1997
CDU*)	1 678	1 670	1 337
SPD	1 377	1 477	1 070
FDP**)	181	156	120
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	213	252	429
insges.	3 449	3 555	2 956

\*) Die CDU hatte 1987 sogar ein richtiges Hoch mit 1 849 Mitgliedern.

\*\*\*) Die Zahlen für die FDP beziehen sich auf die Jahre 1980, 1990 und 1996.

Quelle: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg. Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg Januar 1991, S. 63, sowie Angaben der Parteien.

<sup>3)</sup> Vgl. Roland Roth: "Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung.", in: Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. (Hg.) Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns. Bonn 1997, S.404-447; vgl. zur Rolle der Parteien S.423f.

Tabelle 1 verdeutlicht, daß in den letzten 18 Jahren die Mitgliedschaft in den Parteien in Freiburg generell abgenommen hat. Ausnahme sind Bündnis90/Die Grünen. Die jüngste der Parteien hat kontinuierlich an Mitgliedern gewonnen und ihre Zahl in dem aufgezeigten Zeitraum nahezu verdoppelt.<sup>4)</sup> Insgesamt haben jedoch von den 139 387 Freiburger Wahlberechtigten nur noch 2,12 % ein Parteibuch. 1983 waren noch rund 3 % aller Freiburger in einer der großen Parteien als Mitglied eingetragen.<sup>5)</sup>

Freiburg liegt damit unter dem Bundestrend. Tatsächlich ist die Mitgliederentwicklung für die Parteien mit den Jahren zu einem immer größeren Problem geworden. Seit den stürmischen Jahren 1968–1976 erhöhten sich die Mitgliederzahlen der Parteien um 2/3 auf fast 2 Millionen Mitglieder. Dies waren in Prozentpunkten ausgedrückt 4,1% der deutschen Staatsbürger. Mitte der 90er Jahre war der Organisationsgrad in den Parteien auf dramatische 2,8 % zusammengeschumpft. Der Gesamtbestand der bundesweit organisierten Mitglieder erreichte mit 1 781 781 Mitgliedern Ende 1995 seinen absoluten Tiefpunkt.<sup>6)</sup>

Tabelle 2/3: Alter und Geschlecht der Mitglieder von Parteien in Freiburg 1997

CDU		
Altersgruppen	abs.	%
16 – 24	34	2,4
25 – 29	43	3,2
30 – 39	117	8,8
40 – 49	174	13,0
50 – 59	292	21,8
60 – 69	300	22,4
70 und älter	365	27,3
Durchschnittsalter	58,4 J.	
Geschlecht		
männlich	978	73,1
weiblich	359	26,9

Quelle: CDU-Bundesgeschäftsstelle, 15.1.1998

SPD		
Altersgruppen	abs.	%
16 – 25	63	5,9
26 – 35	165	15,6
36 – 40	67	6,3
41 – 50	240	22,6
51 – 60	271	25,5
61 – 70	134	12,6
71 und älter	121	11,4
Durchschnittsalter	49,8 J.	
Geschlecht		
männlich	713	67,2
weiblich	348	32,4

Quelle: SPD, Regionalgeschäftsstelle Freiburg 1998

<sup>4)</sup> Im Jahr 1997 haben Bündnis 90/Die Grünen immerhin in ganz Deutschland 2000 zusätzliche Mitglieder anwerben können. Mit 49 000 Mitglieder sind sie jedoch weiterhin nach Mitgliedern die kleinste der im Bundestag vertretenen Parteien.

<sup>5)</sup> Die Mitgliederzahlen beinhalten auch Personen, die nicht in Freiburg wohnen, allerdings in einem der jeweiligen Ortsverbände der Parteien als Mitglied eingetragen sind.

<sup>6)</sup> Vgl. Wiesenthal 1997, S.350.

Tabelle 4/5: Alter und Geschlecht der Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Freiburg 1997 und bei der FDP in Baden-Württemberg 1995/96

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			FDP		
Altersgruppen	abs.	%	Altersgruppen	abs.	%
bis 25	40	9,3	bis 25	319	4,8
25 – 35	164	38,2	26 – 35	814	12,2
35 – 45	133	31,0	36 – 45	1 026	15,3
45 – 55	55	12,8	46 – 60	2 763	41,3
55 – 65	15	3,5	61 – 75	1 354	20,2
65 und älter	22	5,1	75 und älter	415	6,2
Durchschnittsalter	43,4 J.		Durchschnittsalter	51,3 J.	
Geschlecht			Geschlecht		
männlich	291	67,8	männlich		76,1
weiblich	138	32,2	weiblich		23,9

Quelle: BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN, Kreisverband Freiburg 1998

Quelle: FDP/DVP, Landesverband, Geschäftsbericht 1995/96, Teil 2, S. 37

Die Tabellen 2 bis 5 verdeutlichen, daß die Mitglieder in den Parteien nicht nur weniger, sondern auch zunehmend älter werden.

Dabei ist auffällig, daß die einzelnen Parteien stark von ihren ehemaligen Eintrittswellen zehren. Die SPD verfügt immer noch über eine breite Basis der in den 70er Jahren eingetretenen Mitglieder. Bei Bündnis 90/Die Grünen ist die Generation, die Anfang der 80er Jahre die Partei mitgründete, die heute 30- bis 40jährigen, überrepräsentiert.

Bis auf Bündnis 90/Die Grünen, die prozentual die jüngsten Mitglieder in ihren Reihen verzeichnen können, haben alle Parteien unter Überalterung und Austrocknung zu leiden. Lediglich um die 3 % der Parteimitglieder sind unter 25 Jahre alt. Nur Bündnis 90/Die Grünen erreichen 9,6 %, wobei bei ihnen die Gruppe der 55- bis 65jährigen praktisch fehlt.

Eine ganze Generation kehrt folglich den Parteien den Rücken, so daß das Durchschnittsalter der großen Parteien sich zugunsten der 50jährigen und der noch älteren verschiebt. Diese schleichende Auszehrung läßt sich nach Aussage der Parteivertreter meist auf natürliche Ursachen zurückführen. Das heißt, die Mitglieder treten nicht in erster Linie aus, sondern, wie das Beispiel der SPD zeigt, verlor diese 1997 bei 21 Austritten allein 10 Mitglieder durch Tod. Diesen natürlichen Schwund können die Parteien aufgrund ihrer Rekrutierungsschwächen nicht mehr ausgleichen.

Die Parteien verlieren nicht nur Mitglieder, viel dramatischer ist, daß ihre Altersbasis immer schmäler wird. Hält dieser Trend unvermindert an, so läßt sich für die allgemeine Mitgliederentwicklung der Parteien nichts Gutes erwarten. Die Parteien nähern sich in ihrer Altersstruktur bedenklich der Pensionsgrenze.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist in den letzten Jahren konstant geblieben. Sie stellen etwa ein Drittel aller Parteimitglieder. Die CDU hatte beispielsweise 1994 27,5 % weibliche Mitglieder, 1995 26,7 % und 1997 26,9 %. Die FDP schwankt in Baden-Württemberg um 24 %. Bei Bündnis 90/Die Grünen und in der SPD ist immerhin nahezu jedes dritte Mitglied ein Frau. Dennoch sind die Mehrzahl der in den Parteien Versammelten weiterhin Männer, wobei die CDU überproportional vielen älteren Männern eine politische Heimat bietet.

Die nackten Zahlen sind eine Seite der Medaille, die tatsächliche Mitgliederstruktur und die Mitwirkungs- und Beteiligungsrealität der Mitglieder die andere.

Die befragten Parteienvertreter waren sich einig, daß nahezu alle Daten mit Vorsicht zu interpretieren sind. Das liegt zunächst einfach daran, daß beispielsweise Bündnis 90/Die Grünen soziale Daten wie Religions- und Berufszugehörigkeit nicht mehr von ihren Mitgliedern erfragen. Die CDU schlüsselt dagegen neben Konfession und Familienstand in allen Einzelheiten die Fragen nach Stellung im Beruf sowie die der beruflichen Gliederung auf (allein die industriellen und handwerklichen Berufe umfassen 16 Kategorien). Die SPD verzichtet in den letzten Jahren ebenfalls auf die Kategorien Religionszugehörigkeit und Berufsstruktur. Ein Parteivergleich dieser Daten erübrigt sich somit.

Sowohl Bündnis 90/Die Grünen als auch die SPD reagieren jedoch nicht in erster Linie auf die ansteigende gesellschaftliche Sensibilität im Umgang mit persönlichen Daten, sondern machen interne Überlegungen für ihre Entscheidung verantwortlich. Es ist den Parteien mit ihrem Personalstamm auf lokaler Ebene nicht mehr möglich, ihre Mitgliederdaten exakt zu führen und auf dem neuesten Stand zu halten. Bündnis 90/Die Grünen können lediglich schätzen, daß unter ihren 20- bis 25jährigen Mitgliedern 2/3 Studenten sind. Da der Studentenbeitrag jedoch subventioniert ist, nehmen auch Bündnis 90/Die Grünen an, daß viele "ältere Semester" inzwischen längst einen Beruf ausüben. Doch man begnügt sich, um die Mitglieder nicht zu vergraulen, mit dem "Spatz in der Hand."

Nach den freiwilligen Angaben auf den Eintrittsformularen vermutet man, daß die Angestellten mit einem ähnlich hohen Prozentsatz wie in den anderen Parteien bei den Grünen vertreten seien, wohingegen Arbeiter kaum in den Listen auftauchen.<sup>7)</sup>

---

<sup>7)</sup> Zur problematischen Datenlage in bezug auf Parteimitglieder vgl. Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer: "Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitglieder.", in: Parteiendemokratie in Deutschland. (Hg.) Oskar W. Gabriel u.a., Bonn 1997, S.277-300.

Konfession und Parteimitgliedschaft war über Jahrzehnte hinweg ein maßgeblicher Bestimmungsfaktor für die Parteibindung. Leider läßt die Datenlage nur Rückschlüsse für die CDU zu. Aus diesen Zahlen läßt sich ein deutlicher Wandel der CDU-Mitgliedschaft hinsichtlich der konfessionellen Zusammensetzung ablesen.

Tabelle 6: Konfessionsstruktur der Freiburger CDU 1994-1997

Konfession	1994	%	1995	%	1996	%	1997	%
evangelisch	323	22,0	322	22,1	306	21,5	283	21,2
katholisch	1 079	73,5	1 049	72,1	987	69,4	897	67,1
sonstige	6	0,4	5	0,3	3	0,2	3	0,2
ohne Bekenntnis	14	1,0	15	1,0	13	0,9	13	1,0
ohne Angaben	46	3,1	64	4,4	113	7,9	141	10,5

Quelle: CDU-Bundesgeschäftsstelle, 15.01.98

Die CDU wandelt sich auch in Freiburg von einer katholischen Milieupartei zu einer mehrkonfessionellen Volkspartei. Der katholische Mitgliederanteil fiel in den letzten 4 Jahren immerhin um über 6 Prozent. Die ansteigende Zahl der Mitglieder, die keine Angaben machen, vermutlich Neumitglieder, läßt den Schluß zu, daß sich auch die CDU den gesellschaftlichen Säkularisierungstendenzen nicht entziehen kann. Immerhin 10,5 Prozent gaben 1997 ihre Konfessionszugehörigkeit nicht an.

Worin liegen nun die Gründe für die immer größer werdende Kluft von Bürgern und Parteien?

Ohne Zweifel haben sich die Bürger emanzipiert. Die bis in die 70er Jahre reichenden Zuordnungen nach Status, Schicht und Religion haben sich abgeschwächt und die jüngeren Bundesbürger wollen sich erst recht nicht auf kommunaler Ebene in die gängigen Muster einordnen lassen.<sup>8)</sup> Die Bindungen der Mitglieder und Wähler an Parteien und andere Institutionen lockern sich. In den neuen Ländern und in den jüngeren Altersgruppen entstehen diese Bindungen, die die Bundesrepublik jahrzehntelang geprägt haben, erst gar nicht. Die Bürger sind seit längerem nicht mehr auf die Parteien angewiesen. Zahlreiche neue Formen der politischen Beteiligung machen den ehemaligen Monopolisten Konkurrenz. Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen erschweren ihnen die Mitgliederrekrutierung, da vielen Bürgern eine punktuelle und temporäre Partizipation wesentlich attraktiver erscheint.

Die Oligarchisierung und die Verkrustung der Parteien taten ein Übriges, potentielle Mitglieder abzuschrecken. So haben Mitglieder auch auf kommunaler Ebene nicht mehr das Gefühl, selbst initiierte und politikfähige Konzepte einbringen und umsetzen zu können. Gleichzeitig fällt es

<sup>8)</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Uli Eith in diesem Heft.



einem Großteil der Bevölkerung offensichtlich immer schwerer, zwischen den politischen Alternativen der Parteien zu unterscheiden. Die Ansicht wächst, daß sich die Programme der großen Volksparteien austauschen lassen. An die Stelle des früheren Ärgers der Bürger über die Monopolisierung der Politik durch die Parteien tritt inzwischen eine generelle Gleichgültigkeit. Für die Bürger macht es immer weniger Unterschied wer regiert, stattdessen wird Politik immer mehr als Dienstleistung angesehen, die durch Steuern und Abgaben abgegolten wird.

Selbst auf kommunaler Ebene führen politische Auseinandersetzungen den Parteien nicht mehr automatisch neue Mitglieder zu. Die Neumitglieder in den Freiburger Parteien sind statt dessen sowohl an gesamtstädtischen Themen wie auch an landes- oder bundespolitischen Themen interessiert.

Dennoch ist der Stimulus zum Parteieintritt immer noch ein meist idealistischer. Die Mehrzahl der spärlichen Neumitglieder gibt eine generelle Übereinstimmung mit der Grundrichtung der Partei als Eintrittsgrund an. An zweiter Stelle geben persönliche Kontakte oder der Freundeskreis den entscheidenden Anstoß. Erst an dritter Stelle werden einzelne Themen wie die B31 Ost oder der Studentenstreik zu "trigger issues", die letztlich dazu führen, ein Parteibuch zu erwerben.

Fragt man nun nach der tatsächlichen Partizipation der Mitglieder bei der Parteiarbeit, so ist beispielsweise von den 429 Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen potentiell jeder zweite auf den im 4- bis 6wöchigen Rhythmus stattfindenden Mitgliederversammlungen anzutreffen. Der aktive Kern der Mitwirkenden umfaßt allerdings ca. 40 Personen. Diese Aktivmitglieder tragen faktisch die gesamte Parteiarbeit vor Ort. In den anderen Parteien wird der Prozentsatz der aktiv Mitwirkenden ähnlich hoch sein. Für die Parteien bedeutet dies, daß ein Großteil ihrer Mitglieder für die notwendige Parteiarbeit und den politischen Wettbewerb nicht zur Verfügung steht. Als Folge dieser Entwicklung stützen sich die Parteien schon an der Basis auf eine kleine Gruppe politisch Interessierter. Die Delegierten, Kreistagsabgeordneten und die Mandatsträger der verschiedenen Ebenen bilden das eigentliche Rückgrat der Parteien. Hinzu kommt, daß die Wahlkämpfe zunehmend professionalisiert werden. Wurde früher noch ein ganzes Heer freiwilliger Helfer unter den Mitgliedern rekrutiert, so bestimmen heute die Profis aus den Wahlkampfzentralen, aus Werbung und Medien die Wahlkampfführung. Inzwischen ermöglicht das Internet auch dem kleinsten Ortsverband den Zugriff auf die jeweilige Homepage der Partei. Dort kann er sich mit vorgefertigten Materialien versorgen, und sogar die Argumente für den politischen Schlagabtausch sind online abrufbar.

Dennoch möchten die Parteien nicht auf Mitglieder und Aktivisten verzichten. Alle wollen Mitglieder- und Massenparteien bleiben und setzen aus diesem Grund auf eine verstärkte Reformtätigkeit, die die Parteien an Haupt und Gliedern erneuern soll. Ausgehend von den Bundesparteizentralen hat die Erneuerungsdiskussion auch die Ortsgruppenebene erreicht.

Generell erleichtern die Parteien durch Schnuppermitgliedschaften Neugierigen den ersten Schritt. Bündnis 90/Die Grünen lassen Neumitglieder durchgängig die ersten 4 bis 5 Monate unverbindlich an allen Veranstaltungen teilnehmen. Mit Neumitgliederabenden und aktuellen Diskussionsveranstaltungen, wie zum Freiburger Stadttunnel, soll verlorenes Terrain wieder zurückgewonnen werden. Bürgerforen, liberale Netzwerke und offene Arbeitskreise sollen die Bürger unverbindlich anlocken. Hinzu kommen neue Formen in der tagtäglichen Parteiarbeit, die Mitgliederentscheidung bei Personal- und Sachfragen sowie die Begrenzung der Ämterhäufung.<sup>9)</sup> Die neuen Veranstaltungsmodelle (1995 veranstaltete die FDP zwei "liberale Tennisturniere") und das Aufbrechen der erstarrten Veranstaltungsroutine ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings hapert es bei der von oben initiierten Organisationsreform zwar nicht am guten Willen der Basis, aber an vorzeigbaren Resultaten in der Praxis. Die Anwerbeaktionen, wie zum Beispiel bei Bündnis 90/Die Grünen die Aktion GRÜNE AKTIV mit dem Motto 50 000 plus x bis zur Wahl 1998, hatte auf Ortsgruppenebene bisher nur begrenzten Erfolg. Auch die Auswahl und das gezielte Anschreiben von potentiellen Mitgliedern anhand von Telefondaten brachte keinen Mitgliederschub. Statt dessen entfalten die Ortsverbände der Parteien eigene Initiativen, wobei sie gelungene Aktionen von anderen Landes- oder Ortsgruppen einfach übernehmen.<sup>10)</sup>

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die Situation der Parteien in Freiburg hinsichtlich ihrer Mitglieder kaum vom Bundestrend abweicht. Auch in Freiburg müssen die Parteien eine schleichende Auszehrung ihrer Mitgliederbasis hinnehmen. Der kontinuierliche Mitgliederzuwachs von Bündnis 90/Die Grünen, dank des verhältnismäßig großen für die Grünen günstigen Milieus in der Stadt, zeichnet ein etwas freundlicheres Bild.<sup>11)</sup> Die Freiburger kehren jedoch nicht ihren Parteien den Rücken, vielmehr gelingt es den Freiburger Ortsverbänden nicht, neue Mitglieder anzuwerben. Primär die CDU hat sich in dramatischer Weise von einer Massenpartei zu einer Alterspartei entwickelt. Die anderen Parteien haben mehr oder weniger ähnliche Tendenzen zu verzeichnen. Freiburg geht in dieser Hinsicht keinen Sonderweg, sondern die Beobachtungen bestätigen den gesamtdeutschen Trend.

Es läßt sich zudem keine besondere kommunalpolitische Vorreiterrolle ausmachen. Weder Nähe und Überschaubarkeit noch die Möglichkeit, kommunalpolitische Entscheidungen nachzuvollziehen und zu beeinflussen, veranlassen die Freiburger Bürger, sich in Parteien zu engagieren. Die tatsächliche politische Arbeit wird auch in den Freiburger Parteifilialen von einer kleinen Gruppe von Aktivisten gemacht.

---

<sup>9)</sup> Vgl. aus der Fülle der Beiträge zu den diskutierten Reformvorschlägen: Ingrid Reichart-Dreyer: "Parteireform.", in: Parteiendemokratie in Deutschland. (Hg.) Oscar W. Gabriel u.a., Bonn 1997, S.338-355.

<sup>10)</sup> Die Freiburger Ortsgruppe von Bündnis 90/Die Grünen übernahm ein Aktion, bei der witzige Sprüche und Kartoons auf Postkarten gedruckt verteilt wurden aus NRW.

<sup>11)</sup> Wobei anzumerken bleibt, daß man die FDP und Bündnis 90/Die Grünen nur schwer an den Maßstäben einer Massenpartei messen kann, da sie diesem Modell zu keiner Zeit entsprachen. Vgl. Gabriel 1997, S.299.

Unzweifelhaft haben die Parteien in den letzten Jahren enorme Anstrengungen unternommen, um ihrem Mitgliederschwund entgegenzuwirken. Das Grundproblem bleibt jedoch weiterhin bestehen. Die fortlaufende Auffrischung und Verjüngung der Parteien findet nicht in dem notwendigen Ausmaß statt. Die Beitrittsanreize und Revitalisierungsversprechen erinnern oft an Werbeaktionen von Fitness-Studios und verkennen, daß der am häufigsten genannte Beitrittsgrund immer noch die Übereinstimmung mit den Zielen, Werten und Handlungsmustern einer Partei ist. Doch die tagtägliche Berichterstattung über Politik und der tatsächliche Politikbetrieb wird immer weniger von Parteimitgliedern und Parteitagsbeschlüssen bestimmt. In den Augen potentieller Parteimitglieder können die Parteien immer weniger deutlich machen, wo ihre ideologischen und programmatischen Unterschiede bestehen und wo und durch wen letztlich Politik gemacht wird.

Wenn es den Parteien nicht gelingt, sowohl ihre organisatorischen Strukturen zu reformieren als auch den Bürgern zu verdeutlichen, wo und wie sie am politischen Prozeß mitwirken können, wird es ihnen weder in Freiburg noch anderswo gelingen, Bürger für sich zu interessieren. Vielleicht haben die Kritiker Recht, die den Parteien vorwerfen, daß diese sich den Staat zur Beute gemacht hätten. Allerdings war diese Eroberung ein Pyrrhussieg, da ihnen dabei ihre Mitglieder verlorengegangen sind.

## **Unauffällig und unbeachtet:**

### **Aussiedler bleiben im politischen System der Bundesrepublik außen vor**

von Friedhelm Kunschner

Aussiedler sind deutsche Staatsbürger mit (fast<sup>1)</sup>) allen Rechten und Pflichten. Als inzwischen größte Einwanderergruppe stellen sie cirka 2,5 Millionen Wahlberechtigte,<sup>2)</sup> das entspricht mehr als zwei Dritteln der Stimmenzahl, die die FDP oder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Bundestagswahl 1994 erhielten. Den größten Anteil der Neubürger stellen die seit dem Zerfall der Sowjetunion gekommenen sogenannten Spätaussiedler. Deren soziale Integration gelingt nur langsam und wird von gewaltigen Mißständen begleitet. Politisch aber stehen sie fast völlig im Abseits. Trotz ihrer sozialen und wirtschaftlichen Probleme bleiben sie selbst bislang weitgehend unpolitisch. Auch die Politik, die Parteien und ihre Akteure scheinen sie zu übergehen, zumindest dann, wenn es um die Vertretung ihrer Interessen geht. Woran liegt es, daß Aussiedler im politischen System der Bundesrepublik außen vor bleiben?

#### **1. Die Problematik**

Für die Politik – und damit auch für die nächste Bundestagswahl, bei der die zukünftigen Weichen gestellt werden – ist das Thema Aussiedler in mehrfacher Hinsicht hochinteressant. Wahlen sollen in der deutschen Demokratie gewährleisten, daß die Interessen der Bürger vertreten werden. Ob einzelne Meinungen zum Zuge kommen, hängt letztlich von den Mehrheiten ab. Entscheidend ist, daß die Vielfalt von Stimmungen und Bedürfnissen eine Chance hat, vertreten zu werden. Die Anliegen von Aussiedlern, die im Gegensatz zu anderen Migranten ihre Heimat und ihre Zukunft in Deutschland haben, werden aber nur marginal repräsentiert. Sie werden größtenteils übergangen. Wo liegen die Ursachen für das Desinteresse der Politik?

Nicht nur die politischen Vertreter bleiben zurückhaltend, wenn es um Aussiedlerinteressen geht, auch die Aussiedler selbst verhalten sich still und unauffällig. Weder politische Forderungen sind zu vernehmen noch Kandidaten oder Mandatsträger in nennenswerter Zahl zu erkennen, ganz zu schweigen von einer organisierten Lobby. In den Landsmannschaften der früheren Aussiedlergenerationen oder den Vertriebenenverbänden sind Spätaussiedler in der Regel nicht präsent, weshalb sie von diesen auch kaum vertreten werden. Ebenso wenig haben Spätaussiedler bisher versucht, eigene Gemeinschaften zu gründen. Warum aber

---

<sup>1)</sup> Unterschiede bestehen z. B. bei der Freizügigkeit von Innerdeutschen Wohnortwechseln, bei der Höhe von Sozialleistungen oder der Wehrpflicht.

<sup>2)</sup> Etwa 65 % der über 3,7 Millionen Aussiedler, die zwischen 1950 und 1998 in die Bundesrepublik kamen, sind wahlberechtigt. Vgl.: Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen (Hg.) (1997–1998): Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 91–95.

bleiben über 2,2 Millionen Spätaussiedler,<sup>3)</sup> die seit dem Zerfall der Sowjetunion gekommen sind, trotz ihrer unbefriedigenden Situation vorwiegend passiv? Welche Wege nutzen sie, um ihre politischen Konflikte zu lösen?

Schließlich hat das Thema Aussiedlerintegration auch eine demokratie-theoretische Relevanz. Es reicht nicht aus, den Deutschen in der ehemaligen UdSSR, in Polen oder Tschechien das Kommen zu ermöglichen und darauf zu hoffen, daß aus den in sozialistischen Systemen aufgewachsenen Menschen „automatisch“ Demokraten werden, sobald sie in Deutschland leben.

In den Jahren 1993 und 1994 dienten Aussiedler noch als (negatives) Wahlkampfthema. Spätestens jetzt, nachdem die Neubürger knapp vier Prozent der Bevölkerung stellen, wird es Zeit, sie auch als Wähler wahrzunehmen. Die Frage „wer wählt wie“ wird oft gestellt, um Zusammenhänge zwischen Alter, Geschlecht, sozialer Schicht etc. und der Wahlentscheidung zu analysieren. Bezogen auf Aussiedler ist noch vieles offen, entsprechende Studien sind bislang noch nicht verfaßt. Dabei sind auch Aussiedler keine homogene Masse. Kriterien wie Alter und Geschlecht, aber auch Herkunftsort und Ausreisezeit sind oft maßgeblich entscheidend für den Verlauf ihrer Integration – auch in das politische System.

## **2. Parteipolitisches Desinteresse**

Während sich der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedler im wesentlichen darauf beschränkt, Projekte der Bundesregierung im Osten zu würdigen und ansonsten nur die in Deutschland vollzogenen Finanzkürzungen rechtfertigt,<sup>4)</sup> konzentrieren sich die Forderungen der Opposition auf eine Reduzierung der Aussiedlerzuwanderung, um mit den freigewordenen Mitteln bessere Hilfe leisten zu können.<sup>5)</sup> Von konkreten Forderungen oder Projekten ist kaum die Rede, eine wirkliche Parteinahme unterbleibt. Öffentliche Äußerungen von Regierungsvertretern fallen fast ausschließlich in Richtung des Auslands (siehe Verträge mit Tschechien), die innerdeutsche Situation wird dagegen nur selten thematisiert. Unterstützende Töne, wie sie etwa von der Union in Richtung der Vertriebenen geäußert werden, sind bezüglich der Spätaussiedler kaum zu vernehmen. Der Grund für diese Haltung ist vor allem in zwei Aspekten zu finden:

---

<sup>3)</sup> Seit 1989 kamen etwa 2,2 Millionen (Spät-)Aussiedler (Vgl. Anmerkung 2). Die Stadt Freiburg hat zwischen 1989 und 1997 nach einer Mitteilung des Amtes für Spätaussiedler 4332 Aussiedler aufgenommen.

<sup>4)</sup> Diese Projekte sollen die Deutschen zum Bleiben animieren. Finanziert werden unter anderem Gebäude, Medien und infrastrukturelle Einrichtungen, die neben den Deutschen auch der ansässigen Wohnbevölkerung zugute kommen sollen. Vgl.: Bundesministerium des Inneren (Hg.) (1998): 10 Jahre Aussiedlerpolitik der Bundesregierung 1988-1998, o. O.

<sup>5)</sup> Siehe dazu beispielsweise die Positionen der SPD Bundestagsfraktion, etwa in den Pressemitteilungen vom 28.02.96 (Nr. 0375), vom 01.03.96 (Nr. 409), vom 04.11.97 (Nr. 1601).

Das Thema Aussiedler ist in Deutschland nicht besonders populär, der in Stimmen meßbare Erfolg einer Parteinahme wäre minimal (wenn nicht negativ). In der Wählerschaft vorhandene Vorurteile und Neidgefühle müßten durch aufwendige Informationen kompensiert werden, ohne daß eine Erfolgsgarantie besteht. Angesichts des offenen Ausgangs der Bundestagswahl im Herbst ist die Thematik daher nicht opportun. Solange das Thema Aussiedler nicht Stimmengewinne verspricht, wird es wohl weiterhin unter der Decke gehalten werden.

Dabei wäre es sowohl der CDU/CSU als auch der SPD möglich, das Thema in Einklang mit ihren politischen Zielsetzungen zu bringen. Für die Union wäre ein Einsetzen für bessere Lebensverhältnisse von Aussiedlern ein konsequenter Schritt nach den fortdauernden "Das-Tor-bleibt-offen"-Beteuerungen. Analog der Vertriebenenpolitik wäre dies der folgerichtige Weg. Die SPD dürfte inhaltlich kaum Schwierigkeiten haben, ein Einsetzen für Aussiedler unter der Zielsetzung "soziale Gerechtigkeit" anzusiedeln. Daß sie den Zuzug von Aussiedlern drosseln will,<sup>6)</sup> sollte sie nicht davon abhalten, für die bereits angekommenen Neubürger Partei zu ergreifen. Möglicherweise verhindert auch die nur teilweise richtige Auffassung, Aussiedler wären ohnehin an die Unionsparteien gebunden, ein tatkräftiges Werben um ihre Stimmen.

Der zweite, vermutlich entscheidendere Aspekt der Nichtbeachtung durch politische Akteure liegt in der fehlenden Organisation von Spätaussiedlern. Hätten sie einen Verband oder eine Landsmannschaft wie die Vertriebenen oder die ersten Aussiedlergenerationen, wäre es ihnen möglich, die Aufmerksamkeit der Politik und der Medien auf sich zu lenken. Ohne eine derartige Gemeinschaft sind sie auf die Hilfe von Wohltätigkeitsverbänden angewiesen. So gilt auch für Aussiedler: Je leiser Interessen verkündet werden, desto geringer sind die Chancen, Gehör zu finden.

Angesichts des häufig zu beobachtenden Zusammenschließens von Aussiedlern ist ihre Zurückhaltung bei politisch-öffentlichen Belangen verwunderlich. Die hohen Zugangszahlen, die nach dem Mauerfall eingetreten sind, ermöglichen zwar schnelle Gruppenbildungen, konnten diesen aber nicht zu festen Strukturen verhelfen. Die Treffen haben eher den Charakter von Bekanntschaften auf der Basis ähnlicher Schicksale (im Osten wie im Westen). Zumeist fehlt diesen lockeren Verbindungen ein Gruppenbewußtsein, wodurch offensives Verhalten behindert wird. Von der ansässigen Bevölkerung werden diese Zusammenschlüsse jedoch argwöhnisch betrachtet, zumal wenn russisch oder polnisch als Umgangssprache gewählt wird. Das offenbare Abschotten wird als Unwille der Neubürger interpretiert, sich integrieren zu wollen.<sup>7)</sup> Tatsächlich ist dieses Verhalten eine Folge von spiegelbildlichen

---

<sup>6)</sup> Auf die rechtliche Situation kann hier nicht eingegangen werden. Hierzu siehe: Juncker, Horst (1997): Aussiedlerrecht. Aufnahme und Status von Vertriebenen und Spätaussiedlern nach dem BVFG, Berlin.

<sup>7)</sup> Hier wird auch eine verkürzte Auffassung von Integration deutlich, die eigentlich eine Assimilation im Sinn hat.

Ursachen. Gerade weil die Integration oft nur zögerlich gelingt, weil Erwartungen haufenweise enttäuscht wurden, suchen Aussiedler Vertrautes und benutzen dabei unter anderem die Sprache, die ihnen am geläufigsten ist.

Das Zusammenschließen oder besser das Zurückziehen ist des weiteren auch eine Reaktion auf Einstellungen von Einheimischen, die von Vorbehalten bis zu offener Ablehnung reichen.<sup>8)</sup> Solche Erfahrungen lösen einen ähnlichen Prozeß aus, wie die erfahrenen Stigmatisierungen der Deutschen in ihren Herkunftsländern als Faschisten, nämlich Zusammenrücken und Abschotten. So sind es vertraute negative Erlebnisse (wenn auch anders geartet), die zu schon gewöhnten Lösungsmustern führen. Warum aber bleiben Aussiedler trotz ihrer schwierigen Situation und obwohl sie lokale Gruppen bilden unpolitisch und nichtöffentlich?

### **3. Aussiedler zwischen zwei (politischen) Kulturen**

Die Zurückhaltung von Aussiedlern ist kein Phänomen, das nur den politischen Bereich betrifft. Auch auf sozialen und kulturellen Gebieten wird dieses Verhalten offenbar. Dafür gibt es mehrere Gründe. Das allgemein schnellere Zurechtkommen von jüngeren Aussiedlern zeigt, daß die Sozialisation in einem anderen Kulturkreis von großer Bedeutung ist. Umgangsformen, Werte und Normen, die über Jahrzehnte angeeignet wurden, können nicht über Nacht ausgetauscht werden.<sup>9)</sup> Die hiesigen Rezepte für das tägliche Leben müssen erst mühsam erlernt, die Schlüssel für das neue adäquate Verhalten erst gefunden werden. Aussiedler befinden sich daher in einer häufig unterschätzten Unkenntnis über bundesdeutsche Verhältnisse, wovon natürlich auch der politische Bereich betroffen ist. Welche Bedeutung Wahlen in einer Demokratie haben, für welche Positionen die deutschen Parteien stehen, wie der Mechanismus zwischen Forderungen und Entscheidungen funktioniert, all das muß erst nach und nach erlernt werden. Eine Schulung über das Politik- und Rechtssystem Deutschlands wäre hilfreich. Wie aber sollte sie finanziert werden, wenn doch schon die elementar wichtigen Sprachkurse gekürzt wurden?

Selbstverständlich haben die deutschen Minderheiten im Osten auch eine andere (politische) Kultur entwickelt als die Bundesbürger. Vor den Weltkriegen lebten sie zumeist in homogenen Siedlungen, wo sie ihre Kultur mangels äußerer Einflüsse konservierten. Später, während in Deutschland Wirtschaftswachstum und Wohlstand einsetzten, war für die

---

<sup>8)</sup> Dabei soll nicht in Abrede gestellt werden, daß zahlreiche Organisationen und Privatpersonen sehr um Aussiedler engagiert sind, nur wirkt die Ablehnung selbst einiger weniger oft nachhaltiger, auch wenn sie nur im Tonfall oder zwischen den Zeilen geäußert wird. Die Ergebnisse einiger Meinungsumfragen zur Haltung der Ansässigen gegenüber Aussiedlern sind gegenübergestellt in: Schneider, Sabine (1996): Der Einstellungswandel in der bundesdeutschen Bevölkerung zur Einwanderung deutschstämmiger Aussiedler im Zeitraum zwischen 1988 und 1990. Über die Aktualität der Kategorien zur Handlungsanalyse von Vilfredo Pareto, Frankfurt/M.

<sup>9)</sup> Zur Problematik der Integration vgl. Dietz, Barbara/ Hilkes, Peter (1994): Integriert oder isoliert? Zur Situation rußlanddeutscher Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland, München. Auf die Situation in den Herkunftsländern kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden, obwohl die Unkenntnis über diese Umstände häufig zu falschen Ansichten bei den Einheimischen führen. Vgl. Eisfeld, Alfred (1992): Die Rußlanddeutschen, München.

Deutschen im Osten die Nachkriegszeit von Deportation, Arbeitslagern und Tod geprägt. Derartige Schicksale förderten die Mentalität des Zusammenrückens, aber auch die des vorsichtigen und gehorsamen Untertans, der sich zurückhält. Zugleich haben die heutigen Aussiedler in dieser Zeit gelernt, dankbar und bescheiden zu sein: dankbar für jede Hilfe, die ihnen gewährt wird, und bescheiden, weil die Verhältnisse oft schlecht waren. Diese Einstellungen sind bis heute erhalten geblieben und wirken auf die in der Bundesrepublik Aufgewachsenen befremdend. Hierzulande wird man dazu erzogen zu protestieren, wenn einem Unrecht geschieht, die Deutschen im Osten haben gelernt, gehorsam zu sein.

Nicht gerade hilfreich beim Erlernen neuer Verhaltensmuster sind die negativen Eindrücke, die Aussiedler besonders in der ersten prägenden Zeit ihrer Eingewöhnung erfahren. Fehlende oder falsche Informationen über die Bundesrepublik münden in Enttäuschungen, die oft nur durch die nunmehr gesicherte wirtschaftliche Existenz und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft der Kinder ausgeglichen werden. Auch die konkreten Unzulänglichkeiten etwa in den Bereichen Wohnen (Auffanglager, Übergangwohnheime, Sozialwohnungen) und Arbeit (Arbeitslosigkeit oder einfache, unzureichend bezahlte und befristete Beschäftigungen) nähren die Selbstzweifel über die Richtigkeit der Aussiedlung. Wenn sich die meisten Aussiedler dennoch eher zufrieden äußern, dann liegt das an den noch schlechteren Verhältnissen im Osten und an der Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Als Deutsche unter Deutschen zu leben war lange ein Traum. Den Mut und das Selbstvertrauen, sich heute als solche zu behaupten, haben viele Aussiedler allerdings bislang nicht gefunden. Sie hofften am Ziel ihrer Wünsche angekommen zu sein und erleben sich statt dessen allzuoft als nicht integriert und nicht akzeptiert.

Auch wenn die Darstellung durch die Verallgemeinerung zu schwarzmalersch sein mag, sie beschreibt doch die reale Tendenz der Spätaussiedler-Situation. Anstelle der Offensive wählen die Aussiedler den Rückzug, der sich im günstigen Fall auf das Private, die Familie konzentriert. Im ungünstigeren Fall dienen Alkohol und Drogen zur Kompensation von Alltagserlebnissen, wobei die bekannten Folgedelikte nicht ausbleiben. Insgesamt entscheiden sich Aussiedler folglich für Problemlösungsmechanismen, die nicht gerade dem Ideal einer Demokratie entsprechen. Durch ihre Nichtöffentlichkeit erregen sie jedoch weit weniger Aufmerksamkeit als etwa extremistisches Verhalten. Das eigentlich Beunruhigende, die unbefriedigenden Umstände von Aussiedlern und ihr Unvermögen, sich im politischen System der Bundesrepublik zurechtzufinden, sollte aber Anlaß genug sein, um ihnen Beachtung zu schenken.



#### 4. Aussiedler bei der Bundestagswahl 1998

Die oben beschriebenen Ohnmachtserfahrungen von Spätaussiedlern dämpfen den Mut, Aufmerksamkeit zu wecken. Die Überzeugung, daß dadurch eine Verbesserung ihrer Situation herbeigeführt werden könnte, fehlt. Eine eigene Partei ist sicherlich nicht der Weisheit letzter Schluß, zumal die Chancen, die 5 %-Hürde zu nehmen, äußerst gering sind. Angesichts ihrer unbefriedigenden Situation könnte darin aber eine vorübergehende Lösung bestehen. Wenn es den Wortführern gelingen würde, auf ihre Belange hinzuweisen und das Selbstvertrauen der Aussiedler durch breite Informationen zu stärken, wäre ein solches (befristetes) Unternehmen durchaus zu rechtfertigen. Die Klientel ist inzwischen zu groß, um sie übergehen zu können.

Für die Bundestagswahlen im September werden diese Gedanken Phantasie bleiben. Auch die angekündigte bundesweite Kandidatur der "Gesellschaft zur Integration deutscher Aussiedler" im Rahmen einer Parteienvereinigung wird daran nichts ändern, weil sie schlicht zu unbekannt ist. Statt dessen ist zu erwarten, daß das Wahlverhalten dem gewohnten Muster weiter folgen wird. Den wenigen bisher veröffentlichten Studien zufolge votieren Aussiedler zu über 70 % für die CDU/CSU.<sup>10)</sup> Eine Analyse der letzten Wahlen in Wahlbezirken der Stadt Lahr, in denen der Aussiedleranteil so hoch ist, daß zuverlässige Aussagen getätigt werden können, schränkt diese Aussage jedoch ein. Demnach beziehen sich die über 70 % nicht auf alle (wahlberechtigten) Aussiedler, sondern nur auf die tatsächlichen Wähler unter ihnen. Dazwischen klafft eine Lücke, die erheblich größer ist als bei Einheimischen. Der Nichtwähleranteil unter Aussiedlern lag in den vergangenen Jahren beständig um 50 %.<sup>11)</sup>

Angesichts der sowjetischen Wahlpflicht könnten die Enthaltungen als Anpassung an die nun gewährte Wahlfreiheit gewertet werden, was im Ergebnis zwar nicht unbedingt wünschenswert wäre, aber immerhin ein Stück Kenntnis der politischen Gegebenheiten in Deutschland aufzeigen würde. Tatsächlich ist aber überwiegend das Gegenteil der Fall: Unkenntnis über die Funktionsweise des politischen Systems, über die Bedeutung von Wahlen, über politische Inhalte der Parteien. Auch die Stimmen für die CDU entspringen weniger einer politischen Überzeugung, wenngleich viele Aussiedler religiös eingestellt sind und häufig aus ländlichen Räumen stammen. In der Regel spiegelt sich darin jedoch eine Dankbarkeit gegenüber Helmut Kohl und seiner Partei für die Ausreisegenehmigungen wider. Auf die Dauer ist dieser Aspekt sicher zu schwach, zumal die Unzufriedenheit wächst. Blicke auf die ostdeutsche Wählerschaft sind bei entsprechenden Berücksichtigungen durchaus sinnvoll und können Parallelen zeigen.

---

<sup>10)</sup> Vgl. Dietz, Barbara (1995): Zwischen Anpassung und Autonomie. Rußlanddeutsche in der vormaligen Sowjetunion und in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, S. 158 und: Münz, Rainer/ Ohliger, Rainer (1998): Deutsche Minderheiten in Ostmittel- und Osteuropa, Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse ethnisch privilegierter Migration, Berlin, 3. Auflage, S. 25.

<sup>11)</sup> Von den abgegebenen Stimmen der Aussiedler in den ausgewählten Lahrer Wahlbezirken entfielen über 85 % auf die CDU. Die verbleibenden Anteile können nicht eindeutig zugeordnet werden. Quelle: Eigene Berechnungen. Daten aus: Stadt Lahr: Statistik aktuell, verschiedene Ausgaben.

Auch wenn Aussiedler nicht völlig frei von strukturellen Bindungen sind, die Oberbürgermeisterwahl in Lahr 1997 konnte immerhin zeigen, daß sie prinzipiell bereit sind, etwa einen SPD-Kandidaten zu wählen. Bei allen Unterschieden, die zwischen OB- und Bundestagswahlen bestehen, die Eindimensionalität bisheriger Wahlen wurde jedenfalls durchbrochen und die Gleichsetzung der SPD mit sozialistischen Parteien ein Stück weit aufgehoben. Inwieweit damit auch ein Signal für mehr Einmischung seitens der Aussiedler, aber auch für mehr Interesse seitens der Politik und ihrer Mandatsträger gesetzt wurde, bleibt abzuwarten.

## Chronik der Oberbürgermeisterwahlen in Freiburg

Nach Kriegsende 1945 ernannte die französische Militärregierung **Dr. Max Keller** zum Oberbürgermeister der Stadt Freiburg. Dieser mußte sein Amt aus gesundheitlichen Gründen nach wenigen Monaten niederlegen.

Nachfolger war **Dr. Wolfgang Hoffmann**, der vom neuformierten Gemeinderat im September 1946 gewählt wurde. Er starb im März 1956.

Bei der Oberbürgermeisterwahl am 24. Juni 1956 wurde das Stadtoberhaupt gemäß der neuen Gemeindeordnung von Baden-Württemberg erstmals von der Bevölkerung gewählt. Sieger der Wahl war **Dr. Josef Brandel**. Der Amtsinhaber trat am 1. Juli 1962 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand.

Nachfolger wurde **Dr. Eugen Keidel**, der sich in zwei Wahlgängen am 23.9.1962 und 7.10.1962 durchsetzte.

Bei einer erneuten Kandidatur am 4. Oktober 1970 konnte der bisherige Amtsinhaber, **Dr. Eugen Keidel**, seine Position behaupten. Er wurde mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt.

Nach Ablauf seiner Amtszeit wurde die Bevölkerung zum vierten Mal seit Kriegsende aufgerufen, ein Stadtoberhaupt zu wählen. Die Wahl fand am 3. Oktober 1982 (1. Wahlgang) und 17. Oktober 1982 (2. Wahlgang) statt. Sieger wurde **Dr. Rolf Böhme**.

**Dr. Rolf Böhme** stellte sich am 23. September 1990 erneut zur Wahl, die er souverän im ersten Wahlgang mit 53,3 % der Stimmen für sich entscheiden konnte.

Die Wahlbeteiligung bei den Oberbürgermeisterwahlen ist durchweg niedriger als bei Bundestagswahlen und meist niedriger als bei Landtagswahlen. Sie übertrifft in der Regel allerdings das Wahlengagement der Bürgerinnen und Bürger bei Gemeinderats- und Europawahlen.

Wahlbeteiligung bei den Oberbürgermeisterwahlen in Freiburg seit 1956

Wahljahr	1956	1962		1970	1982		1990
		1. WG	2. WG		1. WG	2. WG	
Wahlbeteiligung	62,1	55,0	71,7	70,3	67,8	69,7	49,9

## **Autorenverzeichnis**

Dr. Uwe Berndt, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg

Dr. Ulrich Eith, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg

Axel Glemser, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg

Friedhelm Kunschner, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg

Stefan Merz, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Universität Freiburg

Dr. Gerd Mielke, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz

Dr. Beate Rosenzweig, Studienhaus Wiesneck, Buchenbach

Dr. Martin Sterr, Fachhochschule der Polizei, Villingen-Schwenningen